

Nr. 4/2003

Oktober - Dezember 2003

CUBA LIBRE

€ 3,10

Thema:

Seite an
Seite gegen
Cuba

EUSA

Medienkrieg

Kulturboycott

Finanzblockade

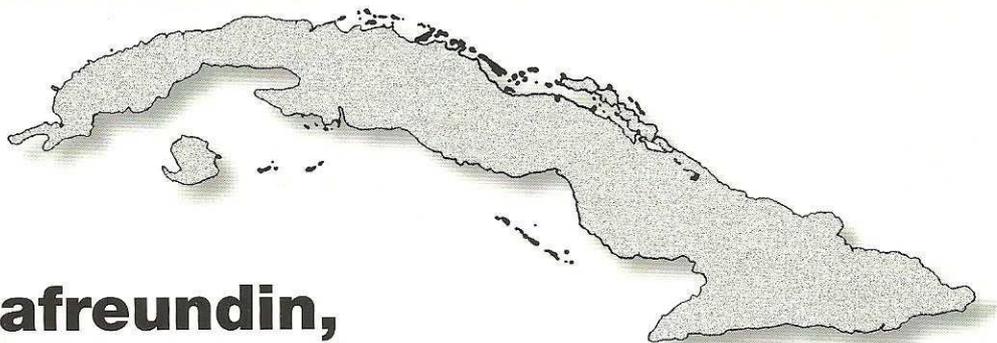
Handelsembargo

außerdem:

Assata Shakur:

Hommage an eine Revolutionärin

Venezuela, Mexico, Chile, Kolumbien



Liebe Cubafreundin, lieber Cubafreund,

Die EU hat Sanktionen gegen die Republik Cuba verhängt und will in Zukunft die Opposition gegen die Regierung in Havanna stärker unterstützen. Damit entspricht sie den Strategieplanungen eines J. Fischer und seines Auswärtigen Amtes für die Karibikinsel, die inzwischen zu den Schwerpunkten deutscher Außenpolitik in Mittelamerika gehört. Die EU-Sanktionen bedeuten zugleich eine deutliche Annäherung an die US-Außenpolitik, die seit Jahrzehnten auf einen Umsturz in Cuba hinarbeitet.

Auslöser für die Repressionen sind Urteile cubanischer Gerichte, die die EU zum Anlass nimmt, sich in die inneren Angelegenheiten Cubas einzumischen. Bereits im April hatte die Menschenrechtsbeauftragte der deutschen Regierung, Claudia Roth, Angriffe gegen die Gerichte in Havanna betrieben. Nun will Brüssel die Kontakte zu Mitgliedern der cubanischen Regierung drastisch einschränken und zugleich die Kontakte zur cubanischen Opposition verstärken. Die Sanktionen der EU fallen umso stärker ins Gewicht, da Cuba wirtschaftlich in besonderer Weise von Brüssel abhängt: Die EU ist Cubas wichtigster Handelspartner und der größte Investor auf der Karibikinsel.

Als besonders krass wird nicht nur in Cuba die Kulturblockade empfunden, die zugleich verhängt wurde. Sie reicht von der Absage an die Internationale Buchmesse in Havanna bis zur Verhinderung von gemeinsamen Theaterprojekten.

Angesichts dieser zugespitzten politischen Entwicklungen hat sich die CL-Redaktion kurzfristig dazu entschlossen, im Schwerpunktthema dieses Heftes möglichst viele Informationen darüber und vor allem auch über die sofort einsetzenden Proteste gegen diese Beschlüsse zu veröffentlichen.

Mehrere bereits fest eingeplante Artikel zu verschiedenen anderen Themen mussten dadurch auf das nächste Heft verschoben werden - dafür hoffen wir bei AutorInnen und LeserInnen um Verständnis.

Für die Redaktion

Marianne Schweinesbein

Wichtig - Wichtig

Bei Umzug: Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum:

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Zülpicher Straße 7, 50674 Köln
Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221/606 00 80, E-MAIL: info@fgbrdkuba.de - www.fgbrdkuba.de

Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.: 120 299 990 0

Spendenkonto: Postgiro Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion: Uli Fausten, Oliver Hübner, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein, Manfred Sill. **V.i.S.d.P.:** Marianne Schweinesbein

Druck: CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg.

MacPublishing: Plärrer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg.

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: Inland: 10,50 €; Ausland: 16,00 €;

Einzelheft: 3,10 € + Porto. Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISBN: 0178-2460

titel: eu/usa - seite an seite gegen cuba

Die Europäische Union hat sich erneut entschlossen ...	3
Old Europe	7
Das US-Europäische Weltherrschaftsprojekt	8
Kulturblockade	10
Boycott von Cubas Buchmesse	10
Ry Cooder muss Arbeit mit cub. Musikern einstellen	10
Auf Cubanische Art gegen Dämonen kämpfen	10
Ärger in Washington wegen Indiskretion um TV Martí....	12
Medienhetze gegen Cuba - auch in der BRD.....	12
Protest der FG-Gruppe Essen an die EU	13
Offener Brief von Cuba Sí an AA, J. Fischer.....	14
Protestbrief an J. Fischer	14
Protesterklärung von KarEn an EU-Kommissare	15
Erklärung LV Cuba Sí Thüringen	15
Verhältnis EU/Republik Cuba	16
Haltung der EU gegenüber Cuba	16
Solidarität mit Cuba nun erst recht.....	17
EU-Adressen	17
Neue Entführungen erhöhen Spannungen....	18

o-ton

Fidel Castro, Rede zum 26. Juli in Santiago de Cuba21

aktuell: miami 5

Rede von James D. Cockroft, 31.06.03 in Berlin19
 Liebe Cuba-Freundinnen und Freunde25
 5 Cubaner als politische Gefangene in den USA, Teil 3 ..26

solidarität

Hommage an eine Revolutionärin27
 PfP: Reisen Sie in die USA27

trikont: lateinamerika

Über 2 Millionen protestieren in Caracas29
 Video vom 11. April 2002 war gefälscht 30 || Radio Insurgente der EZLN geht auf Sendung | 30 |
Neue Etappe der Autonomie	31
Erinnerung an eine Rebellion	33
30. Jahrestag des Putsches gegen das soz. Chile	34
Aktionsaufruf aus Kolumbien	34
Mindestmaß einer Minimalforderung	35

aus der fg

Günter Schaaf - Lesung in Regensburg 36 || Che Guevara und die Handelsbeziehungen DDR-Cuba | 36 |
Austritte	36
Materialien aus der Geschäftsstelle	37
In den Händen der Partei, Teil 3	38
Spendenbarometer	38

100 fragen und antworten zu cuba40

info

Termine 41 || Eventos culturales -Tipps für CubabesucherInnen | 41 |

Cuba kurz.....42



thema: eu/usa – seite an seite gegen cuba

„Die Europäische Union hat sich erneut entschlossen, bei dem Thema ihrer Kubapolitik vor der US-Regierung zu kapitulieren“

Erklärung des Außenministeriums von Kuba

Ungewohnt in der diplomatischen Praxis veröffentlichte die Europäische Union am Morgen des vergangenen 5. Juni ein Kommuniqué, in dem sie außer dass sie Strafmaßnahmen gegen Kuba ankündigte, die internationale Gemeinschaft informierte, dass sie ein Schreiben an die kubanischen Behörden gerichtet hatte, das erst am Nachmittag jenes Tages im Außenministerium ankam.

Das überraschte das Außenministerium nicht: Wir verstanden gut, dass scheinbar die europäische Absicht war, dass der genannte Text eher in Washington bekannt würde als in Havanna.

„In Europa wusste man gut, dass ihre Entscheidung, sich den Angriffen der US-Regierung gegen Kuba anzuschließen, als ein neuer Beweis der europäischen Zerknirschung und Reue gegenüber den entstandenen Diskrepanzen aus Motiven des Irakkrieges angesehen würde, zwischen „dem alten Europa“ – wie der Herr Rumsfeld es nannte – und der imperialen nazifaschistischen Regierung, die versucht, ihre Herrschaft dem Rest der Welt aufzuzwingen.

Die neue von „Den Fünfzehn“ unterzeichnete Erklärung krönt eine Etappe von ständigen Verlautbarungen und Aggressionen

gegen Kuba, die eben genau in jenem Moment stattfindet, wo unser Land den listigen Plänen die Stirn hat bieten müssen, die von Miami und Washington aus versuchen, die Vorwände für einen militärischen Angriff gegen unser Land zu fabrizieren.

Die genannte Eskalation beinhaltet:

- Am 25. März eine Protestnote der Präsidentschaft wegen der gerechten Verurteilungen, die durch kubanische Gerichte in bezug auf eine Gruppe von Söldnern im Dienste der US-Regierung ausgesprochen wurden;

- Am 14. April, auf Vorschlag des spanischen Außenministers, eine neue Erklärung des Rates für Auswärtige Beziehungen der Union, in der die Söldner als „politische Gefangene“ behandelt werden und man Kuba vulgär eine Behinderung der „Kooperationserweiterungspläne“ androht;

- Am 18. April eine andere Protestnote der Präsidentschaft, die die Drohungen gegen Kuba wiederholt;

- Am 30. April beschloss das Kollegium von Kommissaren der Europakommission auf Antrag einer spanischen Kommissarin die Bearbeitung des kubanischen Antrages zur Aufnahme in das Abkommen von Cotonou, auf unbestimmte Zeit zu vertagen, weshalb Kuba gegenüber der gewundenen Haltung der Europäischen Union zum zweiten Mal beschließt, den genannten Antrag zurückzuziehen, den es auf einstimmiges Drängen der Gruppe der Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik (ACP) gestellt hatte.

Anschließend, am 27. Mai, gab es einen neuen Versuch der Übergabe einer Protestnote, die von unserem Auswärtigen Amt jedoch zurückgewiesen wurde, da man sie

bereits als eine nicht zu tolerierende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas ansah.

Und zuletzt erscheint diese neue Erklärung, von der Kuba eher durch die internationale Presse erfährt als durch die Europäische Union.

★ Der ungewohnte Aufmarsch gegen unser Land war um so auffälliger, da die sprichwörtliche europäische Weisheit, respektvoll zu schweigen, wenn es ihnen angebracht scheint, oder sogar toleranter Komplize von viel schwerwiegenden Haltungen und Tatsachen als der zu sein, die man jetzt, ohne jeglichen Grund, Kuba zur Last legt. Wie sonst soll man zum Beispiel das Stillschweigen über die von der US-amerikanischen Armee gegen die irakische Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen auslegen?

Das ist zuviel. Kuba sieht sich genötigt, nachdem seine geduldige Dialog- und Toleranzfähigkeit erschöpft ist, auf das, was es als eine heuchlerische und opportunistische Handlungsweise seitens der Europäischen Union betrachtet, zu antworten.

In ihrer jüngsten Erklärung „bedauert es die Europäische Union, dass die kubanischen Behörden das de facto bestehende Moratorium über die Todesstrafe gebrochen haben.“

Kuba wird nicht weiter die außergewöhnlichen Gründe erläutern, die mehr als einmal erläutert wurden, die es zwangen, energische Maßnahmen gegen drei bewaffnete Entführer mit kriminellen Vorstrafen zu ergreifen, die drohten, Dutzende von Menschen zu ermorden, einschließlich mehrerer europäischer Geiseln. Kuba hat niemals ein Wort von der Europäischen Union gehört, womit sie die Todesstrafe in den USA verurteilten. Niemals hat es die Europäische Union eine Verurteilung der USA in der Menschenrechtskommission anführen sehen, wegen der Anwendung der Todesstrafe auf Minderjährige, Geisteskranke und Ausländer, denen sie nicht einmal die konsularische Betreuung ermöglichen, auf die sie Anrecht hatten. Kuba hat niemals eine Kritik der Europäischen Union gegen die 71 Hinrichtungen gehört, die im vergangenen Jahr in den USA durchgeführt wurden, einschließlich von zwei Frauen. Warum verurteilt die europäische Union die Todesstrafe in Kuba und nicht in den USA?

Deshalb nimmt Kuba dieses Bedauern der Union nicht ernst; es weiß, dass es mit Heuchelei und Doppelmoral behaftet ist.

Die Erklärung zitiert wörtlich den an das kubanische Außenministerium übergebenen Brief, in dem dieselben Argumente der US-Regierung wiederholt werden. Man versucht erneut, die Söldner als „Oppositoren“ und „unabhängige Journalisten“ zu verkleiden, die, bezahlt mit dem Geld der US-Regierung, danach streben, von innen her zum Erreichen des Ziels der US-amerikanischen Politik, die kubanische Revolution zu besiegen, beizutragen.

Weiter vorn im Text macht die europäische Erklärung „einen Aufruf an die kubanischen Behörden, unnützes Leiden der Häft-



Der kubanische Außenminister weist die Einmischung der EU und deren Entschließungen zurück Foto: junge Welt

linge zu vermeiden und dass man sie nicht unmenschlichen Behandlungen unterzieht“. Kuba wird sich nicht anstrengen, diesen beleidigenden „Aufruf“ zu kommentieren. Es sagt nur, dass das eine niederträchtige Gemeinheit ist.

Kuba wird nicht die Argumente wiederholen, die es schon mehr als einmal wiederholt hat. Es zeigt nur auf, dass es niemals ein Wort der Verurteilung in Bezug auf die Hunderten von Häftlingen seitens der Europäischen Union gehört hat - einige davon Europäer, welche die USA auf dem Militärstützpunkt hält, den man uns in Guantánamo gegen unseren Willen aufzwingt, und das bei Verletzung der elementarsten Normen der Menschenrechte. Niemals hat die Europäische Union ein Wort über die Tausenden von Gefangenen erwähnt, welche die US-Regierung seit dem 11. September ohne die elementarsten Rechtsgarantien, ohne Gerichtsverfahren und ohne auch nur ihre Namen veröffentlicht zu haben, in Haft hält, viele von ihnen nur wegen ihres Aussehens oder weil sie Moslems sind.

Die Europäische Union hat niemals ein Wort über die Haftbedingungen der mehr als zwei Millionen US-amerikanischen Gefangenen verloren, in der Mehrheit Schwarze und Lateinamerikaner und die Gesamtheit arm, die internationale Berichte der Menschenrechte wiederholt denunziert haben.

In Kuba hat man dank der Revolution seit mehr als 40 Jahren keine Anzeichen von brutaler Polizeigewalt gesehen, oder von gewaltsamer Repression, wie jene, die gegen die ausgeübt werden, die sich friedlich auf den Straßen gegen die jetzige Weltordnung äußern, oder die fremdenfeindliche und rassistische Behandlung gegen die Immigranten und Asylbewerber, wie es täglich in Europa geschieht, das glaubt, uns Unterricht erteilen zu müssen.

Als Fortsetzung verkündet die europäische Union ihre neuen Maßnahmen gegen Kuba, die eine Art Kapitulationsprotokoll gegenüber dem Druck der USA darstellen.

Der angekündigten Maßnahmen sind es vier:

Erstens: Einschränkung der bilateralen Regierungsbesuche auf hoher Ebene

Es ist daran zu erinnern, dass in den letzten fünf Jahren kein Staats- oder Regierungschef

der Europäischen Union Kuba besucht hat.

Nicht einmal der König von Spanien, Don Juan Carlos I., dessen natürliche Sympathie und Einfachheit die Achtung des kubanischen Volkes und seiner Regierung gewonnen hat, konnte seinen offiziellen Besuch durchführen. Der spanische Regierungschef José María Aznar, welcher der Verfassung gemäß seine Zustimmung geben muss, war konkludent: „Der König wird nach Kuba reisen, wenn es soweit ist“.

Andererseits sind seit 1998 nur zwei der Außenminister der Fünfzehn nach Kuba gereist: im Jahr 2001 Herr Louis Michel von Belgien, der eine wirkliche Anstrengung unternahm, die Beziehungen zu entwickeln, und Frau Lydie Polfer von Luxemburg im Jahr 2003.

Weiter niemand hat in Europa - und weniger jetzt - in Washington Verärgerung provozieren wollen. Doch aus der übrigen Welt besuchten allein im Jahr 2002 insgesamt 663 Delegationen hoher Ebene das Land, darunter 24 Staats- und Regierungschefs und 17 Außenminister.

Zweitens: Einschränkung der Teilnahme der Mitgliedsstaaten zu kulturellen Anlässen

Über diese ungewohnte Entscheidung des gebildeten und zivilisierten Europas sagen wir zumindest, dass sich ihre Verfasser schämen müssten.

Die europäischen und kubanischen Intellektuellen und Künstler und unsere Völker, die vom kulturellen Austausch Vorteile haben, in besondere Opfer der Aggression zu verwandeln, ist eine so reaktionäre Maßnahme, dass sie im 21. Jahrhundert unvorstellbar erscheint.

Das erste Anzeichen dieser absurden Politik war von der spanischen Regierung gegeben worden, die im vergangenen Monat April die Teilnahme der spanischen Delegation am Festival „La Huella de España“ absagte, das eben gerade dem gewidmet ist, die Kultur jenes Brudervolkes zu ehren. Dazu kommt, dass das Centro Cultural Español (Spanisches Kulturzentrum) in Havanna, anstelle die spanische Kultur in Kuba zu fördern, wofür es geschaffen wurde, ein Programm von nicht mit seiner Ursprungsfunktion in Beziehung stehenden Aktivitäten aufrecht erhielt, und zwar in offener Herausforderung der kubanischen Gesetze und Einrichtungen und in direkter Verletzung des Abkommensinhalts, der ihm zugrunde lag.

In den nächsten Tagen werden die kubanischen Behörden die entsprechenden Maßnahmen treffen, um dieses Zentrum in eine Einrichtung zu verwandeln, die wirklich den edlen Zweck erfüllt, die spanische Kultur in unserem Land zu verbreiten.

Drittens: Einladung an die kubanischen Dissidenten zu den Veranstaltungen der Nationalfeiertage

Mit dieser Entscheidung, welche die europäischen Botschafter in Havanna in virtuelle Beschäftigte des Herrn Cason verwandeln würde, und die Botschaften der Mitgliedsländer der Europäischen Union in den Dienst der subversiven Arbeit der nordameri-

kanischen Interessenvertretung stellen würde – etwas das bis jetzt nur die spanische Botschaft offen tat- gestaltet die Europäische Union ihre Absicht, das kubanische Volk, seine Gesetze und Einrichtungen herauszufordern, offiziell.

Kuba macht die europäischen Botschaften und die lokalen Söldner der nordamerikanischen Regierung gelassen aber bestimmt darauf aufmerksam, dass es weder Provokationen noch Erpressung tolerieren wird. Die Söldner, die versuchen, die europäischen Botschaften in Havanna in Zentren der Verschwörung gegen die Revolution zu verwandeln, müssen wissen, dass das kubanische Volk zu fordern wissen wird, dass unsere Gesetze mit Strenge durchgesetzt werden. Die europäischen Botschaften müssen sich bewusst sein, dass sie ihren Verpflichtungen gemäß der Wiener Konvention über Diplomatische Beziehungen nicht nachkommen werden, wenn sie sich zur subversiven Arbeit gegen Kuba hergeben.

Die Maßnahmen, die Kuba sich gezwungen sieht anzunehmen, um seine Souveränität zu verteidigen und seine Folgen, werden ausschließlich Verantwortung der europäischen Union sein, die mit vollkommener Arroganz eine Entscheidung getroffen hat, die tief die Sensibilität und die Würde des kubanischen Volkes beleidigt.

Viertens: Erneute Überprüfung der gemeinsamen Position der Europäischen Union zu Kuba

Mit dieser letzten Formulierung kündigen Herr Aznar und die spanische Regierung schon ab jetzt ihre Bestrebung an, den Wortlaut der sogenannten Gemeinsamen Position zu Kuba, den -es ist angebracht, daran zu erinnern- Spanien dem Rest der Europäischen Union seit 1996 aufzwang, zu verschärfen.

Am 13. November jenes Jahres kündigte die spanische Zeitung El País unter dem Titel: „Spanien schlägt der Europäischen Union vor, Havanna den Kredit zu sperren und die Kooperation mit ihm aufzuheben“ an.

„Die spanische Regierung stellt Morgen in Brüssel ihren Partnern der Europäischen Union eine Strategie der wirtschaftlichen Hetzjagd/Belästigung des Regimes von Fidel Castro vor (...). Das Paket, das Aznar vorschlägt, richte sich eng an der aktuellen nordamerikanischen Politik aus. Die Initiative, welche die Exekutive von Aznar beabsichtigt anzukurbeln, bedeutet die Hähne der Kooperation und der Kredite der Fünfzehn zuzudrehen und das Niveau des Dialogs mit der antiastristischen Opposition zu erhöhen.“

„(...) die von Aznar geliebtesten Maßnahmen (...) bedeuten einen vollkommenen Bruch der politischen Politik gegenüber Kuba...“

Zu den an jenem Tag durch die Tageszeitung angekündigten Maßnahmen kam außer dem Versuch von Aznar, die Kooperation der fünfzehn europäischen Länder mit Kuba zu unterbrechen, die Beendigung der



Bush während eines Treffens mit Exilkubanern im Weißen Haus

Foto: Bohemia

Unternehmensabkommen und die Sperre der spärlichen, teuren und kurzfristigen Kredite, die Kuba zu jenem kritischen Zeitpunkt der Spezialperiode erhielt, dieses Vorhaben dazu:

„Dialog mit der Opposition. Jeder einzelne der fünfzehn europäischen Botschafter in Havanna würde einen Diplomaten ernennen, der darauf spezialisiert sein würde, Dialog auf hohem Niveau mit den Gruppen der Opposition zu Castro anzuknüpfen. Die europäischen Regierungen würden diese Gruppen zu einem ständigen Kontakt auf hohem Niveau einladen.“

„Dieses Paket würde mittels einer „gemeinsamen Position“ der EU offiziell gestaltet werden und das inspiriert sich direkt in der nordamerikanischen Strategie der Belästigung, öffentlich durch den US-Wanderbotschafter Stuart Eizenstadt ausgerufen.“

Gemäß der Zeitung El País, und die Wirklichkeit hat das anschließend bestätigt: „Dieser nordamerikanische Diplomat hat in den europäischen Außenministerien auf der Notwendigkeit bestanden, dass die Europäische Union ihre jetzige Strategie ...“ gegenüber Kuba „verließe“.

Der Wanderbotschafter hat auch versprochen, dass, wenn die fünfzehn Länder der Gemeinschaft sich der nordamerikanischen Betrachtungsweise anschließen, Washington seinen Partnern aufeinanderfolgende halbjährige Aufschübe bei der Anwendung des Helms-Burton-Gesetzes „erteilen wird“, welches das Embargo gegen Kuba verschärft und die europäischen Investitionen auf der Insel verfolgt.“

„Spanien, das Träger der autonomen Betrachtungsweise war, würde sich so, wenn seine Initiative gedeiht, in eine Speerspitze der Gegenbewegung verwandeln“ - schlussfolgerte die Tageszeitung El País.

Und die Initiative des Herrn Aznar gedieh. Daraus wurde die Gemeinsame Position geboren, und später die beschämende Verständigung der Europäischen Union mit den Vereinigten Staaten über das Helms-Burton-Gesetz, bei dem die europäischen Regierungen akzeptierten, sich den durch die USA auferlegten Bedingungen zu fügen, im Wechsel zu den nordamerikanischen Versprechungen, die europäischen Unternehmen nicht zu

bestrafen. Davon ausgehend wird auch diese neue Kampagne der europäischen Regierungen gegen Kuba aus der Taufe gehoben.

Herr Aznar, von der Bestrafung Kubas besessen und in einen minderen Alliierten der Regierung des Imperiums verwandelt, war der Hauptverantwortliche, dass die Europäische Union keine unabhängige und objektive Betrachtungsweise zu Kuba erarbeitet hat, und ist heutzutage der Hauptverantwortliche dieser verräterischen Eskalation, genau wo unser kleines Land sich in ein Symbol des Widerstands der Völker gegenüber der Bedrohung verwandelt hat, dass die USA dem Rest der Welt, einschließlich den europäischen Völkern - die vor kurzem verleugnet und erniedrigt wurden, als ihre standhafte Opposition gegen den Krieg gegen Irak ignoriert wurde - eine nazifaschistische Tyrannei aufzwingt, einschließlich dem nordamerikanischen Volk selbst.

Kuba weiß, dass die spanische Regierung die Annexions- und Söldnergruppen, welche die Supermacht in unserem Land zu organisieren versucht, finanziert hat - so wie es die US-Regierung tut und gemäß dem, was das Helms-Burton-Gesetz vorschreibt.

Wie soll man das Interesse des Herrn Aznar in Bezug auf die „Förderung der Demokratie in Kuba“ erklären, wo er doch der erste und einzige europäische Mandatar war, der den faschistischen Putsch in Venezuela unterstützte und dem kurzlebigen venezolanischen Putsch-„Präsidenten“ „seine Unterstützung und Bereitschaft“ anbot?

Jedoch beschuldigt Kuba weder das edle spanische Volk noch die anderen europäischen Völker. Ganz im Gegenteil. Kuba weiß, trotz der schmählichen Medienkampagnen, wie viel Sympathie und Bewunderung es bei vielen Bürgern jener Länder weckt, aus denen wir jedes Jahr fast eine Million Besucher erhalten. Kuba weiß, wie viel Solidarität es in Europa weckt, und hat in diesen Jahren die Freundschaft von Tausenden von Nichtregierungsorganisationen, Bürgerverbänden und europäischen Gemeinde- und Städteverwaltungen gespürt.

Kuba weiß, dass die europäischen Völker – in beispielhafter ethischer und menschlicher Lektion – sich gegen den Krieg in Irak gewendet haben, den die Europäische Union jedoch nicht verhindern konnte, da sie wegen dem Verrat der spanischen Regierung am übrigen Europa geteilt und durch die Supermacht erniedrigt war die soweit ging, zu verkündigen, dass sie militärisch die Stadt Den Haag angreifen würde, wenn auch nur ein US-amerikanischer Soldat vor das Internationale Strafericht gebracht würde.

Kuba hegt nur freundschaftliche und respektvolle Gefühle für die europäischen Völker, kann aber nicht erlauben, dass sich ihre Regierungen mit dem Präsidenten der spanischen Regierung, mit den terroristischen Gruppen kubanischer Herkunft, die in Miami handeln, und mit der Bush-Regie- ➤

rung, dazu hergeben, mit der Schaffung in Kuba von Söldnergruppen, die im Dienst der Bemühungen der Yankees handeln, die kubanische Revolution zu zerstören und unser Land den USA einzuverleiben.

★ Die Entscheidung der Europäischen Union sich der aggressiven nordamerikanischen Politik gegen Kuba anzuschließen, wurde nicht nur von der US-Regierung mit nachdrücklicher Freude und starkem Beifall empfangen, deren Staatssekretär erklärte: „Die USA könnten mit der Europäischen Union an einer gemeinsamen Strategie gegenüber Kuba teilnehmen“, sondern auch durch die Söldner, die noch in unserem Land für die nordamerikanische Regierung arbeiten, und durch die Sprecher der terroristischen Gruppen von Miami.

Der sogenannte Ausschuss für die Freiheit Kubas, eine Gruppe von Batistaanhängern in Miami, die in diesen Tagen von Präsident Bush die Verhängung der Seeblockade gegen Kuba forderten, erklärte: „Wir freuen uns, dass sich Europa den Druckmaßnahmen anschließt...“, und die terroristische Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung gab ihrem Wohlgefallen Ausdruck und unterstrich: „Es wurde Zeit, dass es die europäischen Länder erkennen...“

Die Agentur DPA betitelte ihre Reportage folgendermaßen: „Jubel im Exil angesichts des Kuba-Beschlusses der Europäischen Union“ und schrieb, die Gruppen der kubanischen Extremisten haben „begeistert“ reagiert und „die Nachrichtenprogramme des spanischen Fernsehens in Miami haben ihre Abendnachrichten mit der Information über den Beschluss der Europäischen Union begonnen und die von der Union zu treffenden Maßnahmen hervorgehoben“.

Es ist offensichtlich, wem die Erklärung der Europäischen Union nützt und warum Freude herrscht bei den Terroristengruppen von Miami, die verantwortlich sind für Bombenanschläge auf europäische Interessen in Kuba, einschließlich für die Ermordung des jungen Italieners Fabio di Celmo. Es ist klar, warum jene Beifall klatschen, die heute von der US-Regierung die Verschärfung der Blockade und militärische Aggression gegen unser Volk fordern.

Kuba wird sein Recht verteidigen, eine freie und unabhängige Nation zu sein, mit und auch ohne europäische Unterstützung, auch wenn gewisse Regierungen der faschistischen Gruppe, die heute die Vereinigten Staaten regiert, Beihilfe leisten.

Kuba beurteilt nicht alle europäischen Regierungen gleich und weiß sehr wohl, wer die Anstifter dieser ungewöhnlichen Provokation sind.

Dazu muss gesagt werden, dass sich zu der konspirativen Aktivität der spanischen Regierung die der italienischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi gesellt.



Fidel führt eine Demonstration zur spanischen Botschaft an

Foto: Bohemia

Einseitig entschied Italien, seine Zusammenarbeit für die Entwicklung in Kuba einzustellen, die in diesem Jahr fast 40 Millionen Euro hätte erreichen können. Das bedeutet:

1. Sperrung eines Unterkreditkredites in Höhe von 17,5 Millionen Euro, mit dem eine Verbesserung der Berechnungssysteme und eine Steigerung der Nahrungsgüterproduktion in den Provinzen Granma und La Habana hätte erzielt werden können;

2. Sperrung eines Unterkreditkredites in Höhe von 7,4 Millionen Euro für den Christus-Platz in Habana Vieja. Mit dieser Finanzierung hätten Wohnungen für 500 Familien sowie zwei Schulen saniert und die Versorgung mit Trinkwasser, Strom und die Kanalisation für die hier ansässige Bevölkerung gewährleistet werden können.

3. Streichung einer Spende in Höhe von 400 000 Euro zur Schaffung eines Seniorenheimes im ehemaligen Bethlehem-Kloster, in dem etwa 200 alte Menschen betreut werden sollten und dessen Verwaltung dem Amt des Stadtchronisten, den lokalen Gesundheitsbehörden und dem Orden der Vinzentinerinnen obliegen sollte;

4. Streichung einer Spende in Höhe von 6,8 Millionen Euro über das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), bestimmt für soziale Grundleistungen auf lokaler Ebene (Bildungswesen, Gesundheitswesen, Betreuung von Behinderten und alten Menschen);

5. Streichung einer Spende in Höhe von 6,8 Millionen Euro über das UNDP, bestimmt für den Erwerb von Ausrüstung und Geräten hauptsächlich für das Gesundheitswesen sowie die Nahrungsgüterproduktion in den Ostprovinzen;

6. Streichung einer Spende von 564 000 Euro zur Unterstützung eines Programms für Zusammenarbeit und Austausch zwischen der italienischen Universität Tor Vergata und der Universität Havanna.

Auf diese ungewöhnliche Weise schickt sich die italienische Regierung an, die Menschenrechte des kubanischen Volkes zu verteidigen.

Die lächerliche Rolle Europas würde zum Lachen anregen, wäre nicht die ganze Schwere, die diese Eskalation in sich birgt.

Und wir müssen verdeutlichen:

Für Kuba besitzt die Europäische Union keine moralische Autorität, um das Land zu verurteilen und erst recht nicht, um ihm ein drohendes Ultimatum hinsichtlich der Beziehungen und der Zusammenarbeit zu setzen. Kuba hat Entscheidungen getroffen, die einzig und allein dem kubanischen Volk und der kubanischen Regierung zukommen; sie sind absolut rechtmäßig und haben ihre solide Basis in der Verfassung und den Gesetzen unseres Landes.

Die Europäische Union, die im Unterschied zu Kuba von den Vereinigten Staaten weder blockiert

noch militärisch bedroht wird, sollte auf den Kampf der Kubaner für ihre Unabhängigkeit mit Achtung blicken; sie sollte sitzames Schweigen bewahren, wo sie doch weiß, dass sie oftmals im Sinne ihrer eigenen Interessen geschwiegen hat; wo sie doch weiß, dass sie nie eine gemeinsame Position gegen das repressive Regime Israels bezogen hat; wo sie doch weiß, dass sie dafür war, dass von der Menschenrechtskommission nicht einmal die Gefahren angeprangert werden, die der Krieg für das Recht auf Leben der irakischen Kinder bedeutet.

Zum Schluss erinnert das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Europäische Union daran, dass Kuba ein souveränes Land ist, das seine volle Unabhängigkeit im Ergebnis eines langen und schmerzvollen Prozesses errungen hat, dem ein mehr als ein halbes Jahrhundert andauernder Kampf gegen das korrupte neokolonialistische System voranging, errichtet in unserem Land nach den beschämenden Pariser Verträgen, in denen Spanien im Rücken der kubanischen Patrioten Kuba an die Vereinigten Staaten abtrat.

Kuba hat die vom Völkerrecht anerkannte Befugnis erworben, in Ausübung seiner vollen Souveränität und ohne Einmischung durch das Ausland über das für sein Volk zweckmäßigste politische, ökonomische und gesellschaftliche System selbst zu entscheiden.

Kuba weist den einmischenden und respektlosen Wortlaut der jüngsten Erklärung der Europäischen Union ab und ersucht, vom Anbieten von Lösungen Abstand zu nehmen, um die sie das kubanische Volk nicht gebeten hat, und erneuert den Ausdruck seiner Freundschaft und Achtung vor den europäischen Völkern, mit denen es eines Tages, ehrenhaft und würdig, brüderliche und aufrichtige Beziehungen zu verstärken hofft, sobald die Geschichte das große Maß an Heuchelei, Fäulnis und Feigheit hinweg gefegt hat.

Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
Havanna, am 11. Juni 2003

Kuba und der Kampf gegen den Neofaschismus

Ein Kommentar von Reinhard Thiele

Old Europe

Wenn der Europäische Rat zu einer außerordentlichen Nachtsitzung einberufen wird, müssen Gründe von großer Bedeutung vorliegen, denn so schnell sind die Ratsmitglieder nicht aus ihrem europäischen Schlaf zu bringen. ★

Ein solcher Grund lag unmittelbar nach den Verurteilungen Anfang April 2003 in Kuba vor. Weder der Beginn des Völkermordens der USA im Irak noch die vielen Hinrichtungen in den USA (von Januar bis Anfang Juni 2003 wurden 36 Todesurteile vollstreckt), sorgen in dem Gremium für Schlaflosigkeit.

Erst im Dezember 2002 erneuerten die fünfzehn Ratsmitglieder auf Initiative der spanischen Regierung Aznar den sogenannten Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Kuba. Darin rufen sie die kubanische Regierung auf, „alle Bürgerinitiativen zu unterstützen, die auf ein politisches System gerichtet sind, das auf demokratischen Werten basiert“.

Sie drückten ihre „Unterstützung für einen Prozess des Übergangs zu demokratischem Pluralismus und Achtung der grundlegenden Rechte und Freiheiten“ aus. Bezüglich des völkerrechtswidrigen Helms-Burton-Gesetzes wurde Kritik an der Kuba-Politik der USA zurückgefahren und dafür eine Verständigung mit den USA vereinbart.

Am 30.4.2003 beschloss der Europäische Rat, die Entscheidung über einen Antrag Kubas zur Aufnahme in das Abkommen von Cotonou über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten (Gruppe der Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik, denen Kuba angehört), vorläufig auszusetzen. Die kubanische Regierung bezeichnete diesen Beschluss als ungerechtfertigt und inakzeptabel und sah sich gezwungen, ihren Antrag zur Aufnahme in das Abkommen von Cotonou zurückzuziehen.

Am 5.6.2003 erklärte die EU erneut ihre Beunruhigung „über fortgesetzte eklatante Verletzungen von Menschenrechten“ auf Kuba und beschloss einstimmig die folgenden Sanktionen gegen das Land: Begrenzung bilateraler Regierungstreffen auf hoher Ebene, Zurückhaltung bei der Teilnahme von Mitgliedsstaaten an kulturellen Veranstaltungen, Einladung von kubanischen Dissidenten an Nationalfeiertagen, Neubewertung des Gemeinsamen Standpunktes der EU zu Kuba. Schon zuvor im Mai 2003 hatte sich Berlusconi dafür ausgesprochen, Möglichkeiten zu prüfen, Kuba von europäischer Seite ein Embargo aufzuerlegen.

Freedom and Democracy - made in USA

20 Schlüsselpositionen in der Bush-Regierung besetzen Kubaner aus in Miami ansässigen rechtsextremistischen Gruppen. Denen gegenüber befindet sich Bush in einer Dankesschuld, denn sie spielten eine entscheidende Rolle bei seiner Wahl zum Präsidenten 2000 mittels Wahlbetrug. Einer der maßgeblichen Strippenzieher terroristischer Anschläge gegen Kuba ist heute Chef für Lateinamerika im US-Außenministerium, der Exilkubaner Otto Reich.

Allein im Jahre 2002 sind im offiziellen Haushalt der US-Regierung 8.099.181 Dollar ausgewiesen, „um in der Welt die Solidarität mit den Aktivisten in Kuba zu verstärken“. 1,6 Mio. Dollar wurden für die „Schaffung nichtstaatlicher Organisationen in Kuba“ ausgegeben, 2 Mio. Dollar, „um unabhängigen Journalisten Stimme zu verleihen“, 2 Mio. Dollar „zur Planung des Übergangs in Kuba“ usw.

Am 26.3.2003 erklärte US-Außenminister Powell vor dem Senatsunterausschuss für Zuweisungen, das Budget für den in Miami ansässigen Radio- und Fernsehsender „Martí“ enthalte zusätzlich zu den bereits bewilligten 20 weitere 26,9 Mio. Dollar. 1.200 Stunden pro Woche senden antikubanische Sender aus Florida nach Kuba.

Im September 2002 übernahm James Cason die Leitung der US-Interessenvertretung in Havanna und baute unter Missachtung jeglicher völkerrechtlicher Konventionen diese diplomatische Einrichtung zum Hauptquartier der Subversion gegen Kuba aus. Regelmäßig

finden in der Interessenvertretung Treffen mit Regierungsgegnern statt. Cason reist durch Kuba, um an diese Geld, Technik und Instruktionen zu verteilen. Seit Casons Amtsübernahme in Havanna wurden sieben kubanische Flugzeuge und Schiffe entführt. In vier Fällen befinden sich die Entführer in den USA auf freiem Fuß, und es ist nicht sicher, ob jemals ein Strafverfahren gegen sie eröffnet wird. Grundlage dafür ist das US-Gesetz „zur Anpassung für Kubaner“, welches jedem Kubaner, der illegal in die USA einreist, Straffreiheit zusichert. Während die US-Interessenvertretung in Havanna mit beachtlichen finanziellen und technischen Mitteln als logistisches Zentrum zur direkten Unterstützung regierungsfeindlicher Kräfte in Kuba agiert, wird die Ausstellung von Visa an Kubanerinnen und Kubaner de facto eingestellt. Gleichzeitig verkündet Bushs Pressesprecher Ari Fleischer Anfang Mai, dass jede weitere Entführung von kubanischen Flugzeugen in die USA als Angriff auf die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten angesehen wird.

Zur gleichen Zeit erlässt die US-Regierung weitere Reisebeschränkungen und verbietet jegliche Form von wissenschaftlichem und kulturellem Austausch mit Kuba. „Meine Hoffnung für das kubanische Volk besteht darin, dass es bald die gleichen Freiheiten und Rechte genießen kann, die wir alle haben. Es gibt keinen Platz für Diktaturen in Amerika“, sagte ein emotionsgeladener US-Präsident am 20. 5. 2003, dem Tag, an dem Kuba 1902 zur Pseudorepublik von US-Gnaden gemacht wurde. Mit von der Partie waren Otto Reich, Condolezza Rice und elf geladene Exilkubaner.

In Brüssel begnügt man sich derzeit mit der Rolle des Vasallen der USA. Die Achse Blair-Aznar-Berlusconi gibt den Ton an. Spätestens seit dem G8-Gipfel Anfang Juni im französischen Evian heißt es auch für Deutschland, Frankreich und Russland: stramm stehen vor Weltführer Bush!

Staatsterrorismus = Neofaschismus

In Lateinamerika und auch in Kuba wird die Bush-Politik als Neofaschismus bezeichnet. Dieser Vergleich scheint überspitzt oder gar unzulässig angesichts in Europa noch lebendiger Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus. Es gibt jedoch erschreckende Parallelen. US-Vizepräsident Cheney sagte zu Beginn des Afghanistan-Krieges: „Die USA müssen nicht rot werden, weil sie eine Großmacht sind. Sie haben die Pflicht, mit Gewalt aufzutreten, um eine Welt nach den Vorstellungen der USA zu errichten“.

„Unter dem Deckmantel der Demokratie üben Kriegsverbrecher ganz legal politische Macht aus“, schreibt der US-amerikanische Wissenschaftler Michel Chossudovsky in seinem Buch „Global Brutal“.

Er bezeichnet die sogenannte Kampagne gegen den internationalen Terrorismus als einen kriminellen Eroberungskrieg, welcher bei den Nürnberger Prozessen als schwerstes Verbrechen galt: Verschwörung gegen den Weltfrieden.

Es ist relativ unerheblich, ob dieser Staatsterrorismus unter der Regie der Diktatur des expansiven Finanzkapitals und ausgeführt von gefährlichen Psychopaten als Neofaschismus bezeichnet wird. Im Wesen unterscheidet er sich nicht vom alten europäischen Faschismus.

Wir - und insbesondere die Länder der so genannten Dritten Welt - stehen vor dem historischen Scheideweg, die seit der französischen Revolution erkämpften demokratischen und zivilisatorischen Errungenschaften, wie das Völkerrecht, zu verteidigen oder von einer US-Weltdiktatur unterjocht zu werden.

Das US-Europäische Weltherrschaftsprojekt will Kuba zerstören

aus dem Beitrag von Prof. Heinz Dieterich Steffan
Sozialwissenschaftler an der Universität von Mexiko (UAM)

zum 10. Jahrestag des NETZWERK CUBA -informationsbüro- e.V., am 31. Mai 2003 in Berlin

Heute ist ein geeigneter Moment, uns die Dramatik der Weltsituation bewusst zu machen. Diese Dramatik resultiert aus dem neofaschistischen Projekt jener Fraktion der US-Elite, die die „Viererbände“ im Weißen Haus – George W. Bush, Donald Rumsfeld, Richard Cheney und Paul Wolfowitz – repräsentiert.

In Lateinamerika sprechen wir von einem neofaschistischen Projekt, obwohl wir wissen, dass in der BRD und Europa der Begriff „Faschismus“ enger eingegrenzt benutzt wird, als bei uns. Eine Debatte über den politischen Charakter dieses neuen totalitären Projekts des US-Europäischen Großkapitals wäre wünschenswert, um dessen Verständnis zu vertiefen.

Die Lügen Bushs, Blairs, Aznars und Berlusconi über die Notwendigkeit einer Invasion Iraks sind inzwischen soweit widerlegt, dass sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 30. Mai ihren Lesern die Wahrheit – zitternd und in ständiger Angst vor der Rekrimation Onkel Sams – stückweise zur Verfügung stellen konnte. Diejenigen, deren Informationshorizont nicht auf die bornierte deutsche Provinzpresse, zu der alle deutschen Tageszeitungen zählen, begrenzt ist, konnten die Wahrheit über das Weltprojekt des neuen Führers des Westens bereits lange vor der Militärintervention zur Kenntnis nehmen.

In der Washington Post konnten sie lesen, dass sofort nach den Attentaten des 11. September Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice („Condy“) ihren Mitarbeitern die Eil-Aufgabe stellte, herauszufinden, wie eine Weltmacht wie die Vereinigten Staaten diese historische Gelegenheit für ihre Interessen kapitalisieren könne. Ein derartiges Vorgehen hat nichts Ungewöhnliches an sich: von der römischen Weltmacht bis zum deutschen Generalstab in Sarajevo, Imperien nutzen Konjunkturen um ihre Interessen brutal durchzusetzen.

Im Tagesblatt der liberalen US-Elite, The New York Times, war man indes noch offener. Interviews mit Mitgliedern der staatsterroristischen Elite Israels, vor dem Krieg geführt, gaben zur Kenntnis, was Bush und seine europäischen Quislinge nicht offen sagen mochten. In den Worten von Shaul Mofaz, Verteidigungsminister Sharons: „Wir haben ein großes Interesse an der Strukturierung des Mittleren Orient, und nach dem Sieg über Irak muss Washington entsprechend ökonomischen, diplomatischen und politischen Druck auf Iran ausüben.“

Sharons Sicherheitsberater, Ex-Mossadchef Efraim Halevy: „Die Druckwelle, die aus Bagdad nach Saddam hervorgeht, könnte profunde Effekte in Teheran, Damaskus



Cuba-Solidarität: lautstark und unübersehbar in Brüssel

Foto: ICS

und Ramallah auslösen. Unsere Hoffnung ist, mehr Stabilität und Hoffnung aufzubauen, vom Persischen Golf bis zur Atlantikküste Marokkos.“ Ex-Premier Ehud Barak hatte bereits vorher orakelt, dass der Weg zum Frieden in Palästina „über Bagdad führe“.

Die US-Intervention im Irak ist Teil eines Megaprojekts kapitalistischer Neuordnung im Mittleren Osten, wie wir es aus der strategischen Planung der Nazis in den dreißiger Jahren kennen. Im Mittelpunkt der Planung Hitlers stand die „strukturelle Neuordnung“ Europas unter Kontrolle des deutschen Kapitals und Megaprojekte dieser Art versucht das US-Kapital gegenwärtig im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralasien und in Lateinamerika durchzuführen.

James Woolsey, Ex-Direktor der CIA, hat die Strategie der Neonazis im Weißen Haus kürzlich so beschrieben: „Die USA sind in den letzten hundert Jahren viermal gezwungen worden ... an Kriegen teilzunehmen“: am Ersten und Zweiten Weltkrieg, sowie am



Miriam am FG Stand in Genf 21.2.03

Foto: OSt

„Kalten Krieg“. Und weiter: „Nun sind wir eingetreten in den vierten Krieg. Wie in den drei vorhergegangenen, wollten wir auch diesmal den Krieg nicht. Aber da wir uns nun entschieden haben ihn zu führen, gegen den internationalen Terrorismus und gegen die Bedrohung der liberalen Zivilisation, sollte niemand daran zweifeln, dass wir auch diesen Krieg gewinnen werden. Es ist ein Krieg der Freiheit gegen die Tyrannei... Sicher wird er länger sein als der Erste oder der Zweite Weltkrieg. Wahrscheinlich wird es Jahrzehnte brauchen, ihn zu Ende zu führen.“

Viele Elemente in diesem Projekt der Machtelite der USA sind mit dem klassischen europäischen Faschismus verwandt, zum Beispiel: Die Machtergreifung Hitlers, die natürlich nicht legal war, und der Wahlbetrug Bushs in Florida, legalisiert durch das Oberste Verfassungsgericht der USA (Supreme Court). Weiter die binäre Logik, von Karl Schmitt, Chefideologe der Nazis, prägnant so auf den Punkt gebracht, dass alle, die nicht zum eigenen Volk gehören, politisch als Feinde zu definieren sind. Diese Logik unterteilt die Welt in Engel und Teufel. Bush greift sie auf; wobei natürlich die Engel das Recht haben, den Teufeln die Schädel einzuschlagen.

Das Vorgehen der USA im UN-Sicherheitsrat ist eine weitere Parallele zu Hitler. Als der historische Führer auf dem Verhandlungsweg nicht die Neuverteilung der Welt zwischen den wesentlichen kapitalistischen Eliten erreichen konnte, entschied er sich für militärische Gewalt. Und als die USA im Sicherheitsrat der ONU ihre strategischen Interessen nicht auf dem Verhandlungsweg gegen die anderen imperialistischen Bourgeoisien durchsetzen konnten, entschieden sie sich für den Angriffskrieg; eine Methode, die heute wegen der Nuklearwaffen natürlich weitaus gefährlicher ist als 1939.

Bei diesem Vorstoß zur Vorherrschaft in der Welt stützt sich die US-Elite vor allem auf die Militärtechnologie. Die Nachkriegs-Militärdoktrin der NATO, eine modernisierte Blitzkriegsstrategie der Nazis, bekannt unter dem Codenamen „Air-Land-Battle 2000“, wurde 1996 abgelöst durch die neue Doktrin „Global Reach - Global Power“, formuliert von der US-Luftwaffe.

Sie besagt unter anderem, dass heute die entscheidende militärische Kompetenz in der Luftwaffe und den Weltraumwaffen liegt, d.h., in der Fähigkeit, Ziele in jedem Teil der Erde zu finden und mit extremer Präzision in einem Präventivschlag zu zerstören. Diese Doktrin weitet Bush später aus und entwickelt die nukleare Präventivstrategie, also das „Recht“, Nuklearwaffen präventiv nicht nur gegen andere Atom-



Cub. Studierende (z.Zt. in Berlin) in Genf dabei

Foto: OST

waffenstaaten, sondern auch gegen nuklear-waffenfreie Staaten einzusetzen.

Auf der Basis dieser Elemente versucht die US-Regierung auch in Lateinamerika ihr Mega-Herrschaftsprojekt weiter auszubauen. Die Maßnahmen zur Annektierung dieser Region sind verschiedener Art: NAFTA und ALCA, die Freihandelszone für ganz Amerika; die Dollarisierung, der „Plan Colombia“ als militärische Komponente für ganz Lateinamerika, Staatsstreichversuche, wie im letzten Jahr zweimal in Venezuela, um dort an das Erdöl zu kommen, und in Kolumbien die offene Intervention, der staatsterroristische Krieg, im Stile von Hitlers Terroroperationen im besetzten Osteuropa.

Dann die offene Aggression gegen Kuba: Die Ereignisse, die in Kuba zu den drei Exekutionen führten, waren Vorbereitungen für eine militärische Intervention der USA. Der Plan sollte eine Seeblockade herbeiführen, die natürlich einen Akt des Krieges darstellt. 29 Pläne von Flugzeug- und Schiffsentführungen wurden aufgedeckt, die zu diesem Ziel führen sollten.

Für die Interpretation dieser Ereignisse eines formell nicht erklärten Angriffskrieges gilt natürlich die Maxime jedes Krieges: um zu gewinnen, muss die andere Seite mehr Tote haben als man selbst. Das ist schlimm, aber wenn man gezwungen ist militärisch zu handeln, muss man die Logik des Krieges verstehen und unter dieser Logik hat offenbar die kubanische Führung gehandelt. Ich persönlich bin gegen die Todesstrafe, aber wenn wir verstehen wollen, warum die kubanische Führung diese Maßnahme ergriff, müssen wir wohl davon ausgehen, dass sie die Situation als die eines nicht erklärten Angriffskrieges definierte.

Warum die über 40-jährige US-Aggression gegen Kuba? Es gibt vielerlei politische und ideologische Gründe die hier anzuführen sind, doch kommt ein ökonomischer Faktor hinzu, der im allgemeinen außer Betracht gelassen wird.

Die US-Elite interessiert nicht, welche Regierung ein Land hat, solange diese die Ressourcen des Landes den USA zur Verfügung stellt. Das Problem Kubas ist, dass es diesem Imperativ nicht gehorcht, so wie es Allende und die Sandinisten ebenfalls nicht taten.

Doch welche Reichtümer hat Cuba, die die USA interessieren könnten? Erdöl gibt es auf der Insel kaum, doch existieren zwei Potentiale, die von Bedeutung sind: die Immobilien und der medizinisch-pharmazeutische Komplex.

Im Zuge des Helms-Burton-Gesetzes hat die US-Regierung eine Studie über den heutigen Wert der von der Revolution konfiszierten Gebäude und Grundstücke erstellen lassen. Die Summe ist 100 Milliarden Dollar. Wenn die Miami-Mafia in Kuba die Macht ergreifen würde, wären diese als Entschädigung an die Voreigentümer zu zahlen. Laut der Studie würden Weltbank und IWF dem kubanischen Staat Kredite geben und über diese Staatsverschuldung würde das Geld ausgezahlt an die ursprünglichen Eigentümer. Zu diesen 100 Milliarden kommen die darüber hinaus noch existierenden Immobilienwerte, vor allem im Tourismusbereich, die weitere 50 - 100 Milliarden Dollar umfassen.

Das zweite für die Mafia in Miami und in Washington interessante Element ist der Medizin- und Biowissenschaftskomplex Kubas, der mit allem know-how und den Produkten, die in wenigen Jahren herauskommen werden, einen Wert von etwa 50 Milliarden Dollar besitzt. Das heißt, wenn die Mafia ihre Pläne in Kuba durchsetzen kann, würde sie sich 200 - 250 Milliarden Dollar in die Tasche stecken; eine solide Motivation, um die kubanische Revolution subversiv zu zerstören zu wollen.

Die geopolitischen Effekte, das „schlechte Beispiel“ Kubas, geringere Kindersterblichkeit als in den USA, usw., das spielt alles seine Rolle in der US-Subversion. Doch ist es der US-Regierung und der Mafia in Miami gelungen, über das ökonomische Bereicherungsmotiv eine große interessierte anticubanische Klientel in den USA zu entwickeln.

Wie kann sich Kuba gegen diese Aggression verteidigen? Wir wissen heute, dass es gegen die moderne Militärstrategie der USA für ein kleines Land im Grunde nur eine



Protestveranstaltung in Genf 21.3.03

Foto: OST

Möglichkeit zur Verteidigung gibt: den irregulären Krieg. Konventionelle Streitkräfte werden im ersten Zusammenstoß von den USA zerstört. Daher muss die folgende, entscheidende Phase, als Guerillakrieg mit Spezialtruppen und irregulären Kontingenten geführt werden.

Dafür braucht man fünf oder sechs Waffentechnologien, die Kuba auch hat, mit Ausnahme von, möglicherweise, Nachtsichtgeräten. Die Bevölkerung ist vorbereitet für den „Krieg des gesamten Volkes“, so dass Kuba militärisch ein weitaus schwierigerer Kriegsfall wäre als Irak oder Afghanistan. Das ist der Hauptgrund, weshalb die USA noch nicht interveniert haben. Denn Kuba hat 100.000 ausgebildete Scharfschützen, und selbst wenn nur zehntausend davon zum Schuss kommen, sind das 8.000 US-Tote: damit wäre die Invasion dann schnell vorbei.

Was müssen wir tun in dieser Situation? Hier gibt es zwei wesentliche Komponenten. Erstens: erkennen, dass es nicht nur um Solidarität mit Kuba geht, sondern dass wir vor einem neuen weltweiten faschistischen Projekt stehen, das nicht gestieft in schwarzer oder brauner Uniform über die Straße kommt, sondern aus dem Machtzentrum des Weltkapitalismus und dem Innern des liberalen Staates selbst.

Gegen dieses neue faschistische Projekt ist, wie in den dreißiger Jahren, eine weltweite Front all derjenigen nötig, welche die formale bürgerliche Demokratie verteidigen wollen. Etwa so wie sie spontan entstand gegen den Irak-Krieg: die deutsche und die französische Bourgeoisie, die kein Deut weniger imperialistisch ist als die der USA; die russische, China und selbst der Vatikan, der wundersamer Weise mal auf die richtige Seite weltgeschichtlicher Alternativen fiel. Und natürlich die Weltöffentlichkeit: 30 Millionen Menschen auf der Straße. Wir brauchen allerdings eine Erweiterung dieser weltweiten Solidarität, weil die Ganoven im Weißen Haus über so enorme Machtstrukturen verfügen.

Zum Schluss: kein Krieg in der Geschichte - und dies ist ein Krieg der Ideen, ein ökonomischer, politischer und militärischer Krieg - ist je gewonnen worden durch die Verteidigung. Die via regis des Krieges ist die Offensive; daher muss die Verteidigung gegen dieses neue faschistische Projekt verbunden werden mit einem eigenen strategischen Projekt, das man dem der US-Neonazis mit ihren Quislingen in London, Tel-Aviv, Madrid und Rom entgegenstellen kann.

Ich denke, dieses Projekt kann nur die postkapitalistische Zivilisation sein, deren Theorie im wesentlichen erstellt ist. Das Neue Historische Projekt einer antikapitalistischen Gesellschaftsformation liegt heute im wesentlichen vor. Benutzen wir es, um aus der Perspektivlosigkeit und der chaotisch-kreativen Phase der globalisierungskritischen Bewegung herauszukommen und das wohlverdiente historische Ende der Bourgeoisie so schnell wie möglich herbeizuführen.

Auswärtiges Amt sagt Teilnahme an Buchmesse in Havanna ab

Kulturblockade

Harald Neuber, *junge Welt*, 25.08.03

Die verschärfte Linie der Europäischen Union gegen die sozialistische Regierung Kubas hat erste konkrete Auswirkungen. Knapp einen Monat, nachdem der Ministerrat der EU in Brüssel die überarbeitete Version des „Gemeinsamen Standpunktes“ zu Kuba veröffentlichte, hat die Bundesregierung nun ihre Teilnahme an der „Internationalen Buchmesse von Havanna“ abgesagt. Die Messe ist nach der Buchausstellung im mexikanischen Guadalajara die zweitgrößte Veranstaltung dieser Art in Lateinamerika und der Karibik. Deutschland war bei der letzten Ausstellung in Havanna im Februar dieses Jahres zum Ehrengast für die kommende Messe Anfang 2004 ernannt worden. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes lehnt Berlin die Einladung nun mit Verweis auf die „verschlechterte Menschenrechtslage und die Wiederanwendung der Todesstrafe“ auf Kuba ab. Das berichtete am vergangenen Freitag die Frankfurter Rundschau. Die Erklärung des Außenministeriums bezieht sich auf die Festnahmen von über 70 Regierungsgegnern auf Kuba Ende März und die Vollstreckung der Todesstrafe gegen drei Anführer einer Schiffsentführung im April dieses Jahres.

Nach jW-Informationen aus diplomatischen Kreisen war die Entscheidung zum Boykott der Buchmesse bereits im Juli fast zeitgleich mit dem EU-Beschluss „intern kommuniziert“ worden. Demnach sind neben der Kulturblockade auch die Verhandlungen über ein Kulturabkommen zwischen Berlin und Havanna endgültig suspendiert. Die geplante Gründung eines Goethe-Institutes in der kubanischen Hauptstadt ist somit auf lange Sicht verhindert. „Alle großen kulturellen Rahmenveranstaltungen Deutschlands müssen nun abgesagt werden“, erklärte Dietmar Geisendorf, der das geplante Goethe-Institut aufbauen sollte. Geisendorf, der in der bundesdeutschen Botschaft in Havanna zugleich den Posten des Kulturattachés wahrnimmt, hat noch Hoffnungen auf die Suche nach einer „kleinen Lösung“. So werde die Frankfurter Buchmesse unter Umständen mit einem Stand vertreten sein. „Wir werden unsere Aktivitäten auf Kuba jetzt natürlich nicht einstellen“, sagte Geisendorf am Samstag im Gespräch mit *junge Welt*. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes ist es Verlagen und Privatpersonen aber unbenommen, an der Messe teilzunehmen. Mit Unterstützung der Bundesregierung könnten sie jedoch nicht rechnen.

Was eine derartige Kulturblockade mit politischen Differenzen gemein hat, bleibt wohl auch weiterhin das Geheimnis des Ministeriums unter Außenminister Joseph Fischer (Bündnis90/Die Grünen).



Internationale Buchmesse 2003

Foto: Gramma

So war im Rahmen der deutschen Beteiligung an der Messe in Havanna eine Buchausgabe deutscher Klassiker für Kuba geplant, die renommierte deutsche Regisseurin Doris Dörrie sollte die Mozart-Oper „Cosi fan tutte“ in Zusammenarbeit mit dem kubanischen „Teatro Lírico“ aufzuführen. Die Inszenierung hätte sich dabei sogar kritisch mit der kubanischen Realität auseinandergesetzt. So sollte die Handlung im heutigen Kuba stattfinden, die Hauptpersonen wären zwei Touristen und zwei Kubanerinnen gewesen. Nachdem nun alle Gelder von offizieller BRD-Seite eingefroren sind, wird das Vorhaben voraussichtlich nicht realisiert werden. Die deutschen Repräsentanten wollten sich vielmehr

„unterhalb der Sichtbarkeitsgrenze halten“, wie Dietmar Geisendorf erklärte. Am Ende der letzten Buchmesse im Februar dieses Jahres hatte der deutsche Botschafter Bernd Wulffen noch zuversichtlich erklärt: „Die Einladung Deutschlands als Gastland zur kommenden Messe ist nicht nur eine Ehre für uns, es zeichnet uns als Freund Kubas aus“.

Im Kulturministerium in Havanna ist die Nachricht vom Berliner Boykott mit Erstaunen aufgenommen worden. Man verstehe nicht, was die politischen Differenzen mit der Beteiligung an der Buchmesse zu tun hätten, sagte eine Sprecherin des Ministeriums am Sonntag gegenüber *junge Welt*. Im übrigen werde zumindest auf Kuba Kulturpolitik von den zuständigen Ministerien gemacht. Über Konsequenzen ist man sich noch nicht im klaren, zumal auf die Organisatoren der angesehenen Messe nun voraussichtlich erhebliche finanzielle Mehrbelastungen zukommen.

In ersten Reaktionen nach Bekanntgabe des Boykotts des Auswärtigen Amtes kündigten Solidaritätsorganisationen daher spontan Hilfe an. „Wir werden prüfen, ob der Transport von Büchern von Deutschland nach Kuba in Zusammenarbeit mehrerer Organisationen bewältigt werden kann“, sagte Reinhard Thiele in der Bundeszentrale von „Cuba sí“. In den kommenden Wochen werde man sich mit Verlagen in Verbindung setzen, um ihre Teilnahme trotz erschwelter Bedingungen durch die Blockade der Bundesregierung zu sichern. Gleiches trifft auf das Kulturprogramm zu. „Wir werden unser Möglichstes tun, eine solch ignorante Kulturblockade zu durchbrechen“, kündigte Thiele an. Das sei zu großen Teilen schließlich schon bei der jahrzehntelangen Blockade der USA gegen Kuba gelungen.

(c) *Junge Welt* 2003 <http://www.jungewelt.de>

Giuseppe Zambon, Direktor des Zambon-Verlags in Frankfurt am Main

Boykott von Kubas Buchmesse: Wem nützt die Kulturblockade?

Interview: Harald Neuber

Ihr Verlag hat in den vergangenen drei Jahren an der Buchmesse in Havanna teilgenommen. Welchen Eindruck hatten Sie von der Veranstaltung?

Als ich im Jahr 2000 zum ersten Mal zur Internationalen Buchmesse nach Havanna geflogen bin, hatte ich wegen der dortigen Wirtschaftsprobleme große Bedenken. Besonders die bekannten Transportprobleme machten mir Sorgen, zumal die Messe außerhalb der Stadt auf der alten spanischen Festung ausgerichtet wurde. Wir waren als Ver-

anstalter um acht Uhr morgens vor Ort, die Messe sollte um zehn Uhr öffnen. Als wir um neun Uhr die Strasse heruntersahen, sahen wir eine Menschenmasse, die sich auf uns zu bewegte. Es war beeindruckend.

Die Bundesregierung scheint der Meinung zu sein, dass es sich bei der Messe um eine Propagandaveranstaltung der sozialistischen Regierung handelt.

Die Buchmesse in Havanna ist von einem sehr liberalen Klima geprägt. Bei ihr kommen verschiedene Meinungen in Kontakt, interna-

tionale Verlage können ohne jegliche Zensur ihr Sortiment ausstellen. Immerhin waren durchgehend 30 bis 40 Prozent internationale Aussteller präsent. Wenn es nicht mehr waren, dann liegt das weniger an Havanna als vielmehr an der Politik großer Verlage, die in Kuba keinen Absatzmarkt sehen. Ich hatte den Eindruck, dass die Organisatoren fernab politischer Kontrolle ein großes Interesse an dieser Präsenz hatten. Ich bin Italiener und arbeite seit Jahren in Deutschland. Im Gegensatz zu unseren „großen Demokraten“ Springer oder

Berlusconi ist auf Kuba der Wille zur Aufklärung und gleichzeitig zur Öffnung bei allen Beteiligten vorhanden.

Welche Auswirkung hat der Boykott des Auswärtigen Amtes auf Ihre Arbeit in Havanna?

Für mich ist diese Maßnahme keine Überraschung. Ich habe sogar ein gewisses Verständnis für die deutschen Diplomaten, die hier ein paar Euro sparen wollen. Dieses Geld steht dann ja schließlich der Arbeit an der wichtigeren deutsch-amerikanischen Kulturfront am Hindukusch zur Verfügung. **Wollen Sie an der Messe im kommenden Februar trotzdem teilnehmen?**

Die Entscheidung des Auswärtigen Amtes ist ein Ansporn für mich, an der Messe teilzunehmen. Ich bin zwar nicht mehr der Jüngste, und eine solche Reise stellt immer eine Belastung dar, aber nun ist es geradezu ein

Muss, in Havanna Präsenz zu zeigen.

Hat es für deutsche Verlage in Havanna in den vergangenen Jahren überhaupt Unterstützung von offizieller deutscher Seite gegeben?

Neben den üblichen Empfängen in der Botschaft sind vor allem die Bücher kostenlos nach Havanna verfrachtet worden. Ich selber habe die Auswahl aus verschiedenen Verlagssortimenten getroffen und den Sammeltransport organisiert. Die kubanischen Organisatoren hatten vor allem Interesse an Reiseliteratur, bebilderten Kinderbüchern und Wörterbüchern. Auf Kuba gibt es durch die historisch engen Kontakte zur DDR noch immer Tausende Menschen, die Deutsch sprechen. Das Interesse an entsprechender Literatur ist deswegen groß.

Teilen Sie die Begründung des Auswärtigen Amtes, nach der ein Boykott durch die

„verschlechterte Menschenrechtslage“ nötig sei?

Als die Sandinisten in Nikaragua mit der englischsprechenden indigenen Minderheit der Misquitos in Konflikt kamen, weil - nach Übergang zur allgemeinen Schulpflicht - in allen Schulen die Nationalsprache Spanisch eingeführt wurde, wurden aus dem Auswärtigen Amt ähnliche Stimmen laut.

Die Diplomaten und ihre Helfer wie die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ riefen damals schon nach Menschenrechten. Später trugen dieselben Kreise zum Aufschwung der UCK-Banden im Kosovo oder jüngst zur indirekten Unterstützung des Krieges im Irak bei. Mit Menschenrechten hat das alles wenig zu tun. Es sind politische Spiele, die ich im konkreten Fall nicht bereit bin mitzuspielen.

(c) Junge Welt 2003; <http://www.jungewelt.de>

Ry Cooder dazu gezwungen, seine Zusammenarbeit mit cubanischen Musikern einzustellen

Ein Bericht aus Granma Internacional, Havanna, 21. März 2003

Der US-amerikanische Gitarrist Ry Cooder, einer der Urheber des international erfolgreichen Buena Vista Social Club, sieht sich durch seine Regierung dazu gezwungen, die Zusammenarbeit mit cubanischen Musikern einzustellen.

Die Regierung von Präsident George W. Bush hat dem Gitarristen verboten, erneut mit Musikern der Antilleninsel zu arbeiten und erlegte ihm eine Geldstrafe von 100.000 US Dollar auf. Dies entspricht den Bestimmungen, nach denen die Vereinigten Staaten seit mehr als vier Jahrzehnten die Blockade gegen Cuba aufrechterhalten.

Cooder unterstützte mit seinem Prestige und seinem Einfluss auf dem internationalen Musikmarkt KünstlerInnen der Insel wie Compay Segundo, Omara Portuondo, Eliades Ochoa und Ibrahim Ferrer, die unter anderen einen Grammy für Buena Vista Social Club gewannen und dank des entsprechenden Dokumentarfilms des deutschen Filmemachers Wim Wenders für einen Oskar nominiert waren.

Das Projekt verwandelte sich unerwarteter Weise in einen kommerziellen Hit und erzielte großen Erfolg bei der Kritik, was ihm schließlich



Ich möchte, dass man sieht wie ehrbar und intelligent ich bin. – Gut... wir werden e in Double brauchen, Mr. President.

Foto: La Jiribilla

den Weg zur Verleihung des Grammy ebnete.

Die Blockade versieht die Verbindungen, die US-Bürger mit cubanischen Staatsbürgern haben könnten, mit strengen Beschränkungen. Während seiner letzten Regierungswoche im Jahr 2000 intervenierte Bill Clinton zu Gunsten Cooders, worauf ihm die Behörden eine Ausnahmeregelung für die Dauer eines Jahres zugestanden.

So kehrte Cooder auf die Insel zurück und arbeitete an zwei neuen Projekten, eines mit dem Gitarristen Manuel Galbán und ein zweites mit dem Sänger Ibrahim Ferrer, welches in dieser Woche in die Läden kommt.

Nun fürchtet Cooder jedoch, diese Erfahrung in Zukunft nicht wiederholen zu können.

„Wenn ich sage, dass dies ein Latinklassiker ist, will ich damit sagen, dass dieses die letzte Gelegenheit zu dieser Art von gemeinsamer Arbeit mit verschiedenen Leuten und verschiedenen Stilen gewesen sein könnte“ sagte der Gitarrist.

„Aus politischen Gründen werde ich dies nun in Zukunft nicht mehr machen können“, schloss Cooder. (Aus dem spanischen Original von Klaus E. Lehmann)

von Klaus E. Lehmann)

„Ich habe mir im Leben vieles erklären lassen, und ich habe vielen Leuten auch vieles erklären können“, sagt Cooder, „wie ich allerdings George W. Bush nun erklären soll, was Kultur ist und warum sie mir etwas bedeutet und anderen etwas bedeuten sollte, das kann ich mir bis heute nicht einmal im Traum vorstellen.“

★ Neue Website für cubanischen Journalismus ★

www.cubadebate.cu

Auf Cubanische Art gegen Dämonen kämpfen

Diese Internetseite wurde von cubanischen JournalistInnen geschaffen, um der Verlogenheit der größten Weltmacht und ihrer Medien entgegen zu treten. Sie soll die Angriffe der spanischen Zeitung El País beantworten, die die cubanischen Frauen samt und sonders zur schamlosen Huren erklärt, oder der New York Times, die härtere Sanktionen gegen Cuba fordert, während sie Stillschweigen bewahrt

über die ungerechte und grausame Inhaftierung von fünf Cubanern, die verurteilt wurden, weil sie gegen den Terrorismus gekämpft haben. Genauso wie sie reagieren wird auf die ständigen Pressekonferenzen des Weißen Hauses, die Cuba als einziges und riesiges Laboratorium für biologische und chemische Waffen schildern.

Wir werden in vielen Massenmedien welt-

weit in der Tat hingestellt als eine Nation von Dämonen. Die neue Webpage versucht, das Gleichgewicht herzustellen und die cubanischen Sichtweisen darüber, wo die Dämonen sitzen und wie sie bekämpft werden können, wahrnehmbar wieder zu geben.

Information des Cubanischen Institut für Freundschaft mit den Völkern (ICAP), Abteilung Europa, deuropa@icap.cu

Ärger in Washington wegen Indiskretion um TV Martí

Gabriel Molina - Granma Internacional

★ Ein hoher Beamter des Weißen Hauses ärgerte sich, so der Nuevo Herald vom 22. Mai 2003, über eine Indiskretion zu den Übertragungen des als TV Martí bezeichneten Kanals vom 20. Mai.

Der Beamte kritisierte die Erklärungen „gewisser Personen“ in Miami, die an jenem Tag die Presse über die bevorstehenden Sendungen informiert hatten. Sehr unglücklich sei, dass einseitige Informationen über die vorgesehenen Übertragungen, die aus nicht autorisierten Quellen stammten, verbreitet wurden, wodurch die Aktion der Übertragung von Radio Martí gefährdet wurden. „Hier herrscht großer Ärger, großer Ärger darüber“, sagte er.

Die Enthüllungen zu den Probesendungen stammten von Otto Reich, der den Nuevo Herald informiert hatte. Dieser schrieb prompt dazu: „Ein Jahr, nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, versprochen hatte, dass die Sendestärke von Radio Martí und TV Martí erhöht würde, damit ihre Übertragungen in Kuba ankämen, brachte der Fernsehsender ein Probeprogramm, mit dem die ständigen Störungen der Insel umgangen werden sollten“. Mit dieser ersten Probephase, der weitere folgen werden, erfüllen wir das Versprechen von Präsident Bush“, sagte Otto Reich, der Sondergesandte des Weißen Hauses für Angelegenheiten der Hemisphäre“.

Am Vorabend hatte Kuba in einem Leitartikel der Tageszeitung Granma die Übertragungen des sogenannten TV Martí von US-Territorium aus kommentiert. Die Zeitung aus Havanna meldete, das Signal des US-Kanals sei von 18.00 bis 20.00 Uhr in mehreren kubanischen Provinzen auf den Sendern für Bildungs-, Informations- und Unterhaltungsprogramme empfangen worden.“



War Otto Reich indiskret? Foto: granma

Der Nuevo Herald bekannte in seinem Artikel, dass „TV Martí am Dienstag von 18 bis 22 Uhr auf den Kanälen 13 bis 18 und dem Werbekanal Direct TV-Latinoamérica nach Kuba sendete“. Abschließend wird darin noch zu dem Empfang von TV Martí in der kubanischen Hauptstadt freudlos festgestellt, das „drei Einwohner von Havanna, telefonisch vom Nuevo Herald befragt, bald nach Beginn der Übertragung mitgeteilt haben, auf den beiden Kanälen das Signal nicht empfangen zu haben“, aber das Programm sei von Leuten gesehen worden, die eine Satellitenschüssel hätten.

„Die Sonderübertragung ist eine Probe, bei der ein Flugzeug und ein Satellit benutzt werden“, erläuterte die Zeitung noch und gab die Quelle an. „Wir haben die Potenz und Reichweite des Ballons erhöht und werden

noch andere Maßnahmen ausprobieren. All das ist Teil der begonnen Modernisierung des Senders TV Martí für den wir verschiedene Übertragungspunkte benutzen, die wir aber der Regierung Kubas nicht nennen wollen.“

In dem ironischen Leitartikel der Granma waren die erwähnten „Proben“ schon entsprechend bewertet worden: „Eigentlich waren die Übertragungen kein technischer Erfolg auf den man stolz sein könnte.“ In Miami war der 20. Mai ein schlechter Tag für die extremistischen Elemente, die auf Regierung Druck ausüben, damit sie ihre Maßnahmen gegen Kuba verstärkt. Der Herald schrieb: „Wir hatten uns mehr von den Proben erhofft“.

Der Hauptakteur der Flugzeugprovokation vom 24. Februar 1996, José Basulto, bezeichnete es als eine Bemühung, die hoffentlich fortgesetzt wird, die „nicht nur für einen einzigen Tag bestimmt ist“. Im Fernsehen sagte Präsident Fidel Castro, dass in diplomatischen Notizen seiner Regierung wiederholt vor Flügen, wie dem von José Basulto, gewarnt worden sei. Organisationen wie die UNESCO sollten von Washington auch die Beachtung der internationalen Normen verlangen, die am 20. Mai verletzt worden seien. Jedenfalls zeigte der Zwischenfall, der den „hohen Beamten des Weißen Hauses“ verärgert hat, noch einmal die krankhafte Natur des Drucks, den die US-Kubaner, die aus Dankbarkeit von Präsident Bush in die Regierung aufgenommen wurden, auf die Mächtigen in den USA ausüben.

Medienhetze gegen Cuba – auch in der BRD

Wie die Kampagne bundesdeutscher Medien gegen Cuba aussieht, dafür gibt der hier dokumentierte Programmhinweis des Fernsehsenders ARTE ein abschreckendes Beispiel: offenbar beteiligt sich ARTE jetzt auch an der neuen Hetzjagd gegen Cuba.

Am 10.09. ist der unten erwähnte Film angekündigt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Cuba ständig nur mit Dreck beworfen wird!!

Daher hat ARTE inzwischen auch einige Proteste aus den Reihen der Cubafreunde und -freundinnen zu hören und zu lesen bekommen. Der Brief von Manfred Sill an den Sender ARTE soll an dieser Stelle ebenfalls, als Beispiel für diese empörten Reaktionen, dokumentiert werden.

Hier das von ARTE verbreitete Pamphlet:

Programmorschau für Arte, 10.09.2003

Kuba: Das Schweigen brechen

Im Frühling dieses Jahres wurden drei junge Kubaner hingerichtet, sie hatten versucht, ein Schiff nach Florida zu entführen. Am Ende eines Schauprozesses verurteilten regimetreue Richter 70 Dissidenten zu langen Gefängnisstrafen.

Fidel Castros Diktatur versucht weiter, mit alle Mitteln, jede oppositionelle Stimme mundtot zu machen. Dennoch brechen immer mehr Kubaner ihr Schweigen, mutige Journalisten veröffentlichen ihre kritischen Beiträge im Internet und ehemalige Parteifunktionäre beklagen auch öffentlich die katastrophalen Auswirkungen der offiziellen Wirtschaftspolitik. Obwohl auch ausländische Berichterstatter vor Ort mit empfindlichen Sanktionen rechnen müssen, wenn sie im Lager der Opposition recherchieren, ist es ARTE-Reportern gelungen, die Mutter eines der zum Tode verurteilten Kubaner zu interviewen. Weiter kommen Reformer und Ehefrauen zu Wort, die die elenden Haftbedingungen ihrer eingesperrten Männer beklagen. Sie alle wollen endlich ihr Schweigen brechen, ein Schweigen, das ihrer Ansicht nach die „stärkste Waffe der Diktatur“ ist.“

Manfred Sill, Riedfurtstraße 5, 74363 Güglingen

ARTE-Zuschauerdienst
4, Quai du Chanoine Winterer
F-67080 Strasbourg Cedex

Güglingen, den 30. August 2003

Geben Sie auch anderen Meinungen eine Chance!
Ein Vorschlag zu Ihrem geplanten Beitrag: Kuba: Das Schweigen brechen am 10. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Sender steht seit langem für kritische, differenzierte und unkommerzielle Berichterstattung, und ich bin sicher, dass Millionen von Menschen wie ich dafür dankbar sind, dass es diesen Sender gibt.

Nun habe ich zufällig auf Ihrer Internet-Seite den Hinweis auf die Ausstrahlung der Reportage „Kuba: Das Schweigen brechen“ am 10.09. gesehen und muss sagen, dass mich der Text, mit dem die Sendung angekündigt wird, schockiert hat.

Denn die Sprache, die mir da begegnet kommt mir allzu bekannt vor: Aus den Medien nämlich, von denen Ihr Sender sich in vieler Beziehung so wohlthuend abhebt.

Einmal abgesehen von dem Stil und dem verwendeten Vokabular: Sind sich die Autoren eigentlich über die Hintergründe der in dieser Ankündigung erwähnten Vorgänge im klaren? Wissen sie, dass diese 70 sogenannten „Dissidenten“ zuvor monate- und jahrelang von der US-Regierung über die US-Interessenvertretung in Havanna angeworben und bezahlt worden sind?

Dass sie in regelmäßigen Versammlungen, geleitet vom Chef der US-Interessenvertretung James Cason (also einem Diplomaten!) ihre Aufträge erhalten hatten? Dass lediglich 3 oder 4 von ihnen wirklich „Journalisten“ sind? Wird das auch in der Reportage zur Sprache kommen?

Wissen sie um die außenpolitische Situation, vor deren Hintergrund die Verurteilung der Bootsentführer stattgefunden hat? Wissen sie, dass die USA Cuba kurz zuvor gedroht hatte, dass jede weitere Entführung dieser Art von der US-Regierung als „feindlicher Akt“ betrachtet werde, dass also ggf. Cuba mit einem militärischen Eingreifen der USA hätte rechnen müssen? Und dass die USA nichts unversucht lassen, die cubanische Bevölkerung genau zu solchen Entführungen aufzustacheln? Werden Ihre Zuschauer das auch aus der Reportage erfahren? Die Ankündigung lässt das nicht vermuten.

Cuba hat keine Chance, sich in irgendeinem deutschen Medium zur Wehr zu setzen. Es wird von allen Fernsehsendern, Radioprogrammen, Magazinen, Tageszeitungen nur unter Druck gesetzt und angegriffen. Wenn ARTE nun schon in diesen Chor mit einstimmen will (oder muss?), dann seien Sie wenigstens so fair und beleuchten Sie auch die andere Seite:

Die seit 44 Jahren bestehende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade und ihre Auswirkungen; die ebenso lange andauernden bewaffneten Provokationen und Sabotageaktionen durch Paramilitärs und ultrarechte exilcubanische Organisationen, die nach Kräften vom US-Geheimdienst unterstützt werden; die Angriffe auf Cuba mit Krankheitssergen und Pflanzenschädlingen – also biologische Kriegführung. Die 24-stündige Bombardierung der cubanischen Bevölkerung mit mehreren US-amerikanischen Propagandasendern, die versuchen die cubanische Bevölkerung gegen ihre Regierung aufzustacheln; die perife Immigrationspolitik die in Cuba Visa für die USA verlost, sich aber nicht an die Vereinbarung mit Cuba hält, pro Jahr 20.000 ausreisewilligen Cubanern und Cubanern Einreisevisa für die USA zu erteilen, dem US-Gesetz „Cuban Adjustment Act“, das jedem cubanischen Staatsbürger, der illegal aus Cuba ausgereist ist, und US-amerikanischen Boden erreicht innerhalb von 48 Stunden eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis garantiert. Unglaublich aber wahr. Wo ist der Fernsehsender, der darüber berichtet?

Fortsetzung siehe Rückseite



- 2 -

Wann wird das Schweigen darüber endlich gebrochen werden? Wann werden die Angehörigen derjenigen in deutschen Fernsehsendern Gehör finden, die von CIA-finanzierten Terrorkommandos ermordet und verstümmelt wurden?

Werden Sie Ihrem Ruf gerecht: Wenn Sie schon solche Reportagen ausstrahlen, dann geben Sie wenigstens auch anderen politischen Standpunkten eine Chance, sich zu artikulieren.

Wie wäre es zum Beispiel mit einer Diskussionsrunde mit den Autoren im Anschluss an die Reportage, in der auch die Hintergründe für diese ganzen Vorfälle zur Sprache kommen?

Sollten Sie bzw. die Autoren der Reportage dazu bereit sein, garantiere ich Ihnen, dass ich Ihnen dafür einen kompetenten, fairen und aufrichtigen Gesprächspartner vermitteln kann. Ihre Zuschauer werden es Ihnen danken.

Denn wenn Sie Reportagen mit dieser Stoßrichtung kommentiert und unreflektiert ausstrahlen – also das tun, was alle anderen Sender auch tun – dann werden Sie bei vielen Ihrer Zuschauer Sympathien verlieren.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Sill

Protesterklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Gruppe Essen, 12.07.03 Betreff: »Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union betreffend Kuba« vom 05.06.03; 9961/03 (Presse 157), P 65/03 (OR.en)

Hiermit protestieren wir gegen die o.g. Erklärung und alle darin angekündigten Maßnahmen. Diese stellen eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Cubas dar und beeinträchtigen die Beziehungen der EU-Länder zu Cuba erheblich.

In Übereinstimmung mit dem geltenden Völkerrecht, das die Souveränität aller Staaten ausdrücklich postuliert*, stellen wir fest: Welche Strafen die cubanische Justiz gegenüber Flugzeug- und Schiffsentführern sowie von der US-Interessenvertretung finanzierten Kollaborateuren anwendet, ist allein deren Angelegenheit. Die Europäische Union ist nicht nur in keiner Weise moralisch legitimiert, über Cuba zu richten. Vielmehr sollte sie ihr Augenmerk auf Praktiken in Mitgliedsländern richten, in denen bspw. die Folter regelmäßig angewendet wird, wie jüngst in erschütternden Berichten aus Spanien gemeldet wurde. Sie sollte ihr Augenmerk richten auf die bspw. in der BRD immer noch praktizierte »weiße Folter«, wie die andauernde Isolationshaft genannt wird. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Der Versuch der Einmischung in die inner-cubanischen Angelegenheiten wird noch unglaubwürdiger und verlogener durch die Tatsache, dass die EU den völkerrechtswidrigen »Präventivkrieg« der USA und ihrer Helfer gegen Irak nicht nur nicht eindeutig verurteilt hat, sondern dieser sogar unter aktiver Beteiligung von Mitgliedsstaaten geführt wurde.

Wir fordern von der EU, dass sie endlich und eindeutig die illegale Blockade Cubas durch die USA verurteilt, statt dessen ihre Beziehungen zu Cuba auf allen Ebenen entwickelt und dabei gemäß dem bereits erwähnten Nichteinmischungsprinzip die Souveränität und

den eigenständigen Entwicklungsweg Cubas respektiert. Nur auf dieser Basis ist eine für alle Beteiligten fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Staaten möglich. Erpresserische Aktionen, wie sie in unsäglicher Art und Weise in der o.g. EU-Erklärung zum Ausdruck kommen, sind kontraproduktiv und führen in die Sackgasse. Cuba hat das uneingeschränkte Recht auf Widerstand gegen solcherart »Diplomatie«.

Wie erwarten von der EU außerdem, dass sie sich gegenüber der US-Administration aktiv für die sofortige Freilassung der fünf cubanischen politischen Gefangenen Ramón Labañino Salazar, Fernando González Llort, Antonio Guerrero Rodríguez, Gerardo Hernández Nordelo und René González Schweret einsetzt. Diese fünf Männer haben die terroristischen anticubanischen Banden in Miami unterwandert, um durch Erlangung frühzeitiger Informationen weitere terroristische Akte gegen Cuba abzuwenden. Ihre Erkenntnisse wurden dem FBI seitens der cubanischen Behörden zur Verfügung gestellt. Daraufhin wurden die fünf inhaftiert und unter selbst für US-amerikanische Verhältnisse absurden Bedingungen im September 1998 zu langjährigen bis lebenslangen Haftstrafen verurteilt. (Weitere Informationen: www.miami5.de, www.freethethefive.org, www.antiterroristas.cu.)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich umgehend bei den zuständigen US-Behörden dafür einsetzen, dass die Ehefrauen von Gerardo

Hernández Nordelo und René Gonzalez Schweret das Besuchsrecht erhalten, das ihnen seit 5 Jahren vorenthalten wird. Gleiches gilt für die fünfjährige Tochter der Familie Hernández, die ihren Vater noch niemals in ihrem Leben gesehen hat.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir mit freundlichem Gruß

*Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen
i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender*

***: Zur Erinnerung Auszüge aus der UN-Charta vom 26. Juni 1945:**

»Kapitel I - Ziele und Grundsätze«

Artikel 1

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

(...) 2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen, (...)

Artikel 2

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der im Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder. (...)

Die in der EU-Erklärung vom 05.06.03 angekündigten Maßnahmen widersprechen ausdrücklich der UN-Charta!

Protest des Koordinierungsrates von Cuba Sí - AG der PDS an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, Bundesaußenminister Josef Fischer, Berlin

OFFENER BRIEF, Berlin, 15. Juli 2003

Sehr geehrter Herr Minister,

auf der Tagesordnung des Rates der Außenminister der Europäischen Union am 21. und 22. dieses Monats steht die Verabschiedung eines revidierten Gemeinsamen Standpunktes der EU gegenüber Kuba.

Kuba steht auf der Liste der Staaten, in denen die USA, gemäß der neuen außenpolitischen Doktrin der Regierung unter George W. Bush, mit allen Mitteln, auch krass außerhalb des Völkerrechts, einen Regimewechsel erzwingen wollen. Deshalb wird seit Anfang April dieses Jahres Kuba in einer von den US-Medien angeführten weltweiten Kampagne auf perfide Weise verteuftelt.

Auch Ihr Ministerium hat sich dieser Kampagne angeschlossen, indem es am 12.06.03 eine Reisewarnung für Kuba veröffentlichte, obwohl sich objektiv an der Situation deutscher Touristen auf dieser Karibikinsel in den vergangenen zwölf Jahren nichts geändert hat.

Seit dem Amtsantritt der Bundesregierung Ihrer Partei gemeinsam mit der SPD hatten sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik

Kuba spürbar normalisiert. Noch bevor er Bundeskanzler wurde, hatte der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen Gerhard Schröder auf der Havanna-Messe 1996, kurz vor seiner Audienz bei Präsident Fidel Castro, erklärt, dass Deutschland normale Beziehungen zu Kuba anstrebe, ungeachtet der US-Blockadepolitik. Seit 1998 wurden erstmals offizielle entwicklungspolitische Projekte zwischen der Bundesregierung und Kuba in Angriff genommen.

Auf Betreiben der Regierung Spaniens unter Ministerpräsident Aznar, dem die terroristischen Kräfte des kubanischen Exils in Miami die Hälfte seines Wahlkampffonds gestiftet haben, und der notorisch antidemokratischen italienischen Berlusconi-Regierung hat die EU sich in den letzten Monaten den Plänen Washingtons zur außenpolitischen Isolierung Kubas angeschlossen.

Daher steht zu befürchten, dass der revidierte Gemeinsame Standpunkt der EU gegenüber Kuba ein weiterer Schritt in der Unterordnung der EU-Außenpolitik unter die geostrategischen Pläne der Bush-Administration zur Festigung der Hegemonie der

USA in Lateinamerika und zu deren weltweiter Ausbreitung darstellen wird.

Wir fordern Sie, Herr Außenminister, dazu auf,

im Interesse einer eigenständigen europäischen Außenpolitik und im Interesse der Wiederherstellung der völkerrechtlichen Grundlagen der Beziehungen zwischen souveränen Staaten:

– jeglicher Verschärfung der Pressionen gegen Kuba bei der Revision des Gemeinsamen Standpunktes der EU Ihre Zustimmung zu versagen;

– alles dafür zu tun, dass die Europäische Union, in Übereinstimmung mit den Resolutionen der UN-Vollversammlung der vergangenen Jahre, sich aktiv für die Beendigung der US-Blockadepolitik gegen Kuba einsetzen möge;

– die Herstellung gleichberechtigter politischer, wirtschaftlicher, kommerzieller und kultureller Beziehungen zwischen der Republik Kuba und der Bundesrepublik Deutschland weiterhin voranzubringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Protestbrief an den Bundesminister Joschka Fischer MdB

Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

von Karl Fr. Ganter, Wenzelbach

Homepage des AA, hier Sicherheitshinweise zur Republik Kuba

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister,

mit Bestürzung habe ich heute zur Kenntnis genommen, dass Ihr Amt, mit Datum vom 12.06.2003, Sicherheitshinweise für Besucher der Republik Kuba auf der Homepage des AA eingestellt hat, die meines Erachtens jeglicher Grundlage entbehren.

Seit fünfzehn Jahren reise ich, die letzten fünf Jahre bis zu viermal jährlich, das letzte Mal vom 11.06. bis zum 30.06. diesen Jahres, nach Kuba. Noch nie wurde ich auch nur im entferntesten in meiner Bewegungsfreiheit, auch nicht vor dem Verteidigungsministerium am Platz der Revolution in Havanna, beeinträchtigt.

Nicht bestätigen kann ich die von Ihrem Amt im Reisemerkblatt Kuba gemachten Angaben. Private Taxis und Mietwagen benutze ich in der Regel mehrmals pro Besuch in Kuba, auch für längere Überlandfahrten, ohne, dass ich auf die von Ihnen beschriebenen Symptome der Benzinknappheit in den letzten 3 Jahren gestoßen bin. Davor war es sicherlich problematischer.

Ich gehe davon aus, dass Ihnen die Tragweite dieser Reisehinweise und ihre Auswirkung auf den Tourismus, der sich ja in den letzten Jahren zur Wirtschaftslokomotive in Kuba entwickelt hat, bewußt ist und ich hoffe, dass seriöse Informationen der Grund Ihrer Warnungen sind.

Erst vor kurzem habe ich über das Netzwerk Cuba von einem offenen Brief des Koordinationsstabs von Cuba Si - AG der PDS an Sie erfahren, dem ich inhaltlich auch meine Zustimmung geben kann. Insbesondere darf ich Sie bitten, dass Sie sich dafür verwenden, damit endlich diese Blockade seitens der USA beendet wird.

Ich erwarte von meiner Regierung, dass sie die bisherigen guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern (Bundesrepublik Deutschland und Kuba) alsbald wieder herstellt, und in Zukunft pflegt und ausbaut.

Gestatten Sie mir, dass ich noch auf die Pressemitteilung auf der o. g. Homepage zu sprechen komme.

Welcher Teufel hat denn Ihre Parteischwester Claudia Roth geritten, als sie Ihre Pressemeldung als Menschenrechtsbeauftragte abgesetzt hat.

Kann es sein, dass Menschenrechtsverletzungen an Staatsgrenzen enden? Warum macht sich Ihre Parteischwester keine Gedanken über Menschenrechtsverletzungen die durch die US-Regierung begangen werden? Wären die Vorfälle in Guantánamo, Afghanistan, der Angriffskrieg gegen den Irak und die Art und Weise wie „die fünf“ in den USA gefolterten Kubaner, Rene Gonzalez, Antonio Guerrero, Fernando Gonzalez,

Ramon Labanino und Gerardo Hernandez behandelt werden, nicht Grund genug, auch auf Ihrer Homepage unter der Länderkennung - USA - in ähnlich reißerischer Manier dargestellt werden. Im übrigen, den Anwälten der „Fünf“ wird es auch verwehrt, sich mit ihnen zu treffen. Sind das keine „Verfahren, die eklatant gegen rechtsstaatliche Mindestanforderungen und gegen die Menschenrechte verstoßen“?

Haben Sie, Herr Bundesaußenminister Fischer, Ihr Amt veranlasst, den US-amerikanischen Regierungsvertretern eine eben solche Missbilligung zu erteilen?

Hat die EU eine gemeinsame Erklärung dazu erarbeitet oder gar überreicht?

Was bitte soll ich meinen Freunden in Kuba sagen, wenn ich, bei meinem nächsten Besuch in Kuba, mit diesen Fragen konfrontiert werde?

Kann ich ihnen sagen, dass das Bundesaußenministerium die USA in Zukunft genau so rügt wie die Republik Kuba? Das werden sie mir nicht glauben.

Wenn Ihnen etwas einfällt, lassen Sie es mich wissen, bis dahin verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen Karl Fr. Ganter

Protesterklärung des Vereins KarEn an die Europäische Union, Herrn Poul Nielson, Commissioner for Development and Humanitarian Aid G - 12 8/48 Rue de Genève, 12 ; B - 1140 Bruxelles/Brussels ; Belgique/Belgie

**M- le commissaire,
Nous avons l'honneur de vous
envoyer la déclaration ci- suivante :**

Protesterklärung

(1.) Wir, die Teilnehmer der Kuba-Veranstaltung des Vereins »KarEn - Verein zur Förderung alternativer Energien in der Karibik e.V., Berlin« am 13. Juni 2003, protestieren gegen die am 5. Juni von der Europäischen Kommission eingeleiteten Maßnahmen, die eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas darstellen und die Beziehungen der EU-Länder zu Kuba schwerwiegend beeinträchtigen.

(2.) Wir sagen klar: Welche Strafen Kuba gegenüber Flugzeug- und Bootspiraten sowie Kollaborateuren im Sold der USA-

Vertretung anwendet, ist allein seine Angelegenheit; die Europäische Union ist selbst moralisch in keiner Weise „legitimiert“, über Kuba zurichten.

(3.) Ein solcher Versuch der Einmischung ist insbesondere deshalb zutiefst verlogen, als es die EU nicht vermochte, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und ihrer Satelliten gegen Irak eindeutig zu verurteilen, ja sich einige Mitgliedsländer sogar an dieser offenen Aggression aktiv beteiligt haben.

(4.) Europa sollte endlich die illegale Blockade Kubas durch die USA klar ablehnen, im Gegensatz zu den USA seine Beziehungen zu Kuba allseitig entwickeln und dabei nach dem Nichteinmischungsprinzip des Völkerrechts die vom kubanischen Volk

gewählte innere Ordnung strikt achten. Nur auf dieser Basis ist fruchtbare Zusammenarbeit möglich. Erpresserische Aktionen führen in die Sackgasse. Kuba hat ihnen gegenüber ein Recht auf Widerstand! »

(Einstimmig ohne Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen am 13. Juni 2003 um 21: 40 h durch die zu diesem Zeitpunkt 87 anwesenden Teilnehmer.)

Der Vorstand des Vereins erklärt hierzu:

Der Verein KarEn wird seine solidarische Zusammenarbeit mit Kuba fortsetzen und ausbauen. Dazu rufen wir auch alle anderen in Kuba aktiven Nichtregierungsorganisationen auf!

★ **Die TeilnehmerInnen der Landesversammlung der AG Cuba Sí gaben folgende Erklärung ab:**

Die Charta der Vereinten Nationen erkennt ausdrücklich das Recht der Völker auf Wahl ihres politischen Systems an und schreibt das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und das Prinzip der Gleichheit zwischen den Staaten fest. Wir fragen: Gilt das für Cuba nicht?

Eine Zeit lang schien es so, als würde die Europäische Union eine eigenständige, ihren Interessen entsprechende Politik gegenüber Cuba verfolgen. Sie erreichte damit z.B. die Nichtanwendung einiger Aspekte des Helms-Burton-Gesetzes, was die Auswirkungen der US-amerikanischen Wirtschafts- und Finanzblockade auf Cuba milderte.

Jetzt aber ordnet sich die EU vollends den Wünschen der US-Regierung unter und kündigt an, politische und kulturelle Beziehungen zu Cuba einzuschränken und ihre Position allgemein zu überprüfen. Es ist der Gipfel, dass in Zukunft diplomatische Vertretungen von EU-Staaten auf Cuba zu ihren offiziellen Anlässen sog. „Dissidenten“ einladen werden, d. h. von aus dem Ausland finanzierte Gegner des cubanischen Staates.

Wir protestieren auf das Entschiedenste dagegen, dass sich die EU der Politik der USA gegenüber Cuba anschließt und beabsichtigt, ihre diplomatischen Vertretungen zu subversiven Tätigkeiten gegen den souveränen und völkerrechtlich anerkannten Staat Cuba zu missbrauchen. Wir fordern, die am 05.06.2003 verkündeten Maßnahmen zurückzunehmen und die Beziehungen zu Cuba zu normalisieren und auszubauen.

*i.A. Ingeborg Giewald Sprecherin der AG Cuba Sí Thüringen,
Brückla, den 15.6.2003*

**TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT**

GENTEC

**Medizin-Offensive
von BAYER.**

STICHWORT BAYER

**Widerstand gegen
Konzernmacht. Konkret,
spannend, international.**

**Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org**

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

An den Bundesminister des Auswärtigen • Herrn Joschka Fischer, MdB
Auswärtiges Amt • Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Kirchhundem, den 17. Juli 2003

Verhältnis EU ./.. Republik Kuba

Sehr geehrter Herr Minister,

seit Monaten sehe ich mit großer Sorge, daß die derzeitige US-Administration eine immer drohendere, aggressivere Haltung gegenüber Kuba einnimmt. Der Eindruck verstärkt sich bei mir, daß gezielt darauf hingearbeitet wird, die Insel demnächst auch militärisch anzugreifen. Ich hoffe zwar noch immer, daß meine Befürchtungen übertrieben, letztlich unbegründet sein mögen. Aber die äußeren Anzeichen bestärken mich leider in meinem Pessimismus.

Dazu gehört auch, daß - wie ich zu meinem großen Bedauern vor einiger Zeit zur Kenntnis nehmen mußte - die Europäische Union (EU), anstatt sich schützend vor Kuba zu stellen, die Insel weiter isoliert, indem sie, wie aus der Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union betreffend Kuba vom 5. Juni 2003 ersichtlich, als Reaktion auf gewisse „Maßnahmen der kubanischen Regierung“ ihrerseits einschneidende Maßnahmen gegen Kuba beschlossen hat. Diese bestärken nach meiner Überzeugung Washington und die cuba- oder castrofeindlichen Kreise in Florida in ihrer Feindseligkeit zusätzlich; sie haben auch schon zu entsprechenden Reaktionen geführt.

Sehr bedauerlich finde ich auch den von Ihrem Amt am 12. Juni 2003 ausgegebenen Sicherheitshinweis. Ihnen dürfte klar sein, daß damit dem Kuba-Tourismus, der in den letzten Jahren der wichtigste Wirtschaftszweig der Insel geworden ist, ein schwerer

Schlag versetzt wird, und ich hoffe deshalb, daß der Warnung stichhaltige Anhaltspunkte zugrunde liegen. Ich bin im übrigen seit vielen Jahren regelmäßig in Kuba und habe dort niemals das Gefühl gehabt, bedroht oder sonst in Gefahr zu sein. Oder sollte sich seit meinem letzten Aufenthalt in Kuba im Oktober des vergangenen Jahres die Sicherheitslage so dramatisch verändert haben? Nach außen hin hat sie sich sicherlich verschlechtert; aber auch im Innern?

Alarmiert hat mich vor allem aber, was ich erst jetzt aus einem offenen Brief des Koordinierungsrates von Cuba Sí - AG der PDS - vom 15. Juli 2003 an Sie erfahren habe, daß nämlich die Außenminister der EU schon am 21. oder 22. dieses Monats einen revidierten Gemeinsamen Standpunkt der EU gegenüber Kuba verabschieden wollen. Wie dieser ausfallen wird, ist nach dem, was bisher geschehen ist, leicht vorstellbar.

Im Ergebnis schließe ich mich den Forderungen von Cuba Sí an. Auch ich bitte Sie hiermit nachdrücklich,

* Verschärfungen der Pressionen gegenüber Kuba bei der Revidierung des Gemeinsamen Standpunktes der EU nicht zuzustimmen, im Gegenteil sich dafür einzusetzen, daß die bereits bestehenden Sanktionen gegen Kuba aufgehoben oder zumindest beträchtlich gelockert werden, dabei insbesondere dafür einzutreten, daß die oben erwähnte Erklärung des Vorsitzes aus der Welt geschafft wird,

* sich stattdessen mit Nachdruck dafür zu verwenden, daß sich die EU, in Übereinstimmung mit entsprechenden Resolutionen der UN-Vollversammlung, aktiv für ein baldiges Ende der Blockade seitens der Vereinigten Staaten einsetzt, und

* alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die bisherigen guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Republik Kuba so schnell wie möglich wiederherzustellen, insbesondere die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht nur auf den Stand vor dem 5. Juni 2003 (Erklärung des Vorsitzes ... betreffend Kuba) zurückzubringen, sondern - zum Wohle beider Seiten! - weiterzuentwickeln und nach Kräften zu fördern.

Zum Schluß möchte ich Sie noch bitten, mir zu erklären, die bereits getroffenen und noch geplanten Maßnahmen gegen Kuba seien nicht so zu verstehen, daß die Beziehungen zu Kuba nur deshalb geopfert werden sollen, um das wegen des Kriegs gegen Irak gestörte Verhältnis zu den Vereinigten Staaten nach Möglichkeit wieder in Ordnung zu bringen.

Ich habe mir erlaubt, der Frau Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Abdruck dieses Briefes und des offenen Briefes von Cuba Sí zuzusenden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Günter Belchus

An das Mitglied des Europäischen Parlaments
Herrn Helmut Kuhne • Postfach 1305
59473 Soest

Kirchhundem, den 21. Juni 2003

Haltung der EU gegenüber Kuba Dein Brief vom 18. Juni 2003

Sehr geehrter Genosse Kuhne,

Du wirst verstehen, daß mich Deine Antwort sehr enttäuscht hat; von Sozialdemokraten hätte ich eigentlich anderes erwartet. Ich bin auch darüber enttäuscht, daß Du auf meine detaillierten Ausführungen so recht nicht eingegangen bist, insbesondere vermisse ich eine Auseinandersetzung mit dem Gerechtigkeitsaspekt, der für mich, ich bin Jurist, ehemals Referatsleiter im Bundesministerium der Justiz, von besonderer Bedeutung ist. Als positiv ist zu vermerken, daß Du

sehr rasch geantwortet und mich so nicht lange im Ungewissen über Deine Haltung und die der Fraktion gelassen hast.

Ich habe wenig Hoffnung, Dich und Deine Kollegen noch umstimmen zu können. Dennoch möchte ich Deine Ausführungen nicht unkommentiert stehen lassen, versuche aber, mich im folgenden so kurz wie möglich zu fassen.

* Die von Dir angesprochene „Logik einer quasi-Ausrufung eines Kriegszustandes zur Legitimierung verstärkter Menschenrechts-

verletzungen und Todesurteilen“ wird, soweit ich es übersehe, nicht von der kubanischen Regierung bemüht. Diese Verknüpfung habe vielmehr ich vorgenommen.

* Daß sich Fidel Castro über die Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union betreffend Kuba geärgert haben soll, kann sehr gut nachempfunden werden. Auch ich halte die Erklärung für unangemessen, unsensibel, ungerecht, anmaßend, parteiisch, undifferenziert und die Realitäten außer acht lassend. Insbesondere halte ich sie aber

für feige. Sie stellt sich für mich auch als Ausfluß der Furcht dar, in Washington erneut in Ungnade zu fallen, sofern nicht dieses Mal eine einmütige Verurteilung eines Staates, den die USA zum Feind erklärt haben, durch die EU zustande gekommen wäre.

* Für den Hinweis auf die vier Punkte in der vorerwähnten Erklärung danke ich. Sie waren mir bekannt; das Internet macht so etwas heutzutage ja leicht möglich. Nicht nachvollziehen kann ich indessen, wie Du zu der Einschätzung kommst, die von der EU beschlossenen Maßnahmen seien keine Sanktionen. Ich frage mich, was eigentlich Sanktionen sind wenn nicht diese.

* Außerordentlich bedauerlich finde ich, daß Ihr die Gefahr eines militärischen Angriffs der USA auf Kuba entweder nicht seht oder - was ich aber nicht hoffe - einen solchen gar bewußt in Kauf nehmt. Hierzu mußt Du wissen, daß ich mich persönlich betroffen fühle. Ich habe eine Unmenge Freunde in Kuba und finde deshalb den Gedanken unerträglich, daß diese möglicherweise demnächst als bedauerliche Kollateralschäden einer US-Invasion enden könnten, wie es vielen anderen zuvor schon

in Jugoslawien, in Afghanistan oder zuletzt in Irak ergangen ist. Mein Engagement für Kuba in dieser Angelegenheit müßte Dir von daher erklärlich sein.

* Offenbar ist Euch nicht bewußt, daß Ihr durch Eure Verurteilung Kubas das Land weiter in die von den USA gewollte Isolation treibt, damit das böse Spiel der US-Administration mitspielt, die seit Jahr und Tag bemüht ist, die Insel nicht nur wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Wie Ihr unter diesen Umständen mit den Verantwortlichen in Kuba im Gespräch bleiben wollt, nachdem Ihr gerade die Brücken abgebaut hat, bleibt mir unerfindlich.

* Für skandalös halte ich schließlich die Absicht, kubanische Dissidenten (Gibt es eigentlich noch welche in Freiheit? Hat Castro sie denn nicht gerade alle einsperren lassen?) zu Feierlichkeiten an Nationalfeiertagen einzuladen. Das ist ein zusätzlicher, bössartiger Nadelstich, der den bilateralen Beziehungen mit Sicherheit nicht guttun wird. Ich hoffe aber, daß unser Botschafter Dr. Wulffen, den ich als einen sehr behutsamen, sehr auf Ausgleich und auf Pflege der deutsch-kubanischen Beziehungen bedachten Diplomaten

kennengelernt habe, keinen „Dissidenten“ findet, den er etwa zum Tag der deutschen Einheit einladen müßte.

Es tut mir leid, es sagen zu müssen, daß ich mich eher in der anliegenden Presseerklärung von Hans Modrow zu den Maßnahmen der EU wiederfinde. Ich als Sozialdemokrat hätte begrüßt, wenn deutsche Sozialdemokraten hier nicht der PDS das Feld allein überlassen hätten. Ich bin auch ziemlich sicher, daß es eine nicht unbeträchtliche Zahl von Mitgliedern unserer Partei gibt, die so ähnlich wie ich empfinden und denken. Zu Deiner Unterrichtung füge ich abschließend den Abdruck eines von mir initiierten Appells bei, den FreundInnen Kubas am 31. Mai 2003 in Berlin beschlossen haben.

Dankbar wäre ich Dir, wenn Du meinen heutigen Brief und auch den vom 14. Juni 2003 Deinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion zur Kenntnis gäbest.

Mit freundlichen Grüßen
(das mit der Solidarität lassen wir mal
einstweilen weg)
gez. Günter Belchaut

Presseerklärung

Solidarität mit Kuba nun erst Recht

In Zusammenarbeit mit den Massenaktionen in Havanna, mit denen Hunderttausende Kubaner gegen den Abbau der Beziehungen zwischen der EU und Kuba und gegen die Diskriminierung ihres Landes protestierten, erklärte der PDS-Europaabgeordnete Hans Modrow, Mitglied der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke:

Es liegt weder im Interesse der Europäischen Union noch im Interesse Kubas, wenn an die Stelle des Dialogs die Konfrontation tritt. Die in Havanna gefällten und vom Parlament gebilligten Todesurteile widersprechen dem humanen Empfinden vieler Menschen weltweit, auch ich habe dafür kein Verständnis. Wer die Todesurteile in den USA ablehnt, kann zu solchen in Kuba keinen anderen Standpunkt einnehmen. Das Thema sollte beim konstruktiv-kritischen Dialog mit Kuba nicht ausgeklammert werden, aber der Dialog sollte nicht darauf beschränkt oder gar zum Prüfstein gemacht werden. Der

EU ist es nie in den Sinn gekommen, wegen der Todesstrafe die Beziehungen zu den USA zu überdenken.

Wenn die Europäische Union die oft betonte humane und unvoreingenommene Entwicklungspolitik betreiben will, dann ist darin auch Kuba einzubeziehen. Die belgische Ratspräsidentschaft hatte dazu im Herbst 2001 hoffnungsvolle Zeichen gesetzt, doch unter Spaniens Ägide, das sich auch jetzt zum Vorreiter des Drucks auf Kuba macht, sind sie auf einem Tiefstand angekommen.

Die EU muss sich auf ihre Verantwortung

und auf ihre Interessen besinnen und darf nicht kritiklos dem Boykottkurs der USA gegenüber Kuba folgen, das Washington schon längst in das Visier seines „Antiterrorfeldzuges“ genommen hat. In Guantánamo auf Kuba demonstrieren die USA, dass sie vor keinem Rechtsbruch zurückschrecken. Ein Gewaltakt gegen Kuba würde ganz Lateinamerika treffen und auch die EU betreffen.

Wir, die Freunde Kubas, bleiben herausgefordert, nun erst Recht solidarisch mit Kuba zu sein.

Hans Modrow
Berlin, d. 16. Juni 2003

An dieser Stelle die Veröffentlichung einer Reihe von EU-Adressen
Dies darf durchaus als Anregung zur Sendung weiterer Protestbriefe und -mails an die jeweiligen Stellen verstanden werden!

1.: Kommissare

Romano Prodi

Kommissionsvorsitzender
Generalsekretariat der Europäischen Kommission
200, Rue de la Loi
B - 1049 Bruxelles

Loyola de Palacio Vizepräsidentin;
Kommissarin für Energie & Transport

Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles

Neil Kinnock Vizepräsident;
Kommissar für Verwaltungsreform
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles

Erkki Liikanen Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft

Rue de la Science 15
B - 1049 Bruxelles
e-mail : erkki.liikanen@cec.eu.int

Margot Wallström

Kommissarin für Umwelt
B - 1049 Bruxelles
e-mail: Margot.Wallstrom@cec.eu.int
Tel. : + 32 22 98 18 00
Fax : + 32 29 81 899

Pascal Lamy
Kommissar für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten
200, Rue de la Loi
B - 1049 Bruxelles
e-mail : Commissaire-Lamy@cec.eu.int
Fax : + 32 2 298 13 99

Franz Fischler
Kommissar für Landwirtschaft, ländl. Entw. & Fischerei
200, Rue de la Loi
B - 1049 Bruxelles
e-mail : kabinett-fischler@cec.eu.int
Fax : + 32 2 29 59 225

Mario Monti
Kommissar für Wettbewerb
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles

Frits Bolkestein Kommissar für Binnenmarkt, Steuern & Zollunion
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles
e-mail: Frits.Bolkestein@cec.eu.int
Fax: + 32 2 298 07 99

Poul Nielson Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe
G - 12 8/48
Rue de Genève, 12
B - 1140 Bruxelles
Tel. : + 32 2 298 10 00
Fax : + 32 2 298 10 99

Viviane Reding
Kommissarin für Bildung & Kultur
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles
e-mail: Viviane.Reding@cec.eu.int
Tel.: + 32 2 298 16 00
Fax: + 32 2 299 92 01

Anna Diamantopoulou Kommissarin für Beschäftigung und Soziales
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles
e-mail: empl-info@cec.eu.int
Fax: + 32 2 2982 099

Michel Barnier Kommissar für Regionalpolitik und die Reform der Institutionen



Protest am 13. Juni vor der spanischen Botschaft in Brüssel

Foto: ICS

Europäische Kommission
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B - 1049 Bruxelles
e-mail: cabinet-barnier@cec.eu.int
Fax: + 32 2 298 15 99

Günter Verheugen
Kommissar für Erweiterung
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B - 1049 Bruxelles
e-mail : Guenter.Verheugen@cec.eu.int
Tel. : + 32 2 298.11.00
Fax : + 32 2 298 11 99

Philippe Busquin
Kommissar für Forschung
Europäische Kommission
Generaldirektion Forschung
SDME 02/83
B - 1049 Bruxelles
Tel.: + 32 2 295 99 71
Fax: + 32 2 295 82 20

António Vitorino
Kommissar für Justiz & Inneres
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles

Pedro Solbes Mira Kommissar für Wirtschaft & Währungsangelegenheiten
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles

Michaela Schreyer Kommissarin für Haushalt und Betrugsbekämpfung
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles
e-mail: cab-schreyer@cec.eu.int

David Byrnes Kommissar für Gesundheits- & Verbraucherschutz
Europäische Kommission
Rue de la Loi 200
B - 1049 Bruxelles

Chris Patten Kommissar für Außenbeziehungen
Europäische Kommission
B - 1049 Bruxelles

2.: Fraktionen

EVP - ED - Fraktion
(Europäische Volkspartei [Christdemokraten] & Europäische Demokraten) im Europäischen Parlament

47 - 53, Rue Wiertz
B - 1047 Bruxelles
Tel.: + 32 2 284 22 34
Fax: + 32 2 230 62 08

PES - Fraktion
(Fraktion der sozialdemokratischen Parteien Europas) im Europäischen Parlament
Rue Wiertz
B - 1047 Bruxelles
Tel.: + 32 2 284 11 11
Fax: + 32 2 230 66 64

ELDR - Fraktion (Gruppe der Europäischen Liberalen, Demokraten und Reformpartei) im Europäischen Parlament
Rue Wiertz
B - 1047 Bruxelles
Tel.: + 32 2 284 21 11
Fax: + 32 2 230 24 85

Grüne/EFA im Europäischen Parlament
Rue Wiertz
B - 1047 Bruxelles
Tel.: + 32 2 28 45 498
Fax: + 32 2 28 49 498

GUE/NGL
(Europäische Vereinte Linke/Nordische Grüne Linke) im Europäischen Parlament
Rue Wiertz 43
B - 1047
e-mail: guengl@europarl.eu.int
Tel.: + 32 2 284 26 83/26 86
Fax: + 32 2 28 41 774 (Gruppe)
+ 32 2 28 41 780 (Generalsekretariat)

Neue Entführungen erhöhen Spannungen zwischen Kuba und den USA

(La Habana, 16. Juli 2003, adital-poonal)

Nach einer kurzen Phase der Ruhe begannen die gegenseitigen Beschuldigungen zwischen den Regierungen Kubas und der USA von Neuem.

Die kubanische Regierung wirft den USA vor, durch das „Gesetz zur kubanischen Anpassung“ (Ley de Ajuste Cubano), einem US-amerikanischen Gesetz aus dem Jahr 1966, gewaltsame Aktionen wie

der jüngste Versuch, ein Fischerboot zu entführen, zu fördern.

Bei dem gescheiterten Versuch am 14. Juli kam es zu einer Schießerei, bei der drei Männer getötet wurden, ein zehnjähriger Junge wurde schwer verletzt. Sie hatten versucht, in einem kleinen Fischerdorf in der östlichen Region von Pinar del Río ein Schiff zu kapern, um damit in die USA zu fahren.

Ungefähr 24 Stunden später wurde ein Schiff eines staatlichen Unternehmens gekapert, welches letzten Informationen zufolge in der Nähe der Bahamas mit 30 Personen an Bord gesichtet wurde. Dabei zeigte der Nachrichtenaustausch zwischen der kubanischen

Regierung und der US-amerikanischen Küstenwache, dass sich die USA weigern, das Schiff abzufangen und sich dabei darauf berufen, dass sich das Schiff nicht in dem von ihnen überwachten Gebiet aufgehalten habe.

Die kubanische Regierung beharrte ihrerseits darauf, dass es nicht Teil ihrer Politik sei, entführte Schiffe auf hoher See zu entern. In zwei aktuellen Verlautbarungen beschuldigte die kubanische Seite die USA erneut, zu nachlässig mit Entführern von Schiffen oder Flugzeugen umzugehen, die auf diese Weise versuchten, die US-Küste zu erreichen. Den kubanischen Verlautbarungen zufolge fördert diese Vorgehensweise, die eine Verletzung der geltenden Migrationsvereinbarungen aus den Jahren 1994 und 1995 darstelle, diese Art von Verbrechen, die auf der Insel als terroristische Aktionen eingestuft werden.

Die offizielle nordamerikanische Vorgehensweise geht mit den psychologischen Effekten des Anpassungsgesetzes einher, das jedem kubanischen Bürger, der es schafft, amerikanischen Boden zu betreten, eine Aufenthaltsgenehmigung garantiert. Die Migrationsvereinbarungen sehen vor, dass auf See Verhaftete umgehend auf die Insel zurückgebracht werden müssen. Die kubanischen Autoritäten klagen die USA jedoch an, gegen diese Vereinbarungen zu verstoßen.

Als es vergangenen April zu einer Reihe von Schiffs- und Flugzeugentführungen kam, informierte Havannas Regierung, dass diese nur durch hartes Durchgreifen gestoppt werden könnten, wie z.B. durch umgehende Rückführung der Entführer nach Kuba. Die Entführer, die mittels der Drohung, ihre Geiseln zu töten, aus den kuba-

nischen Hoheitsgewässern entfliehen konnten, wurden nicht zurückgeschickt.

Bisher wurde nur einer von ihnen wegen einer Flugzeugentführung angeklagt und zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt.

Bei einem bewaffneten Überfall im April auf eine kleine Fähre, die zwei Stadtteile Havannas miteinander verbindet, entschieden sich die kubanischen Behörden, energisch vorzugehen. Drei der Entführer wurden vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Kuba erklärte, dass es sich zu diesem Zeitpunkt gezwungen gesehen habe, diese Hinrichtungen zu vollziehen, um die Entführungswelle einzudämmen, welche den USA als Vorwand für eine militärische Intervention auf der Insel dienen könnten.

In der in Miami erscheinenden Tageszeitung „El Nuevo Herald“ wurde am 16. Juli der Sprecher des US-amerikanischen Außenministeriums zitiert. Dieser versuchte, die Schuld für diese Entführungen „der mangelnden Sicherheit in den Häfen und Flughäfen Kubas“ anzulasten. In seiner Reaktion bezüglich der zwei jüngsten Entführungsfälle äußerte Robert Zimmerman weiter, dass „die USA wachsam sind und ernsthaft besorgt über die jüngsten Versuche, mit gekaperten Schiffen der Insel zu entfliehen.“

Der Beamte führte aus, dass „die USA einer geordneten und innerhalb eines legalen Rahmens stattfindenden Migration aus Kuba verpflichtet sind und dass Entführer in den USA die volle Härte des Gesetzes zu erwarten haben.“

aktuell: miami 5

Rede von James D. Cockcroft am 31.5.03 auf der 10-Jahresfeier des Netzwerks

(Übersetzung nach Tonbandaufnahme aus dem Englischen von Josie Michel-Brüning)

„Vielen Dank für die Einladung und dafür, auf der Zehnjahresfeier des Netzwerks Cuba bei Euch sein zu dürfen, nur wenige Monate nach dem 44. Jahrestag der cubanischen Revolution, mit der ich und viele andere in den Vereinigten Staaten während unseres ganzen Erwachsenenlebens solidarisch waren.“

Für mich ist es eine besondere Ehre, weil ich darum gebeten wurde, über die fünf Personen zu sprechen, die nicht nur cubanische Patrioten, sondern Patrioten der Menschheit und Patrioten der Welt sind. Und in unserem Kampf um ihre Freiheit werden wir einen entscheidenden Sieg erringen gegen die aktuelle Praxis des Imperialismus der Vereinigten Staaten in globalem Maßstab, ohne Rücksicht auf alle humanitären Werte, welcher Art auch immer oder auch auf internationales Recht.

Len Weinglass bat mich heute morgen per E-Mail darum, das zu betonen, was schon mein Vorredner erwähnte, dem ich nur folgendes hinzufügen kann – worauf auch Amnesty International offiziell hinwies – nämlich die fünfjährige oder noch längere Trennung zwischen René und Olga und Gerardo und Adriana.

Zwei Frauen, denen von den Vereinigten Staaten nicht erlaubt wird, ihre Ehemänner während Jahren der Haft und Folter zu besuchen. Amnesty International selbst sagte, dass diese Situation eine Bestrafung der

Familie ist, die an Folter grenzt, gegen alle Standards der Menschenrechte und auch gegen internationales Recht.

Ich bin gebeten worden, über die derzeitige Situation der Fünf im Rechtssystem der Vereinigten Staaten zu sprechen. Und um dem nachzukommen, werde ich mir die Freiheit nehmen, das Rechtssystem selber vor Gericht zu stellen im Kontext dessen, was als „Bush-Doktrin“ bekannt ist, aber in Wirklichkeit, wie ich es schon während meiner derzeitigen Reden in Deutschland, in verschiedenen Städten gesagt habe, auch eine „Clinton-Doktrin“ und in der Tat eine Lehrmeinung der beiden maßgeblichen Parteien ist. Sie lässt sich bis auf die 1950er Jahre zurückverfolgen, diese Doktrin, die Welt wirtschaftlich und militärisch zu beherrschen. Was die „Bush-Doktrin“ betrifft, so könnt ihr sie im Internet auf der Website des Weißen Hauses nachlesen, weil sie gerade im vergangenen September dort auf über 20 Seiten zur Verfügung gestellt wurde. Und wenn ihr nicht dazu kommt, „Dead white Man“ von Michael Moore, also, Entschuldigung, (lacht) „Stupid white Man“ zu lesen, lest bitte während eures nächsten Urlaubs diese 20 Seiten, denn sie werden euch beides deutlich machen, sowohl die Paranoia und geisteskranken Politik Bush's und die der Administration, als auch seine abschreckende rassistische Dimension des fortwährenden Präventivkrieges in Übersee und die Zer-

störung des Rechtssystems und der bürgerlichen Freiheiten zuhause.

Am 20. Mai 2002 proklamierte Präsident Bush seine Initiative für ein neues Cuba. Das heißt den Regierungswechsel oder demokratischen Übergang, was dasselbe bedeutet und die Erhöhung der direkten Bezahlung durch Millionen von Dollar seitens der Vereinigten Staaten für die so genannten antikommunistischen Dissidenten in Cuba, aktuell für die 75 Söldner, die kürzlich in Cuba vor Gericht gestellt wurden. Ein Teil der nationalen Sicherheitsstrategie der Bush-Doktrin vom letzten September auf der Website umschließt etwas, das innere Wachstumsstrategie genannt wird, die Förderung des freien Marktes im Sinne der neoliberalen Wirtschaftspraktiken der letzten 20 oder mehr als 20 Jahre: Privatisierung, Auslöschung von Sozialprogrammen, wie beispielsweise das eurer Krankenkassen, Kürzungen im Bildungswesen und innerhalb der wirtschaftlichen Infrastruktur die Auslöschung des öffentlichen Verkehrswesens und der öffentlichen Gesundheitsförderungsprogramme und so weiter.

Dieses selbe Dokument wird euch beide Schlüsselpositionen zeigen, die der wirtschaftlichen und die der militärischen Doktrin, aber insbesondere die der wirtschaftlichen Doktrin, die als das Kernstück der kapitalistischen Länder bekannt ist, der wirtschaftlichen Zentren der Metropolen der

Macht des Kapitalismus der Europäischen Union, Japans und Asiens, - nicht die des Südens. Das bedeutet für Europa z.B. die Ausmerzung von Konzessionen zur Abmilderung des Kapitalismus durch Sozialprogramme, Sozialfürsorge oder finanzielle Unterstützung, mit anderen Worten, den Export der amerikanischen Art von Kapitalismus oder auf die Art der Vereinigten Staaten - ohne Regulierung.

Also, wenn ihr, so wie ich, wisst, wie die fünf Patrioten der Welt gerade dieser Doktrin getrotzt haben, die Bush zu- zetzt rund um den Globus anwendet, ist das der Grund, warum eure Arbeit hier in Europa, genauer gesagt, in Deutschland, so wichtig ist. Eure 6000 Unterschriften beispielsweise, nur aus Deutschland, halfen auf diese Weise, die Freilassung der fünf Cubaner aus der einen Monat und einen Tag andauernden schrecklichen Isolationshaft in einer Spezialeinrichtung zu erreichen, die weltweit als eine Art Folter angesehen wird. Sie wurden kurz vor dem Ausbruch der Bombenangriffe des 20. März' auf den Irak in diese spezielle Isolationshaft verbracht, gleichzeitig mit hunderten von unbekanntem, meistens arabischen oder islamischen Gefangenen oder anderen Dissidenten gegen den Irakkrieg und gegen Imperialismus, denn die Vereinigten Staaten führten gewaltsam eine gravierende Steigerung in der Zerstörung von Menschenrechten für unsere Einwanderergemeinschaft herbei, für die 7 Millionen Araber und für unsere Gefangenen. Sogar während ich hier spreche, ist einer von je 140 Einwohnern der Vereinigten Staaten im Gefängnis, das ist das höchste Aufkommen an Gefangenen per Capita in der Welt, darunter sind überproportional viele afrikanische Amerikaner - „Schwarze“ - oder Latinos und jetzt sind es natürlich arabische und asiatische, - islamische Amerikaner.

Wenn wir auf die Anregung schauen, die uns die fünf Cubaner geben, als die prominentesten Personen aus unserer Sicht, obwohl die ganze Welt noch nichts von ihnen weiß, die sich gegen die Doktrin des Staatsterrorismus erheben, die von den Vereinigten Staaten ausgeübt wird und die, weil sie bei der Entdeckung von Schiffsladungen voll explosiven Materials und der Aufdeckung von anderen terroristischen Plänen der cubanischen Mafioso-Terroristen, „Los Gusanos“, so effektiv waren, die dann illegaler und ungerechter Weise, ohne ein gebührendes Verfahren zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden - wegen Spionage(!) - während sie doch sogar das FBI mit Informationen über die terroristischen Angriffspläne belieferten, deren Ausführung nicht nur cubanische Zivilisten hätte verletzen können, sondern möglicher Weise auch



Parlamentspräsident Alarcon und Angehörige der Fünf. Foto: Gramma

andere in den Vereinigten Staaten, dann haben wir, abgesehen von diesen Personen, ein einziges Land auf der Welt, das sich erhebt und dem Rest der Welt sagt: „Der Kaiser trägt keine Kleider!“, das dem Rest der Welt sagt, dass diese Regierung in Washington nicht nur all' die internationalen Gesetze und moralischen Werte all' der unterschiedlichen Religionen verletzt, sondern auch seine eigene Verfassung.

Und obwohl ein, zwei oder drei hervorragende Mitglieder des Repräsentantenhauses - gewöhnlich sind es afrikanische Amerikaner - sich von Anfang an gegen die Zerstörung der US-Verfassung ausgesprochen haben, hat im Grunde niemand der maßgeblichen Politiker, weder einer der demokratischen, noch der republikanischen Fraktion, im Kongress der Vereinigten Staaten etwas getan, um diese militante und faschistische fortschreitende Zerstörung der „10 Amendments“ [10 Zusätze] zur US-Verfassung aufzuhalten, die weltweit als die „Bill of Rights“ bekannt sind.

Außer einem konservativen Senator, Senator Byrd, der wahrscheinlich das älteste und dienstälteste Mitglied der Vereinigten Staaten ist, sagte es. Er stammt aus der viele Jahre zurück liegenden Zeit, in der er die Apartheid im tiefen Süden der Vereinigten Staaten verteidigte, von wo er kommt - heute ist er ein konservativer Demokrat - doch er sprach sich gegen die Zerstörung der amerikanischen Verfassung aus, und er kann keine Öffentlichkeit dafür erhalten. Daher musste er sich an das Internet wenden, an die Adresse www.moveon.org, die eine linksliberale Website für Menschenrechte ist, um seine Reden innerhalb der restlichen US-amerikanischen Öffentlichkeit und der Welt in Umlauf bringen zu können.

Ich möchte jetzt auf die Situation der Fünf zu sprechen kommen, der sie sich zur Zeit stellen müssen:

Es gibt eigentlich zwei zur Zeit laufende Berufungsanträge, die beide von ihren Anwälten in ihrem Namen gestellt wurden. Es gibt den Antrag im Namen aller Fünf am 11th Circuit Court [elften Bezirksgericht] von Atlanta, und dann gibt es auch den für

Antonio über seinen Rechtsanwalt Leonard Weinglass gestellten Antrag, den bekannten Rechtsanwalt von Mumia, und dieser Antrag wurde im letzten November gestellt. Aber die Gerichtshöfe werden in beiden Fällen von streng konservativen Richtern bestimmt, die voraussichtlich gegen diese Anträge entscheiden werden. Der Weinglass-Antrag für Antonio und nebenbei auch der für alle Fünf basiert offenkundig auf der Notwendigkeit des „Change of Venue“ [Verlegung der Gerichtsverhandlung an einen anderen Ort], da sie keine faire Gerichtsverhandlung in Miami bekommen konnten.

Die schöne Sache an dem Weinglass-Antrag für Antonio ist jedoch, dass er ein Berufsvergehen seitens der Staatsanwaltschaft offenbart. Wenn ihr die Staatsanwaltschaft hier als die Justiz der Vereinigten Staaten seht und zur Kenntnis nehmt, dass der Generalstaatsanwalt von Bush, John Ashcroft, der innerhalb der Regierung für die Justizabteilung verantwortlich ist, und über den Len Weinglass bei seinen Recherchen herausfand, dass Ashcroft selber seinen eigenen Fall von Selbstverteidigung durch einen Antrag auf „Change of Venue“ gewann, wegen einer unfairen, unproportionalen Verteilung der Interessen innerhalb der Geschworenen vor Ort [Anm. d. Übersetzerin: Die Geschworenen konnten wegen ihrer vor Ort vorherrschenden Vorurteile gegenüber dem Verhandlungsgegenstand nicht neutral sein.] Er machte sich den selben Präzedenzfall zunutze, den die fünf Cubaner für sich zu nutzen versuchen: einen Fall, der als „Pamplin versus Mason“ aus dem Jahr 1968 bekannt ist. [Anm.d. Übersetzerin: „Pamplin gegen Mason“, war ein Fall, der in einer kleinen Provinzstadt in Texas gegen einen schwarzen Bürgerrechtler verhandelt wurde und wegen der bekannten Vorurteile innerhalb der Kleinstadt gegen Schwarze an einen anderen Ort verlegt wurde] Und Ashcroft gewann seinen Fall, indem er diesen Präzedenzfall für sich in Anspruch nahm. Aber er will es den fünf Cubanern nicht genehmigen, oder die Richter wollen es ihnen nicht erlauben, den Präzedenzfall in ihrer Argumentation für ein „Change of Venue“ in Anspruch zu nehmen.

Ich bedauere es, euch darüber in Kenntnis zu setzen, dass wir euch nicht sagen können, wann die Anhörungen dieser Anträge verhandelt werden, noch euch sagen zu können, wann das Gerichtssystem, nachdem die Anträge verhandelt wurden, seine Entscheidungen bekannt geben wird.

Es gibt in diesen Zeiten keine Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten können jeden verfolgen, sie können mich verhaften, wenn ich in die Vereinigten Staaten zurück gehe, falls die Alarmstufe gegen Terroristen entsprechend hoch sein sollte.

Jeder kann mich ohnehin verhaften. Doch,

Fortsetzung auf Seite 25 ➤

REDE DES COMANDANTE EN JEFE FIDEL CASTRO RUZ PRÄSIDENT DER REPUBLIK KUBA ZUM FESTAKT ANLÄSSLICH DES 50. JAHRESTAGES DES ANGRIFFS AUF DIE MONCADA- UND CARLOS-MANUEL-DE-CESPEDES- KASERNEN, SANTIAGO DE CUBA AM 26. JULI 2003



Es scheint wie unreal zu sein, daß wir uns 50 Jahre nach jenen Ereignissen, derer wir heute gedenken und die am 26. Juli 1953 geschahen, hier an demselben Ort befinden. Ich war damals 26 Jahre alt. Bis zum heutigen Tag sind in meinem Leben 50 weitere Kampffahre vergangen.

Zu jenem weit zurückliegenden Augenblick konnte ich mir nicht einen einzigen Moment vorstellen, daß wir wenige der noch von jener Aktion überlebenden Teilnehmer heute Abend hierher berufen werden würden, und zwar gemeinsam mit denen, die hier versammelt sind oder im ganzen Land zuhören, und die von der Revolution beeinflusst wurden oder aktiv in ihr handelten; gemeinsam mit denen, die zum damaligen Zeitpunkt Kinder oder Jugendliche waren; mit denen, die noch nicht geboren waren und heute Eltern und sogar Großeltern sind; gemeinsam mit ganzen Kontingenten von echten Männern und Frauen, voll revolutionärem und internationalistischem Ruhm und Geschichte, mit im Dienst stehenden und sich in der Reserve befindenden Soldaten und Offizieren, mit Zivilen, die echte Heldentaten verbrachten; mit einer unendlich scheinenden Anzahl von jungen Kämpfern; mit arbeitsamen Werktätigen oder begeisterten Studenten, oder beides zur selben Zeit, und mit Millionen von Pionieren, die unsere Vorstellungskraft von ewigen Träumern bis zum Rand anfüllen.

Und erneut erlegt mir das Leben das spezielle Privileg auf, das Wort an euch zu richten.

Ich spreche hier nicht in meinem persönlichen Namen. Ich tue es im Namen der heroischen Anstrengungen unseres Volkes und der Tausenden von Kämpfern, die während des halben Jahrhunderts ihr Leben gaben. Ich tue es außerdem mit Stolz auf das grandiose Werk, daß sie zu verwirklichen in der Lage waren, auf die Hindernisse, die sie besiegten und das Unmögliche, das sie möglich machten.

In den schrecklich traurigen Tagen nach der Aktion erklärte ich vor dem Gericht, das mich verurteilte, welches die Gründe waren, die uns zu jenem Kampf geführt hatten.

Kuba hatte eine Bevölkerung, die weniger als sechs Millionen Einwohner betrug. Gemäß der damals bekannten Daten, drückte ich unverblümt und in ungefähren Angaben die Situation unseres Volkes aus, und zwar die Situation 55 Jahre nach der US-amerikanischen Intervention gegen ein militärisch schon durch die Beständigkeit und das Heldentum der kubanischen Patrioten besiegt Spanien, wodurch die Ziele unseres langen Unabhängigkeitskrieges vereitelt wurden und 1902 eine vollkommene politische und wirtschaftliche Herrschaft über Kuba etabliert wurde.



Moncada, 26. Juli 2003

Das gewaltsame Auferlegen in unserer ersten Verfassung des Rechts der USA, Kuba zu intervenieren und das Nationalterritorium für Militärstützpunkte zu besetzen zusammen mit der Totalherrschaft über unsere Wirtschaft und ihre Naturschätze reduzierten unsere nationale Souveränität praktische auf Null.

Ich werde nur ein paar kurze Absätze meiner Verteidigungsrede während der Gerichtsverhandlung, die am 16. Oktober 1953 stattfand zitieren:

<600 tausend Kubaner sind arbeitslos.>

<500 tausend Landarbeiter arbeiten 4 Monate im Jahr und hungern in den anderen Monaten.>

<Von 400 tausend Industriearbeitern und Tagelöhnern sind die Pensionen unterschlagen worden, ihre Wohnungen sind die höllischen Zimmer der Zitadellen, ihre Löhne gehen aus den Händen des Arbeitgebers in die des Wucherers über; ihr Leben ist die ewige Arbeit und ihr Ausruhen ist das Grab.>

<10 tausend junge Fachkräfte: Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte, Veterinäre, Pädagogen, Zahnärzte, Pharmazeuten, Journalisten, Maler, Bildhauer usw. usf. beenden ihre Studien und möchten kämpfen und sind voll Zuversicht, um sich dann in einer Sackgasse ohne Ausweg zu befinden und vor verschlossenen Türen zu stehen.>

<85 Prozent der kleinen Landwirte bezahlt Pacht und lebt unter der ständigen Bedrohung der Vertreibung von ihren Parzellen.>

<200 tausend Bauernfamilien besitzen nicht eine Handbreit Land, um Lebensmittel für ihre hungrigen Kinder anbauen zu können.>

<Mehr als die Hälfte der besten landwirtschaftlichen bewirtschafteten Ländereien befinden sich in ausländischem Besitz.>

<Ungefähr 300 tausend „Caballerías“ (mehr als drei Millionen Hektar) liegen brach.>

<Zwei Millionen 200 tausend Menschen unserer Stadtbevölkerung bezahlen Mieten, die zwischen einem fünften Teil und einem Drittel ihrer Einkünfte verschlingen.>

<Zwei Millionen 800 tausend Menschen unserer Land- und Vorstadtbevölkerung haben keinen elektrischen Strom.>

<Zu den Landschulen gehen barfuß, halb nackt und unterernährt weniger als die Hälfte der Kinder im schulpflichtigen Alter.>

<90% der Kinder auf dem Lande sind von Parasiten übersät.>

<Die Gesellschaft ist gefühllos gegenüber dem Massenmord, der an so vielen Tausenden und Abertausenden von Kindern begangen wird, die jedes Jahr wegen fehlender Mittel sterben.>

85 Prozent der Bevölkerung sind heute Eigentümer der Wohnung, in der sie leben. Sie zahlen keine Steuern. Die anderen 15 Prozent zahlen eine rein symbolische Miete.

<Wenn ein Familienvater vier Monate im Jahr arbeitet, womit kann er denn dann seinen Kindern Anzielsachen und Arzneien kaufen? Sie werden mickrig heranwachsen, mit dreißig Jahren werden sie nicht einen einzigen heilen Zahn im Mund haben. Sie werden zehn Millionen Reden gehört haben und am Ende im Elend und in der Enttäuschung sterben. Der Zugang zu den staatlichen Krankenhäusern, die immer voll sind, ist nur mit einer Empfehlung eines politischen Magnaten möglich, der dem Unglücklichen seine Wahlstimme und die seiner gesamten Familie abfordern wird, damit Kuba immer genau so bleibt oder noch schlechter.>

Das Folgende war vielleicht das Wichtigste was ich zum wirtschaftlichen und sozialen Thema sagte:

<Die Zukunft der Nation und die Lösung ihrer Probleme können nicht weiter von dem egoistischen Interesse eines Dutzend von Finanzmännern abhängen, von den eiskalten Berechnungen über Gewinne, die zehn oder zwölf Magnaten in ihren Büros mit Klimaanlagen anstellen. Das Land kann nicht weiter auf den Knien liegen und um die Wunder einiger weniger Goldener Kälber bitten, die wie jenes des Alten Testaments, welches der Zorn des Propheten umwarf, keinerlei Wunder vollbringen. [...] Und durch Staatsmänner, dessen staatsmännisches Tun darin besteht, alles so zu belassen, wie es ist, und das Leben damit zu verbringen, Dummheiten bezüglich der „absoluten Unternehmensfreiheit, der „Garantien für das Investmentkapital“ und des „Gesetzes von Angebot und Nachfrage“ zu nuscheln, werden solche Probleme sicher nicht gelöst werden.>

<In der heutigen Welt löst sich kein soziales Problem auf spontane Art und Weise.>

Diese Ideen beschrieben eine vorhandene Denkweise über das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das einfach beseitigt werden müßte. Im wesentlichen drückten sie die Idee eines neuen politischen und gesellschaftlichen Systems für Kuba aus, obwohl es gefährlich war, so etwas



inmitten des Ozeans von Vorurteilen und des gesamten, von den herrschenden, dem Imperium alliierten Schichten gesäten ideologischen Gifts, verlauten zu lassen, das diese über eine Bevölkerung vergossen, von der 90% Analphabeten oder Halbanalphabeten war, die nicht den Sechste-Klasse-Abschluß erreicht hatten. Eine Bevölkerung, die unzufrieden, kämpferisch und rebellisch war, aber nicht in der Lage, so ein spitzfindiges und tiefgreifendes Problem zu verstehen. Seit damals besaß ich die solideste und gefestigste Überzeugung, daß die Ignoranz die mächtigste und schrecklichste Waffe der Ausbeuter im Laufe der Geschichte gewesen ist.

Das Volk anhand der Wahrheit zu erziehen, mit unschlagbaren Worten und Tatsachen, das war vielleicht der grundlegende Faktor der grandiosen Heldentat, das es vollbracht hat.

Jene erniedrigenden Realitäten wurden abgeschafft, trotz der Blockaden, der Bedrohungen, der Aggressionen, des massenhaften Terrorismus und der Verwendung gegen unsere Revolution ad libitum der mächtigsten Massenmedien, die jemals existiert haben.

Die Ziffern erlauben keinen Widerrede.

Man hat genauer erfahren können, daß die wirkliche Bevölkerung in Kuba 1953, gemäß der in jenem Jahr durchgeführten Volkszählung, 5 Millionen 820 tausend Einwohner betrug. Die jetzige beläuft sich, gemäß der im September 2002 erfolgten Volkszählung, die sich schon in der Endphase der Datenbearbeitung befindet, 11 Millionen 177 tausend 743 Einwohner.

Die Indexe und Kennziffern weisen auf, daß es 1953 eine Anzahl von 807 tausend 700 Analphabeten, was 22,3% entspricht. Eine Zahl, die sich in den sieben Jahren Batista-Tyrannie sicher erhöhte. Im Jahr 2002 gab es nur 38 tausend 183, was 0,5% entspricht. Das Bildungsministerium schätzt, daß diese Zahl noch geringer ist, denn es fällt ihnen sehr schwer, trotz der minuziösen Suche nach nicht alphabetisierten Personen, diese in ihren Branchen oder in den Wohnvierteln aufzufinden, obwohl sie die Wohnungen besucht haben. Ihre Berechnungen, die gemäß der individuellen Nachforschungen berichtet werden, und noch genauer als eine Volkszählung sind, ergeben 18 tausend, was 0,2% entspricht. Beide Angaben schließen selbstverständlich jene Personen aus, die aus geistigen oder körperlichen Gründen nicht alphabetisiert werden können.

Im Jahr 1953 belief sich die Zahl der Personen mit mittlerer höherer Reife und bestandenem Abitur auf 139 tausend 984, ein 3,2% der Bevölkerung über zehn Jahre. Im Jahr 2002 belief sie sich auf 5 Millionen 733 tausend 243, d.h. 41 Mal mehr und 58,9% der Bevölkerung des selben Alters entsprechend.

Die Anzahl der Graduierten mit Universitätsabschluß erhöhte sich von 53 tausend 490 in 1953 auf 712 tausend 672 im Jahr 2002.

Die Arbeitslosigkeit, trotzdem die Volkszählung 1953 zur Zeit der Zuckerrohrernte

stattfind, einer Etappe mit der größten Nachfrage an Arbeitskräften, ergab 8,4% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Die Volkszählung vom 2002, die im September durchgeführt wurde, deckte auf, daß diese heute in Kuba nur 3,1 Prozent beträgt, obwohl die wirtschaftlich aktive Bevölkerung, die 1953 nur 2 Millionen 59 tausend 659 Einwohner betrug, im vergangenen Jahr 4 Millionen 427 tausend 28 erreichte. Das Überzeugendste ist, daß im folgenden Jahr, wo sich die Arbeitslosigkeit auf weniger als 3 Prozent vermindert, Kuba in die Kategorie eines Landes mit Vollbeschäftigung übergeht, was inmitten der Weltwirtschaftssituation in keinem anderen Land Lateinamerikas oder der sogenannten wirtschaftlich entwickelten Länder möglich ist.

Ohne auf andere Gebiete mit hervorragenden sozialen Fortschritten einzugehen, füge ich nur hinzu, daß sich die Bevölkerung zwischen 1953 bis 2002 fast verdoppelt hat, die Anzahl der Wohnungen verdreifachte sich, und die Anzahl der Personen pro Wohnung verminderte sich von 4,64 im Jahr 1953 auf 3,16 im 2002. Von ihnen wurden 75,4 Prozent nach dem Sieg der Revolution errichtet.

Vom gesamten vorhandenen Wohnungsfonds des Landes verminderte sich die Prozentzahl der Bohíos¹ von 33,3 Prozent in 1953 auf 5,7 im Jahr 2002, und die Elektrifizierung derselben erhöhte sich von 55,6 Prozent im Jahr 1953 auf 95,5 Prozent im 2002.

Die Zahlen sagen jedoch nicht alles. Die Qualität erscheint nicht in den kühlen Ziffern, und in ihr liegt das wirklich spektakuläre der von Kuba erreichten Fortschritte.

Unser Land nimmt heute bei weitem den ersten Platz auf der Welt bezüglich der Anzahl von Lehrern und Erziehern pro Kopf ein. Das gesamte Lehrpersonal beläuft sich auf die hohe Zahl von 290 tausend 574 Menschen im aktiven Dienst.

Bei Nachforschungen, die zu einer Gruppe der wichtigsten Bildungskennziffern durchgeführt wurden, nimmt Kuba ebenfalls den ersten Platz, noch vor den entwickelten Ländern, ein. Die schon in der Grundschule erreichte Zahl von 20 Schülern pro Lehrer und die von einem Lehrer pro jede 15 Schüler in der Mittelschule - d.h. der siebenten, achten und neunten Klassen - was wir im folgenden Schuljahr erreichen werden ist etwas, wovon nicht einmal die reichsten Länder des Planeten träumen können.

Die Ärzte belaufen sich auf 67 tausend 79. Davon sind 45 599 Spezialisten und 8 858 befinden sich in Ausbildung. Das Krankenpflegepersonal beträgt 81 459 und die Fachkräfte im medizinischen Bereich 66 339, was insgesamt 214 877 Ärzte, Krankenpflegepersonal und Fachkräfte des medizinischen Bereichs ausmacht, die sich den Gesundheitsdienstleistungen widmen.

Die Lebenserwartung beträgt 76,15 Jahre; die Kindersterblichkeit 6,5 pro jede Tausend Lebendgeborene im ersten Lebensjahr, die niedrigste unter allen Drittländern, mehreren der entwickelten Länder.

Die Lehrer für Körperkultur, Sport und Freizeitbeschäftigung sind 35 tausend

902, viel mehr als die Gesamtzahl der Lehrer, die sich vor der Revolution der Bildung und Erziehung widmeten.

Kuba befindet sich bei der vollkommenen Transformation seiner eigenen Bildungs-, Kultur- und Gesundheitssysteme, mit denen es so viele Erfolge errang, um sie ausgehend von der erreichten Erfahrung und den neuen technischen Möglichkeiten auf niemals erträumte Qualitätsstandards zu heben.

Die am meisten entwickelten und reichsten Länder werden niemals die 20 Schüler pro Lehrer in der Grundschule, und weder einen Lehrer pro 15 von ihnen in der Mittelschule erreichen, oder die Universitätsausbildung in die Kreise des gesamten Landes bringen, um sie allen zugänglich zu machen, noch kostenlos hervorragende Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen für alle Bürger anbieten. Ihre wirtschaftlichen und politischen Systeme sind nicht dafür vorgesehen.

In Kuba war der 1953 denunzierte gesellschaftliche und menschliche Alptraum, welcher der Ursprung unseres Kampfes war, wenige Jahre nach dem Sieg der Revolution von 1959 verschwunden. Bald gab es weder landlose Bauern, oder „precaristas“², oder Teilpächter, noch Bezahlung von Pachtzinsen; alle waren Eigentümer der Parzellen, die sie einnahmen; noch gab es unterernährte, barfußige Kinder voller Parasiten ohne Schulen oder Lehrer, und wenn es auch nur unter einem Baum wäre; es gab schon kein massenhaftes Sterben mehr unter ihnen wegen Hunger, Krankheiten oder fehlender Mittel oder medizinischer Betreuung; die langen Monate ohne Arbeit verschwanden; es wurden keine Männer und Frauen mehr in ländlichen Gebieten ohne Arbeit gesehen. Es begann eine Etappe der Schaffung und des Baus von Bildungs- und medizinischen, von Wohn-, Sport- und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, zusammen mit Tausenden von Kilometern Landstraßen, Talsperren, Bewässerungskanälen, landwirtschaftlichen Einrichtungen, Zentren zur Stromerzeugung und ihre Überlandleitungen; Industrien für die Landwirtschaft, des Maschinenbaus, von Baumaterialien und alles notwendige für die anhaltende Entwicklung des Landes.

Die Arbeitskräftenachfrage war so groß, daß es viele Jahre lang notwendig war, bedeutende Kontingente von Männern und Frauen aus den Städten zu landwirtschaftlichen und Bautätigkeiten und zur Industrieproduktion zu mobilisieren, welche die Grundlagen für die von unserem Vaterland erreichte, außerordentliche gesellschaftliche Entwicklung setzten, auf die ich mich vorher bezog.

Ich spreche, als ob das Land eine idyllische Oase des Friedens gewesen wäre, als ob es nicht vier Jahrzehnte rigoroser Blockade und von Wirtschaftskrieg, Aggressionen aller Art, massenhaften Sabotagen, Terrorakten, Mordplänen und eine unendliche Liste von feindlichen Handlungen gegen unser Vaterland gegeben hätte. Ich wollte den Schwerpunkt dieser Rede nicht hierauf legen, um mich auf essentielle Ideen der Gegenwart zu konzentrieren.

Es ist ausreichend zu erwähnen, daß allein die Verteidigungsaufgaben die ständige Verwendung von Hunderttausenden von Männern und von zahlreichen materiellen Mitteln erforderten.

Die harte Schlacht härtete unser Volk ab, zeigte ihm gleichzeitig an vielen schwierigen Fronten zu kämpfen, viel aus sehr wenig zu machen und sich niemals von den Schwierigkeiten unterkriegen zu lassen.

Ein entscheidender Nachweis war seine heldenhafte Haltung, seine Hartnäckigkeit und seine unabwendbare Beständigkeit, als das sozialistische Lager verschwand und die UdSSR zerfiel. Die Seite, die es damals schrieb, als niemand auf der Welt auch nur einen Pfennig auf das Überleben der Revolution gesetzt hätte, wird in die Geschichte als eine der größten Heldentaten, die jemals verwirklicht wurden eingehen. Es tat das ohne auch nur eines der ethischen und humanitären Prinzipien der Revolution verletzt zu haben, trotz des Geschreis und der Verleumdungen unserer Feinde.

Das Monçada-Programm wurde erfüllt und übererfüllt. Seit langem streben wir nach viel höheren und unvorstellbareren Träumen.

Heutzutage werden große Schlachten auf dem Gebiet der Ideen ausgefochten und wir begegnen Problemen, die mit der Weltsituation in Verbindung stehen, vielleicht der kritischsten, die die Menschheit je erlebt hat. Dem muß ich unausweichlich einen Teil meiner Rede widmen.

Vor mehreren Wochen, zu Beginn des Juni, verabschiedete die Europäische Union eine infame Resolution, die von einem Grüppchen von Bürokraten erarbeitet wurde, ohne vorherige Analyse der Außenminister selbst und vorangebracht durch eine Person von faschistischer Abstammung und Ideologie: José María Aznar. Dieselbe stellte eine feige und abstoßende Handlung dar, die sich zu der Feindseligkeit, den Bedrohungen und Gefahren gesellte, die für Kuba die aggressive Politik der hegemonischen Supermacht bedeutet.

Sie beschlossen, das, was sie „humanitäre Hilfe“ für Kuba nennen, abzuschaffen oder auf ein Minimum zu reduzieren.

Welches war diese Hilfe in den letzten Jahren, die sehr hart für die Wirtschaft unseres Landes waren? Im Jahr 2000 belief sich die von der Europäischen Union erhaltene, sogenannte humanitäre Hilfe auf 3,6 Millionen Dollar; im 2001 auf 8,5 Millionen; im 2002 auf 0,6 Millionen. Die gerechten Maßnahmen, die Kuba auf absolut legaler Grundlage ergriff, um die Sicherheit unseres Volkes gegenüber schwerwiegenden Gefahren von imperialistischer Aggression zu verteidigen - etwas was niemand ignoriert - waren noch nicht angewandt worden.

Wie zu ersehen ist, ergibt die Summe einen Durchschnitt von 4,2 Millionen Dollar jährlich, was sich 2002 auf weniger als eine Million verringert hat.

Was bedeutet diese Zahl in Wirklichkeit für ein Land, das zwischen November 2001 und Oktober 2002 die Auswirkungen von drei Hurrikans erlitt, die dem Land Schäden

von 2,5 Milliarden Dollar zufügten, zu denen die für unsere Einnahmen zerstörerischen Auswirkungen der Absenkung des Tourismus aufgrund der Terrorakte vom 11. September 2001 gegen die USA hinzukamen, die von den Zucker- und Nickelpreisen wegen der Weltwirtschaftskrise und das bedeutende Ansteigen der Erdölpreise aus verschiedenen Gründen? Was bedeuten sie verglichen mit den 72 Milliarden, welche die durch die USA-Regierungen während vier Jahrzehnten verhängte Wirtschaftsblockade gekostet hat, und gegenüber der diese - aufgrund eines exterritorialen und grausamen Gesetzes, wie des Helms-Burton-Gesetzes, das die Wirtschaftsinteressen der europäischen Union selbst beeinträchtigte - zu einer beschämenden Verständigung kam, mittels der sie sich verpflichtete, ihre Unternehmer nicht zu unterstützen, wenn diese Geschäfte in Kuba machen und zwar gegen vage Versprechungen, daß sie dieses Gesetz nicht auf ihre Investitionen in den USA anwenden würden?

Mit den staatlichen Stützungen für die Zuckerpreise beeinträchtigte die Europäische Union um mehrere Milliarden Dollar die Einnahmen Kubas während der gesamten Zeit, die die Blockade durch die USA gedauert hat.

Die Zahlungen von Kuba an die Länder der Europäischen Union wegen Wareneinfuhr erreichten in den letzten 5 Jahren 7,5 Milliarden Dollar, im Durchschnitt ungefähr 1,5 Milliarden jährlich. Andererseits erwarben diese Länder nur Erzeugnisse aus Kuba im durchschnittlichen Wert von 571 Millionen jährlich in den letzten fünf Jahren. Wer hilft nun wirklich wem?

Außerdem ist die berühmte humanitäre Hilfe gewöhnlich mit bürokratischen Verzögerungen und unzulässigen Bedingungen verknüpft, wie zum Beispiel die, Fonds vom Gegenwert in Nationalwährung zu schaffen, und zwar zum Tauschwert unserer Wechselhäuser, um andere Projekte in Nationalwährung zu finanzieren, bei denen die Entscheidungen mit Teilnahme von Dritten zu treffen sind.

Das heißt, wenn die Europäische Kommission eine Million Dollar übergab, beanspruchte sie, daß die kubanische Seite für diese Million 27 Millionen kubanische Peso zahle, um andere Projekte in dieser Höhe in Nationalwährung zu finanzieren, und bei deren Ausführung zur Beschlußnahme europäische NGOs teilnehmen müßten. Diese absurde Bedingung, die niemals akzeptiert wurde, paralyisierte praktisch den Zutritt der Hilfe für eine Gruppe von Projekten für drei Jahre, und anschließend begrenzte sie diese bedeutend.

Zwischen Oktober 2000 und Dezember 2002 verabschiedete die Europäische Kommission förmlich vier Projekte für einen Betrag von ungefähr 10,6 Millionen Dollar (fast alles für fachliche Betreuung bei Verwaltungs- Rechts- und Wirtschaftsthemen) und nur 1,9 Millionen Dollar für Lebensmittelsicherheit. Nichts davon wurde verwirklicht aufgrund der Langsamkeit der bürokratischen

Mechanismen jener Einrichtung. Jedoch in allen Berichten der Europäischen Union erscheinen diese Beträge als „für Kuba genehmigt“, aber die Realität ist, daß bis zum jetzigen Datum kein Cent von diesen Fonds in unser Land gekommen ist.

Es muß berücksichtigt werden, daß die Europäische Kommission und ihre Mitglieder in allen ihren Berichten über die Hilfe für Kuba zusätzlich die sogenannten indirekten Kosten berechnen, solche wie Reisen in ihren eigenen Luftgesellschaften, Beherbergung, Reisespesen, Gehälter und Luxus auf Erste-Welt-Niveau. Die angeblich verausgabte Hilfe, die direkt das Projekt beeinflußt, sieht sich durch diese Ausgaben vermindert, die am Ende keinen Nutzen für das Land darstellen, die sie aber aus klaren Publizitätsgründen als Teil ihrer „Großzügigkeit“ abrechnen.

Es ist wirklich empörend Kuba mit jenen Maßnahmen unter Druck setzen und einschüchtern zu wollen. Kuba, ein kleines, belagertes und blockiertes Land, ist nicht nur in der Lage gewesen, zu überleben, sondern auch vielen Ländern der Dritten Welt zu helfen, die während Jahrhunderten durch die europäischen Metropolen ausgebeutet wurden.

Während 40 Jahren haben mehr als 40 tausend Jugendliche aus mehr als 100 Ländern der Dritten Welt in Kuba ihre Studien als Universitätsabsolventen und qualifizierte Fachkräfte ohne jegliche Kosten abgeschlossen, 30 tausend von ihnen aus Afrika stammend, ohne daß unser Land ihnen auch nur einen einzigen gestohlen hätte, wie es die Länder der Europäischen Union mit vielen der besten Talente tun. Während dieser ganzen Zeit haben andererseits mehr als 52 tausend kubanische Ärzte und Mitarbeiter des Gesundheitswesens freiwilligen und kostenlosen Dienst in 93 Ländern geleistet, wobei sie Millionen Leben gerettet haben.

Selbst ohne daß wir vollkommen aus der Spezialperiode herausgekommen wären, gab es im vergangenen Jahr 2002 schon mehr als 16 tausend Jugendliche der Dritten Welt, die kostenlos Hochschulstudien in unserem Land absolvieren, darunter 8 tausend, die sich als Ärzte ausbilden. Wenn man nachrechnet, was sie in den USA und Europa bezahlen müßten, dann entspricht das einer Spende von mehr als 450 Millionen Dollar jedes Jahr. Wenn man die 3 700 Ärzte hinzurechnet, die im Ausland an den entlegensten und schwierigsten Orten Dienst tun, müßte man fast weitere 200 Millionen hinzuzählen, wenn man die Gehaltskosten zugrunde legt, die die WGO jährlich für einen Arzt zahlt. Zusammen ein Wert von 700 tausend Millionen Dollar. Das kann unser Land nicht ausgehend von seinen Geldmitteln tun, sondern ausgehend von dem außerordentlichen Menschenkapital, welches die Revolution geschaffen hat. Das sollte der Europäischen Union als Beispiel dienen und sie bezüglich der miserablen und wirkungslosen Hilfe beschämen, die sie jenen Ländern leistet.

Während die kubanischen Kämpfer ihr Blut vergossen, indem sie gegen die Apart-

heitsoldaten kämpften, tauschten die Länder der Europäischen Union Milliarden Dollar an Waren jedes Jahr mit den südafrikanischen Rassisten aus, und durch ihre Investitionen zogen sie Nutzen aus der sklavennähnlichen und billigen Arbeit der eingeborenen Südafrikaner.

Am 20. Juli, vor kaum einer Woche, ratifizierte die Europäische Union in einer vielbesprochenen Versammlung, um die beschämende Gemeinsame Position zu überprüfen, die infamen gegen Kuba am 5. Juni angenommenen Maßnahmen und erklärte, daß sie der Meinung wären, daß der politische Dialog fortgeführt werden sollte. „zwecks der Förderung einer wirksameren Suche nach dem Ziel der Gemeinsamen Position“.

Die Regierung Kubas verzichtet aus einem elementaren Sinn für Würde auf jegliche Hilfe oder Rest von humanitärer Hilfe, die die Kommission und die Regierungen der Europäischen Union anbieten können. Unser Land würde diese Art Hilfe, egal wie bescheiden sie wäre, nur von den regionalen und lokalen Selbstverwaltungen, den NGOs und Solidaritätsbewegungen annehmen, die Kuba keine politischen Bedingungen auferlegen.

Die Europäische Union macht sich Illusionen, wenn sie behauptet, daß der politische Dialog weitergeführt werden soll. Die Souveränität und Würde eines Volkes wird mit niemandem diskutiert, und noch viel weniger mit einer Gruppe ehemaliger Kolonialmächte, die historisch gesehen für den Sklavenhandel, die Plünderung und sogar die Vernichtung von ganzen Völkern verantwortlich sind, die verantwortlich sind für die Unterentwicklung und Armut, in der heute mehrere Milliarden Menschen leben, die sie weiter ausbeuten und zwar mittels des ungleichen Austauschs, der Ausbeutung und des Verschleuderns ihrer Naturschätze, durch eine unbezahlbare Auslandsschuld, den Raub ihrer besten Köpfe und andere Verfahrensweisen.

Der Europäischen Union fehlt die genügende Freiheit, um mit vollkommener Unabhängigkeit einen Dialog zu führen. Ihre Vereinbarungen mit der NATO und den USA, ihr Verhalten in Genf, wo sie gemeinsam mit denen handeln, die Kuba zerstören wollen, sprechen ihr die Fähigkeit für einen konstruktiven Austausch ab. Ihr werden sich bald Länder, die von der ehemaligen sozialistischen Gemeinschaft abstammen, anschließen. Die opportunistischen Regierenden an ihrer Spitze, die den USA-Interessen treuer sind als denen Europas, werden Trojanische Pferde der Supermacht in der Europäischen Union sein. Sie sind voll von Haß gegen Kuba, das sie allein gelassen haben und dem sie nicht verzeihen, widerstanden zu haben und bewiesen zu haben, daß der Sozialismus in der Lage ist, eine tausend Mal gerechtere und humanere Gesellschaft zu erreichen, als das verfaulte System, welches sie angenommen haben.

Als die Europäische Union geschaffen wurde, haben wir applaudiert, weil es das Einzige Intelligente und Nützliche war, was sie als Gegengewicht gegen den Hegemonismus ihres mächtigen militärischen Alliierten und Wirtschaftskonkurrenten tun konnten. Wir

haben auch beim Euro Beifall geklatscht als etwas Angebrachtes für die Weltwirtschaft gegenüber der erdrückenden und fast absoluten Macht des Dollar.

Wenn sie im Gegensatz dazu arrogant und berechnend und auf der Suche nach der Versöhnung mit den Herrschern der Welt Kuba beleidigen, verdienen sie nicht die geringste Rücksichtnahme oder den Respekt unseres Volkes.

Der Dialog in den internationalen Foren, um die schwerwiegenden Probleme zu diskutieren, welche die Welt bedrohen, muß öffentlich sein.

Wir werden nicht versuchen, die Prinzipien der Europäischen Union oder Nicht-Union (Einigkeit oder Uneinigkeit) zu diskutieren. Mit Kuba treffen sie auf ein Land, das weder Beherrscher anerkennt, noch Bedrohungen akzeptiert, oder bittelt, noch dem der Mut fehlt, um die Wahrheit zu sagen.

Sie brauchen es, daß jemand ihnen ein paar Wahrheiten sagt, da viele ihnen aus Eigennutz oder einfach entzückt durch den Pomp des vergangenen Ruhms von Europa schmeicheln. Warum kritisieren oder helfen sie nicht Spanien, den schlimmen Zustand seines Bildungswesens zu verbessern, der auf Bananenrepublik-Niveau eine Scham für Europa ist? Warum eilen sie nicht Großbritannien zu Hilfe, um zu verhindern, daß die Drogen die stolze Rasse ausrotten? Warum analysieren und helfen sie nicht sich selbst, da sie es so sehr nötig haben?

Die Europäische Union würde gut daran tun, weniger über die wirklichen Menschenrechte der großen Mehrheit der Völker der Welt zu reden und mehr für sie zu tun; mit Intelligenz und Würde gegenüber denjenigen zu handeln, die ihnen nicht die Krümel der Ressourcen des Planeten lassen wollen, den sie zu erobern beabsichtigen; ihre kulturelle Identität gegenüber der Invasion und Durchdringung durch die mächtigen transnationalen Unternehmen der US-amerikanischen Vergnügungsindustrie zu verteidigen; sich um ihre Arbeitslosen zu kümmern, die Dutzende Millionen betragen; ihre funktionellen Alphabeten zu bilden; den Immigranten eine menschliche Behandlung zukommen zu lassen; allen ihren Bürgern eine wirkliche Sozialversicherung und ärztliche Betreuung abzuschaffen, wie es Kuba tut; ihre Konsum- und Verschwendungsgewohnheiten zu moderieren; abzuschaffen, daß alle ihre Mitglieder das eine Prozent ihres BIP als Beitrag für die Entwicklung der Dritten Welt beitragen, wie es einige schon tun, oder um zumindest ohne Bürokratie noch Demagogie ihre schreckliche Situation der Armut, Gesundheitsschädlichkeit und des Analphabetentums zu lindern; Afrika und andere Regionen wegen des ihnen über Jahrhunderte durch die Sklaverei und den Kolonialismus zugefügten Schadens zu entschädigen; den noch bestehenden kolonialen Enklaven, die sie noch in dieser Hemisphäre aufrecht erhalten - von der Karibik bis zu den Falklandinseln - ohne ihnen die Wirtschaftshilfe zu entziehen, auf die sie wegen des historisch ihnen zugefügten Schadens und die erlittene koloniale Ausbeutung Anspruch haben.

Zu einer unendlichen Liste könnte man hinzufügen:

Eine wirkliche Politik zur Unterstützung der Menschenrechte mittels Tatsachen und nicht leerem Gerede zu betreiben; zu untersuchen, was wirklich mit den von den Antiterroristischen Befreiungsgruppen (GAL) ermordeten Basken geschah und Verantwortlichkeiten fordern; die Welt darüber informieren, wie der Wissenschaftler David Kelly brutal ermordet wurde oder auf welche Art und Weise man ihn zum Selbstmord brachte; irgendwann einmal die Fragen zu beantworten, die ich in Rio de Janeiro zur neuen strategischen NATO-Konzeption bezüglich der Länder Lateinamerikas stellte; sich entschlossen und mit Standhaftigkeit der Doktrin des Überraschungs- und vorbeugenden Angriffs gegen jegliches Land der Welt zu widersetzen, die von der mächtigsten Militärmacht, die jemals existierte, ausgerufen wurde, von der sie wissen, wohin deren Folgen für die Menschheit führen.

Kuba zu verleumden und ihm Sanktionen aufzuerlegen ist, außer dem, daß es ungerecht und feige ist, lächerlich.

Überall tauchen mit großem Elan neue Kräfte auf. Die Völker sind der Bevormundung, der Einmischung und Plünderung müde, die durch Mechanismen auferlegt werden, welche die am meisten Entwickelten und Reichen auf Kosten der wachsenden Armut und des Ruins der anderen übervorteilen. Ein Teil jener Völker schreitet schon mit unhaltbarer Kraft voran. Andere werden sich ihnen anschließen. Unter ihnen gibt es Giganten, die erwachen. Diesen Völkern gehört die Zukunft.

Im Namen von 50 Jahren des Widerstands und Kampfes ohne Waffenstillstand gegenüber einer mehrmals größeren Macht als Ihrer, und der von Kuba ohne jegliche Hilfe der Länder der Europäischen Union erreichten sozialen und menschlichen Fortschritte, lade ich sie ein, ruhig über ihre Fehler nachzudenken ohne sich durch übermäßige Wut oder euro-narzistischen Rausch hinreißen zu lassen.

Weder Europa noch die USA werden das letzte Wort über das Schicksal der Menschheit sagen!

Ich möchte Ihnen etwas Ähnliches versichern, wie das, was ich vor dem bastardischen Gericht, das wegen des Kampfes, den wir vor jetzt genau fünf Jahrzehnten begonnen haben, über mich Gericht gehalten hat und mich verurteilt hat, aber dieses Mal werde nicht ich es sein, der es sagt, ein Volk, welches eine tiefgreifende, transzendente und historische Revolution durchgeführt hat und sie zu verteidigen wußte, bestätigt und prophezeit es:

Verurteilt mich, das macht nichts! Die Völker werden das letzte Wort sagen!

Ewiger Ruhm den während der 50 Jahre Kampf Gefallenen!

Ewiger Ruhm dem Volk, welches seine Träume in Realitäten verwandelt hat!

Wir werden siegen!

1 Bohío: eine Hütte, die aus Zweigen, Ruten und Stroh angefertigt ist

2 Arbeitskräfte mit unsicherer, nicht stabiler Anstellung

► Fortsetzung von Seite 20

sie haben übrigens jetzt unter dem Patriot Act I und in seiner verstärkten Fassung Patriot Act II in der Sicherheitsliste für die Heimat eine Menge von schwarzen Listen, die Millionen von Künstlern und Künstlerinnen, Intellektuellen und Arbeitern und Studenten erfasst, außerdem noch zehn Millionen Menschen in Übersee, die nicht einmal US-Bürger sind, also Menschen aus anderen Ländern. - Ja! - Sie haben, wie sie es nennen, die Mutter aller schwarzen Listen, und sie machen es dir schier unmöglich, mit Selbstvertrauen in bezug auf deine eigene Freiheit in die Vereinigten Staaten zu gehen.

Jedem Deutschen werden Fingerabdrücke abgenommen, und er wird z.B. fotografiert. Jeder Bürger dieser Welt wird so behandelt, ihm werden Fingerabdrücke abgenommen, und er wird fotografiert.

Also, deshalb bereiten wir vom Komitee, „Free the Cuban Five“ in den Vereinigten Staaten eine vierseitige Anzeige in der New York Times vor. Die Kosten betragen 40.000 \$, die wir noch nicht haben.

Wir bitten euch dringend, euch daran zu beteiligen, auf die Art, wie ihr zu all jenen Unterschriften beigetragen habt. Und wir bitten euch ebenso dringend, euch an den E-Mail-Nachrichtendienst anzuschließen, den

das „Free the Five“ - Komitee in den Vereinigten Staaten eingerichtet hat, damit Ihr die E-Mails erhalten könnt, die euch über die Geschehnisse auf dem laufenden halten.

Von der Anzeige gibt es sehr viele Entwürfe, wurde mir gesagt, und dass es noch keine Endfassung für eine Kopie gibt, sie muss offenbar sehr sorgfältig formuliert werden.

Das Wichtige an esto Anuncio, esto Aviso, dieser Anzeige ist, den „Black-out“ der Nachrichten zu beseitigen, die Mediensperre, die über die fünf Kubaner nicht nur innerhalb der Vereinigten Staaten verhängt wurde, zu durchbrechen.

Und das wird uns ermöglichen, den „Black-out“ der Nachrichten zu beseitigen, dasselbe, was wir in einigen anderen historischen Fällen in der Geschichte der Verteidigung der Menschenrechte von politischen Gefangenen in den Vereinigten Staaten tun mussten, bis hin zurück zu dem Fall von Carlos Feliciano in Puerto Rico, zu nationalen Fällen in den Sechzigern und Siebzigern, bis zu Mumia selbst, um sein Leben zu erhalten und für so viele andere berühmte Fälle.

Denn es würde uns einen großen Schritt vorwärts bringen, wenn diese Anzeige veröffentlicht werden könnte und wir ermuntern

euch, dazu beizutragen.

Ich habe nun die mir zustehende Zeit verbraucht, und daher überbringe ich euch jetzt noch herzliche Grüße von all' den neuen Solidaritätskomitees, die sich in den Vereinigten Staaten gebildet haben.

„No to war against Cuba!“ [Nein zum Krieg gegen Cuba!] Also, wir demonstrieren gegen die umgekehrten Protestkundgebungen der „Gusanos“.

Ich überbringe euch herzliche Grüße von den Gegnern der Neoliberalisten, einer Bewegung, die auf ihren Märschen fast immer das Banner der fünf Kubaner voranträgt.

Und obwohl ich nicht die Ehre hatte, mich von der Begegnung mit ihnen inspirieren zu lassen, bin ich so frei, die Grüße der fünf Brüder zu überbringen, die unfairer Weise in meinem Heimatland, den Vereinigten Staaten, eingekerkert sind.

Und ihr solltet wissen, dass ihre Anwälte sich darum bemühen, sie nach Miami zurückzubringen, statt sie dort bleiben zu lassen, wo sie jetzt sind.

Es werden dazu ernste Schritte unternommen.

Danke, für eure Gastfreundschaft.

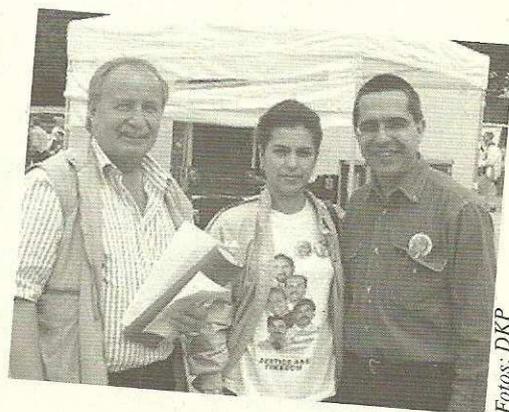
Liebe Cuba-Freundinnen und -Freunde! estimados compañeros y compañeras!



Cubazelt UZ Pressefest



Adriana, Frau von Gerardo Hernandez



Adriana, der cub. Botschafter Marcelino Medina und Heinz Stehr, DKP (li).

Fotos: DKP

Gestern erhielt ich einen langen Brief von Antonio, dem auch noch einige Zeichnungen von seiner Hand beilagen.

Daß er wunderschöne Gedichte schreibt, das war mir seit längerem ja bekannt. Aber daß er auch ein begabter Zeichner ist, das habe ich erst jetzt erfahren. Leider ist unser Scanner noch immer nicht angeschlossen, so daß ich die drei mir zugesandten Zeichnungen nicht ins Internet stellen kann. Aber ich bringe sie am Samstag zur Fiesta Moncada in Bonn mit.

Ein besonders gut gelungenes Porträt von Che Guevara trägt folgende Widmung: „Für meinen Freund Günter und die deutschen Brüder. Immer weiter bis zum Sieg! Antonio

Guerrero R.“

Aus seinem Brief möchte ich dann noch folgendes zitieren:

„Darüber hinaus möchte ich Dir noch erzählen, daß ich im Juni einen Brief an die Brüder vom Deutschen Solidaritätskomitee ¡Basta ya! und von der DKP geschickt habe, die mich zu dem UZ-Pressefest und zum Volksfest der DKP eingeladen hatten. Und als Antwort auf diesen Brief habe ich von deutschen Freunden 70 Postkarten erhalten. Es wird mir nicht möglich sein, sie alle zu beantworten: Aber in der einen oder anderen Weise werde ich ihnen einen Gruß zukommen lassen. Du kannst Dir den Gesichtsausdruck des Beamten und der anderen Sträflin-

ge vorstellen, als sie so viele Postkarten für eine einzige Person sahen. Und immer noch kommen Briefe an. Meine Mutter und mein Sohn (Antonios Mutter und sein ältester Sohn durften ihn kürzlich besuchen) haben mehr als 100 aus Cuba mitgebracht.

Gut, mein Freund, diese Nachricht bringt das Fühlen der Fünf zu Euch, und wir wissen, daß es über Dich viele Brüder erreichen wird, denen wir viel Gesundheit und viele Erfolge wünschen und denen wir versichern möchten, daß wir weiter voranschreiten werden ¡Hasta La Victoria Siempre!“

**Herzliche und solidarische Grüße
Euer/Ihr Günter Belhaus**

Fünf Cubaner als politische Gefangene in den USA

mehrteilige Dokumentation • 3. FOLGE

Free The



I. Vorgeschichte • II. Anklage und Verletzungen des Strafrechts III. Gegen die Fünf erhobene Anklagepunkte • IV. Gerichtsverfahren V. Verurteilung • VI. Gefängnis • VII. Verfassungs- und Gesetzesverletzungen, Manipulationen und Regelwidrigkeiten während des Gerichtsverfahrens in Miami • VIII. Verletzungen der Menschenrechte • IX. Schlussfolgerungen

VIII. Verletzungen der Menschenrechte

* Grausame und ungewöhnliche Haftbedingungen - Verletzung der VIII. Verfassungsänderung der USA - indem die Angeklagten zweimal in Einzelhaft gehalten wurden, das erste Mal 17 Monate und das zweite Mal 48 Tage, was ihre Verteidigung schwer behinderte, ihnen und ihren Angehörigen nicht zu rechtfertigende Leiden zufügte und eine offenkundige Verletzung ihrer Menschenrechte darstellt.

* Die den Angeklagten auferlegte Einzelhaft widerspricht den Normen der UNO über die Behandlung von Häftlingen und Gefangenen und sie widerspricht selbst den US-amerikanischen Haftbestimmungen. Im Fall der jüngsten Tochter von René González, US-Staatsbürgerin durch Geburt, die zum Zeitpunkt der Verhaftung ihres Vaters vier Monate alt war und brutal von ihm getrennt wurde, kam es insbesondere zu einer Verletzung der UNO-Deklaration über die Rechte des Kindes.

* Gerardo Hernández traf eine zusätzliche Strafe, indem ihm der Besuch seiner Ehefrau für den Rest des Lebens untersagt wurde. Nachdem diese ein Visum der Regierung der

Vereinigten Staaten erhalten hatte, wurde ihr nach der Ankunft in diesem Land die Einreise verweigert. Sie wurde willkürlich verhaftet, man nahm ihr den Pass ab, fotografierte und registrierte sie, unterwarf sie ungesetzlichen Verhören durch das FBI und verwies sie elf Stunden später des Landes.

* Zudem zog das State Department am 23. April das Visum zurück, das es zuvor Olga Salanueva, Ehefrau von René, ausgestellt hatte. Auf diese Weise wurde sie daran gehindert, in Begleitung ihrer gemeinsamen vierjährigen Tochter ihren Ehemann zu besuchen. Diese hat ihren Vater nicht mehr gesehen seit sie vier Monate alt war.

IX. Schlussfolgerungen

1) Gerardo Hernández, René González, Ramón Labañino, Antonio Guerrero und Fernando González sind völlig unschuldig. Sie wurden einzig und allein dafür verurteilt, unter Einsatz ihres Lebens gegen terroristische Gruppen gekämpft zu haben, die in Miami frei agieren. Die verbrecherischen Aktivitäten dieser Gruppen sind in offiziellen US-amerikanischen Dokumenten festgehalten, fanden ihren Niederschlag in der Presse und wurden sogar von Urhebern der Verbrechen selbst zugegeben.

2) Der ganze Prozess war eine skandalöse Rückendeckung für die in Miami operierenden anticubanischen terroristischen Gruppen. Es ist erwiesen, dass die fünf Gefangenen ausschließlich gegen diese Gruppen gekämpft haben. Die terroristischen Anführer haben ihren „Sieg“ öffentlich gefeiert und bekundet, dass dieser ganze Prozess ihren verbrecherischen Aktivitäten Auftrieb verleihe.

3) Eindeutiger Beweis dieser Haltung waren die Worte der Richterin während des Urteils gegen René González: „Der Terrorismus, ganz gleich, ob er gegen Unschuldige in den Vereinigten Staaten oder Cuba, Israel oder Jordanien, Nordirland oder Indien verübt wird, ist böswillig und irrig; doch die terroristischen Akte anderer können die irrig und ungesetzliche Haltung dieses Angeklagten und auch keines anderen entschuldigen.“ Auf einen Antrag der Regierung eingehend schloss die Richterin eine zusätzliche Sonderbedingung als Teil ihres Urteils ein, derzufolge es dem Angeklagten nach Verbüßung seiner Strafe verboten ist, „sich an spezifischen Orten aufzuhalten oder diese zu besuchen, wo terroristische Individuen oder

Gruppen, Mitglieder von gewaltbereiten Organisationen und Elemente des organisierten Verbrechens anzutreffen sind oder von diesen frequentiert werden“. Damit wird zugegeben, dass solche Gruppen existieren.

4) Die fünf Cubaner wurden in einem skandalösen Prozess, der eindeutig politischen Charakter hatte und von einer Flut betrügerischer Propaganda begleitet wurde, durch ein Schwurgericht für schuldig befunden und abgeurteilt.

5) Ein manipuliertes, mit Vorurteilen behaftetes und desinformiertes Schwurgericht, das unter massivem Druck der Behörden, der Massenmedien und der anticubanischen Stimmung stand, sprach sie plump konstruierter, verlogener Anklagepunkte schuldig, die nie bewiesen wurden.

6) Von Anfang an zeigte sich bereits im Auswahlverfahren der Geschworenen, dass das Urteil manipuliert und scheinheilig sein würde und dass es bereits gefällt war, bevor die Angeklagten den Gerichtssaal betraten.

7) Sie wurden angeklagt, die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten in Gefahr gebracht zu haben. Ihnen wurden zahlreiche Anklagepunkte zur Last gelegt, die, weil sie eindeutig falsch sind, nicht bewiesen wurden und auch gar nicht bewiesen werden konnten. Sie haben überhaupt keine Verbrechen begangen, denn Cuba hat das volle Recht, über die Machenschaften der zahlreichen terroristischen Organisationen in Miami informiert zu werden. Diese agieren ungestraft von US-amerikanischem Territorium aus in Komplizenschaft mit US-amerikanischen Behörden, von denen sie unterstützt und finanziert werden. Die Fünf versuchten, das cubanische und auch das nordamerikanische Volk vor verbrecherischen Anschlägen sowie vor Akten des Vandalismus und Terrorismus zu schützen.

8) René Gonzales Schwerert, Ramón Labañino Salazar, Fernando González Llort, Antonio Guerrero Rodríguez und Gerardo Hernández Nordelo, politische Häftlinge der Regierung der Vereinigten Staaten, vorbildliche Staatsbürger, aufopferungsvolle und bewundernswerte Männer, die niemandem Schaden zugefügt haben und ihr Leben einsetzten, um das ihres Volkes zu retten, müssen befreit werden. Das ist der wichtigste politische Kampf, den wir heute führen müssen und dem sich ein ganzes Volk angeschlossen hat.

Granma
INTERNACIONAL

DEUTSCHSPRACHIG

- ... die Zeitung aus Cuba ✓
- ... Cuba aus erster Hand ✓
- ... gegen die anti-cubanische Meinungsmache ✓
- ... Infos aus Lateinamerika ✓
- ... jeden Monat neu ✓

Ein Muss für jede Cuba-Freundin
und jeden Cuba-Freund!

Ja! Ich will die Granma abonnieren und zwar:

- für 1 Jahr (12 Ausgaben) 15 €
- für 1/2 Jahr (6 Ausgaben) 8 €
- als Gruppenkontingent*

* (Rabattstaffel bitte beim Vertrieb erfragen)

Einsenden an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7,
50674 Köln. Spendenkonto: NETZWERK CUBA e.V.
Sparkasse Essen 2103 901, BLZ 360 501 05

**CUBA
LIBRE**

solidarität

Hier die Rezension des Films „Die Augen des Regenbogens“ von der cubanischen Regisseurin Gloria V. Rolando über Assata Shakur.

Hommage an eine Revolutionärin

Ein einzigartiger Film machte im Mai die Rundreise durch verschiedene europäische Städte. „Eyes of the Rainbow“- Die Augen des Regenbogens hieß der Titel. Der Film ist eine Hommage an die afroamerikanische Revolutionärin Assata Shakur. Sie war eine führende Aktivistin der revolutionären schwarzen Befreiungsbewegung in den USA. Ihre politischen Aktivitäten brachten sie schnell in Konflikt mit den US-Repressionsbehörden. Sie stand im wahrsten Sinne des Wortes im Schussfeld der Behörden. Ihr Lebensgefährte wurde von der Polizei erschossen. Assata überlebte und kam ins Hochsicherheitsgefängnis. Genossen befreiten sie dort und brachten sie nach Cuba. Dort lebt sie noch immer im Exil und noch immer muss sie um ihr Leben fürchten.

Erst kürzlich haben die US-Behörden die Prämie für ihre Ergreifung wieder erhöht. Würden die Miami-Boys ihr Ziel erreichen, wäre sie in höchster Gefahr. Doch der Film porträtiert keine verzweifelte, gehetzte Frau sondern eine stolze Revolutionärin. Sie erzählt mit Ruhe und Würde von ihrem Leben in den USA, ihrer Kindheit, als sie sich noch wünschte, weiß zu sein.

Aber es ist auch ein Prozess der allmählichen Bewusstwerdung, in der Zeit der Black Power. Viel hören wir über ihre Träume, ihre engen Beziehungen zu ihren Vorfahren und ihre fast spirituelle Verbindung zur Natur. Als gestandener Atheist sind einem manche Verknüpfungen sicher fremd. Andererseits sollten wir uns auch vor dem eurozentrischen Blick hüten, der hier vorschnell aburteilt. Schon bei Vorträgen anderer ehemaliger Black-Panther-AktivistInnen wurde dieser Aspekt immer wieder angesprochen. Ein führender Aktivist und langjähriger Gefangener meinte sogar, dass ihm bei der europäischen Linken gerade die spirituelle Komponente fehlt. Darüber ließe sich sicher trefflich streiten. Doch im Film wird die spirituelle Komponente mit der Bereitschaft zum unbedingten Widerstand gegen Rassismus und Erniedrigung verbunden und hat nichts mit deutschen Esoterikzirkeln gemein.

So erzählt Assata, wie sie von ihrer Großmutter immer wieder ermutigt wurde, sich bloß nicht mit ihrer Isolationshaft abzufinden. Die konnte aber nicht ahnen, dass zu dieser Zeit ihre Befreiung schon lange beschlossene Sache war.

Der Film ist auch eine Homepage an ein Cuba, wie wir es bisher noch wenig kennen lernten. Die Regisseurin Gloria V. Rolando hat das die seit 1976 existierende unabhängige Filmkollektiv „Bilder der Karibik“ mitaufgebaut. Dort geht es um Themen aus der afrocaribianischen Kultur und Lebensrealität. Die Regisseurin betonte, dass das Kollektiv Teil der cubanischen Bewegung der VideokünstlerInnen ist und in Cuba schon zahlreiche Preise erhalten hat. Zur Zeit arbeiten einige KünstlerInnen des Kollektivs an den Portraits betagter Afro-cubaner und Afro-cubanerinnen, die noch die Zeit erlebt haben, als sie in fast sklavenähnlichen Verhältnissen auf Cuba leben mussten. Rolando betont die Bedeutung eines solches Filmprojekts. „Jedes Mal, wenn ein alter Mensch stirbt, stirbt eine Bibliothek“.

Nach der Rundreise mit der Regisseurin sollen Videokassetten über den Atlantik-Verlag in Bremen erhältlich sein. Der hat auch kürzlich die Biographie von Assata Shakur neu aufgelegt. Wer durch den Film auf Assata gestoßen ist, kann dort die sehr spannend geschriebene Geschichte der afroamerikanischen Revolutionärin nachlesen. Film und Buch sind unbedingt empfehlenswert!

Die Augen des Regenbogens, Assata Shakur - ein Symbol für Würde und Widerstand, VHS-Video, 45 Minuten in Farbe, englisch mit deutschen Untertiteln. Atlantik-Verlag, Eisflether Str.29, 28219 Bremen, Tel.: 0421/ 282535, Fax: 0421/ 28 2577

Assata - Eine Autobiographie von Assata Shakur
3. erweiterte Neuauflage, 358 Seiten, br.
18.00 € ISBN 3-926529-44-X

Was machen Sie diesen Sommer? • Making a dollar or making a difference?
Travel to the US and challenge this genocidal US-foreign policy

Reisen Sie in die USA und fordern Sie die völkermörderische US-Außenpolitik heraus!

So lautete im Juni der Aufruf der US-Gruppe 'pastors for peace', sich an der diesjährigen Fahrt durch die USA nach Cuba zu beteiligen.

Ja, es gibt sie immer noch: die US-Cuba friendshipment caravan.

Seit 1992 haben Tausende von Menschen aus den USA, aus Canada, Lateinamerika, Europa und Afrika mit der Karawane über 2.250 Tonnen Spendenmaterial an kubanische Schulen, Krankenhäuser, Kirchengemeinden und lokale Projekte übergeben - das alles ohne Genehmigung der US-Behörden. Diese Menschen betrachten KubanerInnen nicht als Feinde und beteiligen sich nicht an der unmoralischen und ungerechtfertigten Blockadepolitik gegenüber Cuba.

Wie funktioniert das?

Auf zehn verschiedenen Routen, beginnend in Canada und im Norden der USA, rei-



Texas: verpacken

Foto: IFCO

sen die TeilnehmerInnen nach Stiden in Bussen, LKWs, Krankenwagen und PKWs. Die Fahrt dauert ungefähr zwei Wochen; jeden Abend findet eine Informationsveranstaltung

und/oder eine Pressekonferenz statt, jeden Tag kommen Spenden und Mitreisende dazu.

Die TeilnehmerInnen treffen sich alle in McAllen, Texas, an der Grenze zu Mexico. Hier wird drei Tage lang ausgepackt, neu verpackt, Medikamente müssen auf das Verfallsdatum kontrolliert werden, zweisprachige Packlisten werden erstellt und es wird viel informiert und diskutiert über: die Geschichte der pastors for peace, die kubanische Revolution, den Besuch in einem fremden Kulturkreis und die Vorbereitung auf den Grenzübertritt USA-Mexico und eine eventuelle Konfrontation mit den US-Behörden (1994 und 1996 sind TeilnehmerInnen der Karawane in einen Hungerstreik getreten, um die von den US-Behörden konfiszierten Computer für das kubanische Gesundheitswesen und einen kleinen gelben Schulbus - „er könnte militärisch benutzt werden“ - wieder zurück zu bekommen).



Grenze USA – Mexico

Foto: IFCO

Im großen Konvoi aller Fahrzeuge und mit ca. 70 Menschen fahren wir dann durch Mexico in die Hafenstadt Tampico, wo die Spenden in Container geladen werden, die dann zusammen mit den Fahrzeugen per Schiff nach Cuba transportiert werden.

Aus Mexico kommen noch ca. 30 TeilnehmerInnen dazu und wir fliegen mit einer Chartermaschine für 8-9 Tage nach Cuba.

Weil dieses Jahr die Reise unter dem Motto „für die SeniorInnen in Cuba“ steht, besteht ein großer Teil der Spenden aus Gehhilfen und viele SeniorInnen aus den USA sind unter den TeilnehmerInnen.

Wer fährt mit?

Da ist z.B. Irv, 90 Jahre alt, der schon öfters dabei war und sich nie über Unbequemlichkeiten der Reise beklagt. Elaine ist auch schon 80 Jahre alt und hilft in New York im pastors-for-peace-Büro mit. Oder Ed, ein ehemaliger Geschichtslehrer, der blind ist und von seinem (Blinden-)Hund Hooper begleitet wird. Juanita, die Solidaritätsarbeit mit Frauen in Oaxaca, Mexico macht, mit einem Kubaner verheiratet war und jetzt das erste Mal nach Cuba fährt. Und Nancy, die sich erst seit wenigen Jahren, seit ihre Kinder erwachsen sind, für 'peace and justice' engagiert. Und Gina und Ned, die sich während der Karawane vor zwei Jahren verliebt haben und jetzt ihren neun Monate alten Sohn Sam Che dabei haben.

Und Charlotte, 13 Jahre, bekannt geworden durch kritische Aufsätze und Reden, die gerade aus Japan zurückgekommen ist, wohin sie eingeladen wurde, um über Frieden und Gerechtigkeit zu sprechen.

Auszüge aus 'The Flag' und 'Iraqi children' von Charlotte Aldebron

„...Stoff kann sehr wichtig sein. Die Fahne darf den Boden nicht berühren oder bei schlechtem Wetter wehen. Sie muss respektvoll behandelt werden. Ein obdachloser Mensch dagegen kann ruhig die ganze Nacht auf dem Boden liegen, ohne dass jemand ihr/ihm aufhilft, sie/ihn ordentlich und sauber wieder hinlegt und vor dem Regen schützt.“

Über die Hälfte der 24 Millionen Menschen im Irak sind Kinder unter 15 Jahren. 12 Millionen Kinder. Kinder wie ich. Ich bin fast 13, einige sind ein bisschen älter, einige viel jünger,...aber es sind Kinder wie ich. Sehen Sie mich gut an. Ich bin es, die Sie sehen sollten, wenn Sie an die Bombardierung des Irak denken. Ich bin es, die Sie zerstören werden. Wenn ich Glück habe, sterbe

ich sofort wie die 300 Kinder, die eine Ihrer smarten Bomben am 16.2.1991 umgebracht hat als sie in Bagdad in einem Unterschlupf Schutz suchten. Aber vielleicht habe ich kein Glück und sterbe langsam wie der 14-jährige Ali Faisal... Oder ich sterbe gar nicht aber lebe viele Jahre mit den psychischen Verletzungen, die von außen nicht zu sehen sind.“

Und Lisa Valanti, Vorsitzende der Partnerstädte-Organisation USA-Cuba. Es gibt tatsächlich Städtepartnerschaften mit gegenseitigen Besuchen; allerdings werden sie von US-Seite wieder stark eingeschränkt.

Seit den frühen 60er Jahren bestand für US-BürgerInnen ein Reiseverbot; während der Amtszeit von Jimmy Carter wurde es aufgehoben, unter Reagan war es zwar nicht verboten, nach Cuba zu fahren, aber es wurde illegal, dort Geld auszugeben, denn damit würde angeblich der Kommunismus unterstützt. Clinton dagegen war starkem Druck ausgesetzt, die Beziehungen zu Cuba offener zu gestalten und führte die Reiseerlaubnis ein für Menschen, die ein spezielles nicht-kommerzielles Interesse hatten (z.B. organischer Anbau, Fragen im Erziehungswesen etc.). Zu dieser Kategorie gehörten 85% der mit Genehmigung nach Cuba Reisenden.

1996 mit dem Helms-Burton-Gesetz gab Clinton einen Teil seiner Exekutivgewalt als Präsident an den Kongress ab, d.h. alle Gesetzesvorschläge und -änderungen mussten nun vom Kongress gebilligt werden. Seither sind die Beziehungen zwischen den USA und Cuba völlig eingefroren. Im März 2003 unter Bush II wurden neue Kriterien für Besuche in Cuba eingeführt: Kontakte sollen nur noch mit NGOs und Gruppen gestattet sein, die die Zivilgesellschaft unterstützen (d.h. die sog. Dissidenten).

Die Städtepartnerschaften sind insofern betroffen, als keine Genehmigungen mehr zum kulturellen Austausch erteilt werden. Lisa ist der Ansicht, dass sich viele Menschen der Tragweite dessen noch nicht bewusst sind, dass sie es noch gar nicht recht glauben können und es nochmal versuchen wollen, eine Genehmigung zu erhalten.

Lisa sagt, das Helms-Burton-Gesetz sei der Architekt des Regierungswechsels. Im Irak wurde der Präventivschlag angewandt und war somit ein Test für Cuba. Die USA habe nach wie vor die Absicht, Cuba wieder unter ihren Einfluss zu bringen, schließlich habe sie seit 40 Jahren viele Millionen Dollar ausgegeben, um die kubanische Regierung zu stürzen.

Sie glaubt, es gibt zwei Szenarien für Bush: erstens, den Tod Fidel Castros abzuwarten und dann die Öffentlichkeit aufzufordern, Cuba zu befreien und zweitens einen Krieg gegen Cuba zu beginnen, falls Bush befürchten muss, nicht wiedergewählt zu werden.

Was wollen die pastors for peace?

Die Arbeit hat drei Ziele:

- Aufklärung und Gegeninformation zur Desinformationspolitik der US-Regierung,
- Widerstand gegen die Regierungspolitik

- und direkte Hilfe für diejenigen, die unter der Blockade leiden.

Als Graswurzelorganisation aus christlichem Umfeld hat pastors for peace/ifco ein landesweites Netz von UnterstützerInnen.

Die offiziellen Genehmigungen für Spenden für Cuba erlauben nur geringfügige Mengen von Hilfslieferungen, während der Kauf von dringend benötigten Medikamenten, Nahrungsmitteln, Schulbedarf und Technologie durch normalen Handel nicht zugelassen wird.

Das System der Zuteilung von wenigen Genehmigungen wird als unmoralisch und illegal abgelehnt, weil das Leben von kubanischen Menschen gefährdet wird und weil Sanktionen angewendet werden, die nach internationalem Recht nur in Kriegszeiten gegen offiziell erklärte Feinde mit dem Ziel eines Regierungswechsels auferlegt werden dürfen. Außerdem sei es verfassungswidrig, weil es das Recht auf religiöse Äußerung, politisches Denken und freies Reisen einschränkt.

Lucius Walker, im Vorstand von ifco/pastors for peace, erklärte am 1. Mai in Havanna: „Während der schlimmsten Provokation, die jemals von einer US-Regierung betrieben wurde, bin ich hierher gekommen um Ihnen zu sagen, dass es Millionen von US-BürgerInnen gibt, die Cuba lieben, achten und wertschätzen. ...wir fühlen uns denselben Werten und Prinzipien verpflichtet...wir bekämpfen den US-Terrorismus, ...Feindseligkeiten, Provokationen und das Verletzen von Regeln der Diplomatie. ...Ich spreche als Pastor und Freund Cubas und bitte Cuba, die Todesstrafe abzuschaffen. Die Todesstrafe gibt es in 137 Ländern, u.a. in den USA - aber Cuba unterscheidet sich eben von anderen Ländern. Kein anderes Land der Welt bietet kostenlose Gesundheitsversorgung für alle. Cuba steht an der Spitze derjenigen, die das Leben und die Menschenrechte achten....Die Todesstrafe erniedrigt Cuba....Ich rufe Cuba auf, eine weltweite Kampagne gegen die Todesstrafe ins Leben zu rufen (sich an die Spitze einer solchen zu stellen)

Als Pastor fordere ich meine eigene Regierung auf, Cuba nicht als terroristischen Staat zu bezeichnen, denn es sind die USA, die Terroristen und... Mörder finanzieren. mit dem Ziel, die kubanische Regierung zu stürzen.ich fordere... , die illegale Auswanderung nicht weiter zu ermutigen, sondern die Abkommen von 1995 einzuhalten,...und die 5 Gefangenen freizulassen, deren 'Verbrechen' darin bestand, in den USA gegen Cuba gerichtete terroristische Aktivitäten aufzudecken und anzuklagen.“

Highlights in Cuba

- Besuch in der geriatrischen Abteilung des Salvador-Allende-Krankenhauses mit einem kleinen Unterhaltungsprogramm der SeniorInnen

Einige Fakten: Cuba hat den größten Anteil von alten Menschen in ganz Lateinamerika; ca. 600.000 KubanerInnen treffen sich in 'Großeltern-Gruppen' mit Beschäfti-

gungstherapie und medizinischer Versorgung; so lange wie möglich werden die SeniorInnen ambulant versorgt; 11% des Brutto-sozialprodukts geht in die Versorgung der alten Menschen

– ein Treffen mit Ricardo Alarcon, dem Vorsitzenden der Nationalversammlung und mit Angehörigen der 5 Gefangenen

– Aufenthalt in der hübschen Stadt Bayamo
– Besuch der Medizinischen Hochschule, an der - völlig ohne Studiengebühren - neben vielen Studierenden aus Lateinamerika zur Zeit 70 StudentInnen aus den USA studieren, um dann später in medizinisch schlecht versorgten Gebieten der USA zu arbeiten

– Vortrag eines Mitarbeiters des Außenministeriums mit folgenden Informationen: Probleme der kubanischen Wirtschaft durch die US-Blockade, durch die globale Wirtschaftskrise, durch den niedrigen Zuckerpreis auf dem Weltmarkt, durch drei Wirbelstürme innerhalb eines Jahres, die große Schäden verursachten (272.105 Häuser beschädigt, über 36.000 total zerstört), durch den Anstieg der Ausgaben für Öl - auf der Positivseite: Abnahme der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen durch Bildungsprogramme, Lebenserwartung von 76 Jahren, neuer Bildungskanal im TV, diplomatische Beziehungen mit neun neuen Ländern, mehr ausländische Presse in Cuba, 78.833 US-BürgerInnen besuchten Cuba, 2.941 Personen arbeiten als medizinisches Personal in

Dritte-Welt-Ländern, 85% der benötigten Medikamente werden in Cuba selbst hergestellt

– Und last not least: die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Angriffs auf die Moncada-Kaserne am 26. Juli mit einer Rede Fidel Castros: Stolz auf die Leistungen Cubas und Verärgerung und Enttäuschung über die Haltung der EU.

Was bedeutet der Beschluss der EU für Cuba, kulturellen Austausch und offizielle Besuche einzuschränken und die Kooperations-Projekte einzufrieren?

Antwort eines Wirtschaftswissenschaftlers: kultureller Austausch war gering, Besuche hochrangiger PolitikerInnen waren selten, die Projekte waren noch nicht richtig angelaufen. Europa will sich den USA wieder annähern und Cuba ist der Preis dafür.

Ricardo Alarcon sagt: Handel und Investitionen finden hauptsächlich im privaten Sektor statt, und der wird von der neuen Position der EU nicht berührt. Obwohl die spanische Regierung zum Beispiel sehr anti-kubanisch eingestellt ist, haben sich die Geschäftsbeziehungen nicht verändert und auch auf kommunaler Ebene gibt es viele Kontakte.

Fidel Castro fragte am 26. Juli in Santiago de Cuba, wie denn die sogenannte Hilfe aussah, die nach dem EU-Beschluss vom Juni eingestellt bzw. auf ein Minimum reduziert werden sollte. Diese humanitäre Hilfe war von 3,6 Millionen \$ im Jahr 2000 auf 0,6 Mil-

lionen \$ im Jahr 2002 gesunken. Er fragte, was solch geringe Hilfe für ein Land bedeuten kann, das durch drei Hurrikane Schäden von 2,5 Milliarden \$ erlitten hatte?

Außerdem kaufte Cuba in den vergangenen fünf Jahren Waren im Wert von 7,5 Milliarden \$ (= 1,5 Milliarden jährlich) in der EU ein, während die EU nur Waren im Wert von 571 Millionen \$ jährlich von Cuba erworben haben. Und da lässt sich die Frage stellen, wer hier eigentlich wem hilft.

Die Regierung Cubas lehnt jetzt jegliche Hilfe der EU ab; angenommen wird Hilfe nur noch von NGOs und Solidaritätsbewegungen, die Cuba keine politischen Bedingungen auferlegen.

Die EU möchte den politischen Dialog weiterführen, aber „die Souveränität und Würde eines Volkes wird mit niemandem diskutiert.“

Pastors for peace
402 W 145th Street, New York, NY10031
Tel. 212-926-5757
Email: ifco@igc.org
Website: www.ifconews.org

Für die „Cuba libre“
Von Sabine Caspar
Email: saharalibre@t-online.de
Cuba si, Hamburg

trikont: lateinamerika

Über zwei Millionen demonstrieren in Caracas für Regierung

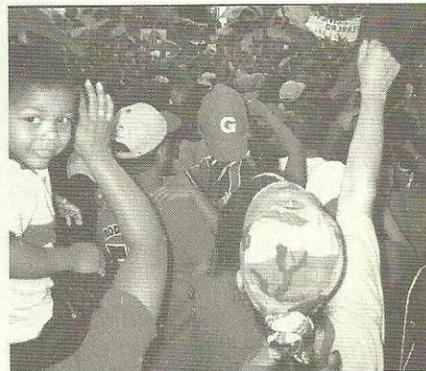
Von Dario Azzellini, 24.08.03

Opposition macht Volksabstimmung zur Propagandashow

Die Avenida Bolivar, eine der größten Straßen der Hauptstadt, quoll am diesem Samstag mal wieder über von Chávez-AnhängerInnen. Die meisten Medien verzichteten sogar auf Schätzungen und sprachen von einer „riesigen Menschenmenge“, die zur Unterstützung ihres Präsidenten und der Regierungspolitik auf die Straße ging. Nach offiziellen Angaben demonstrierten mehr als zwei Millionen Menschen angesichts des Endes der ersten Hälfte der Amtszeit von Hugo Chávez.

Zahlreiche Regierungsmitglieder erklärten in Reden auf der Kundgebung es handele um eine Mobilisierung im Hinblick auf die 2004 kommenden Gouverneurswahlen. Chávez selbst kündigte in seiner Rede die Kandidatur von vier seiner engen Vertrauten zu den Gouverneurswahlen in vier Bundesstaaten an, die sich heute noch in den Händen der Opposition befinden. Und er selbst werde auch zu den nächsten Präsidentschaftswahlen 2006 antreten, „danach“, so Chávez zu den Demonstranten, „wenn einer von Euch Präsident wird, könnt ihr mir die Leitung einer Schule übergeben“.

Der sichtlich gut gelaunte Präsident



In der Demonstration

Foto: DA

scherzte mehrmals, aber ließ auch im Hinblick auf Kritiken an seiner weichen Haltung gegenüber den Putschisten klar wissen, „der Chávez, der alles durchgehen lässt, gehört zum Jahr 2002, das wird nicht wieder geschehen“. Ebenso erklärte er „das Aufräumen in den Kuppeln der Macht ist noch nicht beendet“.

Die Demonstration verlief weitgehend ohne Zwischenfälle. Nur in der Nähe des Ortes der Abschlusskundgebung wurde aus

einem Gebäude auf die Demonstration geschossen, eine Frau wurde leicht verletzt, eine ältere Frau hingegen kam bei einem Unfall ums Leben.

Der groß angekündigte „Sternmarsch“ der Opposition, der bereits am Mittwoch die Abgabe der Unterschriften begleiten und die Forderung nach einem Referendum unterstreichen sollte, endete in einem Fiasko. Wohlwollend geschätzt liefen einige zehntausend Oppositionelle durch die Straßen Caracas.

Die von der Opposition bereits Ende 2002 gesammelten Unterschriften für ein Referendum gegen Chávez sind bereits jetzt umgeben von zahlreichen Ungereimtheiten. Während die Opposition im Februar noch erklärte 4,6 Millionen Unterschriften gesammelt zu haben und vor wenigen Wochen noch von 3,2 Millionen sprach, wurden nun aber nur 2,7 Millionen Unterschriften abgegeben. Die Frage was mit den vermeintlich restlichen Unterschriften geschehen ist, blieb bisher unbeantwortet.

Bereits die vermeintliche Abgabe der Unterschriften hatte für Erstaunen gesorgt. Die Opposition erklärte, sie habe die 152 Kartons mit Kopien der Unterschriftenlisten

am vergangenen Mittwoch vor fünf Uhr morgens beim Nationalen Wahlrat abgegeben, um so mögliche Störungen durch Chávez-Anhänger zu vermeiden. Doch um die Uhrzeit war der Wahlrat nachweislich geschlossen. Nun wird über mögliche Unregelmäßigkeiten spekuliert, da der amtierende Wahlrat der Opposition wohlgesonnen ist. Dieser hatte

auch mehrmals erklärt das Referendum können noch im laufenden Jahr stattfinden.

Der renommierte venezolanische Verfassungsrechtler Dr. Carlos Escarrá Malavé, Ex-Mitglied des Obersten Gerichtshofes, erklärte Ende vergangener Woche, dass er aufgrund der notwendigen Verfahrensweise für das Referendum keine Möglichkeit sehe, dass es noch im laufenden Jahr stattfindet. Seiner Ansicht nach sei es Betrug, in der Bevölkerung den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Allein die Zeit, die der neue Nationale Wahlrat brauche um die Verfahrensweise des Referendums festzulegen, die Unterschriften zu überprüfen sowie die vorgeschriebenen Fristen zur Einberufung der Volksabstimmung, würde die in diesem Jahr verbleibenden vier Monate überschreiten. Immerhin arbeite der aktuelle Wahlrat bereits seit zehn Monaten an den Reglementarien des Referendums, ohne bisher zu einem Ergebnis gelangt zu sein.

Vor allem die Überprüfung der Unterschriften und der Wählerlisten kann einige Zeit in Anspruch nehmen. In den Wählerlisten sollen auch Zehntausende bereits Ver-

storbene aufgeführt sein, während sich nach Angaben des Abgeordneten Dario Vivas bereits 2.000 Personen gemeldet haben, deren Namen in den bisher veröffentlichten Unterschriftenlisten gegen Chávez enthalten sind, die aber tatsächlich nie unterschrieben haben wollen. Die Regierungsabgeordnete Iris Varela kündigte daher an, im gesamten Land Möglichkeiten anzubieten zur Überprüfung, ob der eigene Name auf der Unterschriftenliste gelandet ist, und forderte die Bevölkerung auf, dies massiv selbst zu prüfen.

Jenseits der aufgeführten Maßnahmen, muss der Wahlrat auch über 74 weitere Anträge auf Volksabstimmungen über das Schicksal von Gouverneuren und Bürgermeisterern entscheiden. Die Hälfte ihrer Amtszeit wurde bereits vor zwei Monaten erreicht. Die hier angestregten Abstimmungen richten sich fast ausnahmslos gegen oppositionelle Politiker, wie etwa den Bürgermeister von Caracas.

Der Verfassungsrechtler wies auch daraufhin, dass die in der Vergangenheit vor der Opposition gesammelten und nun abgegebenen Unterschriften ungültig seien, da die Fragestellung Fehler aufweise.

Auch nach Ansicht der Generalstaatsanwältin Marisol Plaza Irigoyen sind die von der Opposition eingereichten Unterschriften ungültig. Gemäß der Verfassung sei eine Volksabstimmung nach Verstreichen der ersten Hälfte der Amtszeit möglich und die Unterschriften müssten auch ab diesem Zeitpunkt gesammelt werden, es sei juristisch

nicht haltbar Unterschriftenlisten aus dem Jahr 2002 einzureichen.

Präsident Hugo Chávez wies ebenfalls auf die Ungültigkeit der Stimmen hin, die gemäß der bisher noch nicht festgelegten Verfahrensweisen gesammelt werden müssen. Sollten tatsächlich ausreichend Unterschriften ordnungsgemäß gesammelt und vom Wahlrat geprüft und bestätigt werden, so werde auch die Volksabstimmung stattfinden. Selbstverständlich werde er das Ergebnis dann auch respektieren. Die Möglichkeit einer Volksabstimmung über den Präsidenten unterstreiche den demokratischen und partizipativen Charakter des venezolanischen Systems.

Zunächst gilt es aber ohnehin einen neuen Wahlrat zu ernennen. Diese Aufgabe kommt eigentlich der Nationalversammlung zu, doch dort wird die Entscheidung über das letzte Mitglied des fünfköpfigen Wahlrats, die mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu treffen ist, seit Wochen von der Opposition blockiert. Daraufhin setzte der Oberste Gerichtshof, der ebenfalls mehrheitlich mit der Opposition sympathisiert, dem Parlament eine Frist. Was dieses wiederum mit Verweis auf die Verfassung, die die Entscheidung über die Wahlratsmitglieder den Volksvertretern zuschreibt, mehrheitlich ablehnte. Mittlerweile ist die Frist zwar abgelaufen und der Oberste Gerichtshof hat - gegen das Parlament - beschlossen die Auswahl des fehlenden Vertreters selbst vorzunehmen, doch konnte es sich bisher nicht einstimmig auf einen Kandidaten einigen.

Video vom 11. April 2002 war gefälscht

(Montevideo, 5. August 2003, púlsar).- Der Journalist, der die Szenen der oppositionellen Demonstration am 11. April 2002 gefilmt hat, gab zu, dass die Aufnahmen gefälscht sind. Diese waren dazu benutzt worden, Glauben zu machen, dass Präsident Hugo Chávez angeordnet hatte zu schießen.

Dem Video mit dem Titel „Das Massaker im Herzen von Caracas“ wurde der „Internationale Journalistenpreis des spanischen Königs“ verliehen. Die präsentierte Version war jedoch die manipulierte Fassung des Filmes. Auch eine im Film hinzugefügte Stimme hatte behauptet, dass Zivilisten, die den Hilfstrophen von Chávez angehört hatten, auf oppositionelle Demonstranten geschossen hätten.

Der Autor der Aufzeichnung, der Journalist Luis Alfonso Fernandez, hat jetzt zugegeben, dass es sich um eine wechselseitige Schießerei zwischen den Zivilisten und der Stadtpolizei von Caracas gehandelt habe, die vom oppositionellen Bürgermeister Alfredo Pena angeordnet worden war. Es habe dort weder die oppositionelle Demonstration, noch die Stimme gegeben, die behauptet hatte, dass auf Demonstranten geschossen worden sei, ließ der Fernsehsender Vene-

vision nachträglich wissen.

Man fragt sich nun, wie die Reaktion der spanischen Behörden und der Jury, die das manipulierte Video prämiert hatte, ausfallen wird. Immerhin wurde das Video benutzt, um Unschuldige zu inhaftieren und den Putschversuch gegen Chávez zu rechtfertigen.



Die Volksmacht aufbauen für eine klassenlose Gesellschaft Foto: DA

Rebellisches Radio aus Chiapas

Radio Insurgente der EZLN geht auf Sendung

Von Dario Azzellini

Mit einem Hahnenschrei beginnt kurz vor Sonnenaufgang die Morgensendung des zapatistischen Senders „Radio Insurgente“ - „La voz de los sin voz“ (Aufständisches Radio - Die Stimme der Stimmlosen), das bereits seit einigen Monaten von mehreren

UKW-Sendern auf der Frequenz 97,9 FM in Chiapas sendet: „Von irgendeinem Ort im Urwald, im Südosten Mexikos“, wie es die Senderansage immer wieder verkündet. „Denn uninformatiert sein ist wie unbewaffnet sein - deshalb höre Radio Insurgente“. Am

frühen Morgen wenn für die meisten chiapanekischen Indianer der Tag beginnt, tönt aus fast allen ärmlichen Hütten der zapatistische Sender, der nicht nur auf Spanisch, sondern vornehmlich in den zwei meistgesprochenen Maya-Sprachen sendet.

Ein Radio ist in dieser mexikanischen Region mit mehrheitlich indianischer Bevölkerung von unschätzbarem Wert. Aufgrund ihrer langjährigen Marginalisierung können etwa die Hälfte der Männer und rund zwei Drittel der Frauen nicht lesen und schreiben. Viele, vor allem die Frauen, sprechen ohnehin kaum oder nur schlechtes Spanisch. Doch auch spanischsprachige Sender sind in der Berglandschaft selten. Meist dreht man völlig im Leeren wenn man im Radio einen Sender sucht.

Neben mexikanischen Corridos und Bole-ros, revolutionären Liedern lateinamerikanischer Künstler und selbst eingespielten der zahlreichen Musikgruppen aus den zapatistischen Basisgemeinden sind im Radio auch mal die Beastie Boys, Rage Against the Machine und vor allem Manu Chao zu hören. Am Nachmittag werden ausführliche Nachrichtenblöcke gesendet. Lokale, nationale und internationale Meldungen, in genau dieser Reihenfolge. Und die Nachrichten werden gehört. Vor einigen Jahren fast undenkbar, finden sich heute in den Dorfgemeinschaften Herumstehende die über den Irak-Krieg diskutieren, vom US-Druck auf Cuba wissen und stolz auf das Radio verweisen.

In speziellen Aufrufen wenden sich die Radiomacherinnen, zum Großteil Frauen, an die indianische Landbevölkerung, Studenten und Studentinnen, Sympathisanten und Sympathisantinnen und immer wieder an die Frauen: „Hallo Frau! Träumst du von einer schönen Zukunft? Wir hier sagen dir, du hast das Recht deinen Partner auszusuchen und niemand kann dich mit Gewalt zur Hochzeit zwingen. So legt es das „Revolutionäre Frauengesetz“ der EZLN fest.“ Das Gesetz wurde im Jahr vor dem Aufstand vom 1.1.1994 von den zapatistischen Frauen verabschiedet und besitzt seitdem im gesamten zapatistischen Territorium Gültigkeit. Mehrere sich abwechselnde Frauenstimmen erklären im Radio die einzelnen Rechte: „Du hast ein Recht darauf zur Schule zu gehen, dass dein

Mann dich respektvoll behandelt, dich auszurufen und zu vergnügen. Du hast ein Recht darauf, von deinem Mann zu fordern, dass er dich in der Küche, mit der Wäsche und den Kindern unterstützt. Du hast das Recht deinem Mann „nein“ zu sagen, wenn du müde bist, dir schlecht ist oder du keine Lust hast. Du hast ein Recht darauf, zu entscheiden wie viele Kinder du willst. Wenn du dich schützen willst, dann frage deine nächste lokale Verantwortliche für Gesundheit.“ Es folgt ein emphatischer Aufruf: „Frau! Es gibt viele Gründe stolz zu sein, weil du eine Frau bist. Unsere Würde als Frauen ist die gleiche wie die der Männer, verteidige sie!“, und im Anschluss ein revolutionäres Frauenlied, in dem die Frauen aufgefordert werden sich dem Kampf anzuschließen. Dabei treffen die Sängerinnen musikalisch nicht immer den richtigen Ton, doch die Botschaft kommt an, vor allem bei den Frauen.

Eine Männerstimme hingegen wendet sich regelmäßig an die männlichen Zuhörer und macht ihnen klar: „Genosse Bauer, denk immer daran, dass Frauen die gleichen Rechte haben wie du selbst. Sie haben das Recht als Personen respektiert zu werden. Wenn du eine Frau schlägst, begehst du ein Verbrechen. Wenn du eine Frau zwingst etwas zu tun, das sie nicht tun will, dann verweigere dich ihr die Achtung. Wenn du ein guter Mann und ein guter Ehemann sein willst, denke immer daran!“

Doch der Sender spricht nicht nur die eigenen Basis an, ganz im Gegenteil. Soldaten und Paramilitärs werden direkt angesprochen und zum Desertieren aufgefordert: „Soldat, der du aus dem Volk kommst, hör zu! Du bist genauso wie wir, genauso arm. Wenn du aufhörst Soldat zu sein, dann gewinnst du ein würdiges Leben. Hör auf gegen deine eigenen Leute zu kämpfen, gegen deine eigene Familie und deine Nachbarn. Lass dich nicht mehr von der Regierung für ein paar Krümel kaufen. Verweigere die Befehle einer Regierung, die nur den Reichen dient und die Armen ärmer wer-

den lässt.“ Und das Programm scheint Erfolg zu haben. Zahlen über die Desertionen, die wohl nicht nur in Chiapas besonders hoch sind, veröffentlicht die mexikanische Armee ohnehin nicht. Aber aus zahlreichen wohlgesonnenen Zuschriften von Soldaten an das Radio wird es deutlich.

Ab dem 9. August, rechtzeitig zur Verkündung neuer Verwaltungsformen und einer umfassenderen Autonomie in den Gebieten der EZLN, sollte Radio Insurgente eigentlich wöchentlich mit einer „intergalaktischen“ Sendung auf den Äther. Auf der Frequenz 5,8 Megahertz im 49-Meter-Band (Kurzwellen auf dem Weltempfänger) sollten die Botschaften der Zapatisten auf dem ganzen Kontinent und unter günstigen Bedingungen auch in Europa zu sein. Doch die Störmanöver der Regierung sabotierten die Ausstrahlung der Premiere mit Subcomandante Marcos als „DJ und Sprecher“. Die Ausstrahlung erfolgte schließlich zwei Tage später. Ein Livestream findet sich auf Indymedia Chiapas (<http://chiapas.mediosindependientes.org/>). „Sie hören Radio Insurgente, die Stimme der Stimmlosen“ heißt es in der Ansage die gleich noch in verschiedenen Maya-Sprachen, Englisch, Deutsch, Französisch, Portugiesisch, Baskisch und Katalanisch folgt.

Gut gelaunt und spitzfindig kommentierte Marcos in der ersten Sendung die von ihm ausgewählte Musik und die internationale Politik. Er grüßt die EZLN-Basis und die bewaffneten Verbände, spricht über Globalisierung und das kaltfeuchte Wetter in den Bergen von Chiapas, wo gerade tiefste Regenzeit herrscht. Dazwischen legt er immer wieder Cumbias auf und spielt auch einen Blues von BB King: „There must be a better world some where“.

Spenden: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V., Konto Nummer 162 641 08, Postbank; Berlin, Bankleitzahl 100 100 10, Verwendungszweck: „Spende Radio Chiapas“

Neue Etappe der Autonomie

Von Dario Azzellini

Vor Zehntausenden TeilnehmerInnen verkündete die Leitung der zapatistischen Guerilla EZLN am vergangenen Wochenende den Beginn einer neuen Strategie des Widerstandes und eine Ausweitung der Ausübung der Autonomie. Anwesend waren auch die Repräsentanten des „Klandestinen Revolutionären Indigenakomitee“ (CCRI), der höchsten Leitung des zapatistischen Aufstandes und über 100 Vertreter aus 30 Autonomen Gemeinden.

In Ihren Reden richteten sich die verummteten EZLN-Comandantes, darunter auch zahlreiche Frauen, gegen korrupte Regierende, die Macht des Geldes und die Welthandelsorganisation WTO. In einem vorangegangenen Kommuniqué hatte die EZLN bereits angekündigt sich an den Protesten gegen den WTO-Gipfel vom 10. bis 14. September im mexikanischen Strandbad Cancun zu beteiligen. In den Reden der zapatistischen Comandantes wurden auch Blair, Berlusconi und Bush hart angegriffen und die Rebellion als einziger Weg dargestellt, um den „perma-

nente globalen Krieg“ zu stoppen.

Comandante Zebedeo kritisierte auch den spanischen Richter Baltasar Garzón stark und grüßte den Kampf des Baskenlandes. Garzón, der sich aktuell in Mexiko befindet, und den Marcos Ende vergangenen Jahres zum Rededuell aufforderte, hatte einige Tage zuvor im Bezug auf die durch die Zapatisten aufgebauten Strukturen erklärt „jede Form der Regierung, die sich am Rande der Verfassung bewegt“ sei illegal. Garzón, im Ausland bekannt aufgrund seiner Ermittlungen gegen Angehörige ehemaliger lateinameri-

kanischer Militärdiktaturen, hat sich in Spanien vor allem durch flächendeckende Verbote baskischer Organisationen, Medien und Institutionen einen Namen gemacht, die er pauschal des Terrorismus beschuldigte.

Subcomandante Marcos selbst war nicht anwesend. Ihm kam die Aufgabe zu, das erste auf Kurzwellen international gesendete Programm von „Radio Insurgente“ zu moderieren. Als die Ausstrahlung aufgrund von starken Interferenzen der Armee nicht möglich war, wurde eine aufgezeichnete Botschaft in Oventic vorgespielt. Darin verkün-

det Marcos das Ende seiner kurzzeitigen Sprecherrolle für die „Juntas der guten Regierung“, deren Vertreter und Vertreterinnen nun bei Bedarf selbst sprechen würden. Ebenso kündigte er die Auflösung aller EZLN-Strafkontrollen in Chiapas an, eine Überprüfung von Fahrzeugen erfolge nur noch beim Verdacht auf Schmuggel von Drogen, Waffen oder Edelhölzern. Dieser Entschluss sei gefasst worden, weil jede gute Regierung, so Marcos, mit der Vernunft und nicht mit der Armee regieren sollte.

Auf ihre Teilnahme an den Festlichkeiten verzichten mussten schließlich auch die Mitglieder der parlamentarischen Friedenskommission Cocopa, deren Angehörige sich in den Tagen zuvor über die Presse selbst eingeladen hatten. In einer kurzen Erklärung vor den Festlichkeiten machte Marco jedoch deutlich, die EZLN habe keine Politiker eingeladen und noch viel weniger würde sie sich mit ihnen treffen wollen.

An den zentralen Feierlichkeiten in Oventic nahmen mehrere zehntausend Personen teil. Neben unzähligen aus anderen Basisgemeinden angereisten Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal, Zoque und Chol-Indianern auch zahlreiche internationale Gäste, vor allem aus den USA, Kanada, Italien, Spanien und dem Balkenland sowie eine bunte Mischung aus ganz Mexiko, Bauern- und Indigenaorganisationen andere Regionen, Studenten und Intellektuelle, Gewerkschafter und AktivistInnen aus verschiedensten Basisorganisationen. Bereits am Freitag hatten sich in Oventic Tausende von Menschen versammelt, ein Basketballturnier fand statt und zahlreiche zapatistische Musikgruppen aus der Region spielten. Vermummte Zapatisten und unvermummte Besucher aus Mexiko und dem Ausland fotografierten sich gegenseitig und miteinander, mit Vorliebe vor dem „Haus der Junta der guten Regierung, Zentrales Herz der Zapatisten gegenüber der Welt“. Eine der fünf „Schneckenmuscheln“, der Caracoles, die als neue Kommunikationsstruktur mit der Zivilgesellschaft am Platz der ehemaligen Aguascalientes eingeweiht wurden. Für die Tzotzil-Indianer symbolisieren offene Spiralen, wie die Form der Schneckenmuscheln, die Zeit. In der Nacht zum Samstag wurde in einem öffentlichen Akt der Führung der EZLN der „Tod“ des 1996 in Oventic eingeweihten Aguascalientes erklärt, es erging ihm ebenso wie den anderen vier in La Garucha, Morelia, Roberto Barrios und La Realidad. Sie wurden ersetzt durch die „Caracoles“, in denen ab sofort die fünf neu gebildeten „Juntas der guten Regierung“ arbeiten.

Schon in den Tagen zuvor waren auf den Straßen und Wegen Chiapas' Tausende von Indigenas zu sehen gewesen. Einige mit den typisch zapatistischen Sturmhauben vermummt, andere mit unverhüllten Gesichtern. Schon am Freitag standen am Ortseingang von San Andrés, der Gemeinde in der die Gespräche zwischen Regierung und EZLN stattfanden, eine kilometerlange Schlange geparkter Fahrzeuge.

Die ersten „Autonomen zapatistischen Gemeinden in Rebellion“ entstanden Ende 1994. Aktuell existieren über 30 autonome Gemeinden, deren Einfluss sich auf etwa die Hälfte des Bundesstaates Chiapas erstreckt. Die Bildung der fünf „Juntas der guten Regierung“, in denen jeweils sechs Gemeinden zusammengefasst sind, stellen einen weiteren Schritt in dem Prozess der Selbstorganisation der zapatistischen Basis dar. Die aus Abgesandten derselben gebildete neue Regionalregierung soll auch eine direktere Verbindung zwischen den zapatistischen Basisgemeinden und dem Rest der Welt ermöglichen.

Die autonomen Gemeinden wählen in Versammlungen einen autonomen Gemeinderat, der aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und verschiedenen Verantwortlichen für Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Erziehung besteht. Sie alle arbeiten unbezahlt zum Wohl der Gemeinschaft. Die Autonomen Gemeinden nehmen keinerlei staatliche Gelder an und finanzieren Arbeit aus den Beiträgen der Bevölkerung und Spenden. Seit ihrer Entstehung sind sie konstanten Angriffen von Polizei, Armee und Paramilitärs gewesen. Einige Gemeinden wurden in den vergangenen Jahren von den Repressionsorganen geräumt, dabei wurden am 10. Juni 1998 in San Juan de la Libertad zehn Zapatisten ermordet.

Mit einem Paukenschlag waren die EZLN und die sie unterstützenden Autonomen Basisgemeinden Mitte Juli nach einer Zeit der relativen Ruhe wieder an die Öffentlichkeit. Zunächst verkündete Subcomandante Marcos am 20. Juli in einem kurzen Schreiben die mexikanische Regierung könne sich von ihrem groß angelegten Infrastrukturentwicklungsplan „Plan Puebla Panama“ verabschieden. „Die Gebiete in Rebellion werden diesen Plan nicht erlauben. Die Zapatisten haben ausreichende Mittel und die nötige Organisation um die Konkretisierung dieses Planes zu verhindern. Dies ist keine Drohung, sondern eine Prophezeiung“, so die deutlichen Worte.

Ungewohnt deutlich wurden die Zapatisten auch gegenüber den mehr als 14 auf zapatistischem Territorium mit Unterstützung der Armee und Polizei aktiven paramilitärischen Gruppierungen. „Das Generalkommando der EZLN hat den paramilitärischen Banden die in Chiapas sprießen eine Botschaft geschickt. Die Botschaft lautet, mehr oder weniger: „Das Gesetz der Rache lautet Auge um Auge und Zahn um Zahn“, aber wir haben gerade Sonderangebot und bieten „zwei Augen für ein Auge und ein ganzes Gebiss für einen Zahn“, wenn sie das reiz.“ Seit Jahren bereits kommt es in zapatistischen Gebieten immer wieder zu selektiven Morden an Zapatisten. Nun lägen der EZLN Hinweise vor auf ein erneutes Massaker durch Paramilitärs. Zuletzt hatten Paramilitärs 1997 kurz vor Weihnachten das Dorf Acteal überfallen und 45 Männer, Frauen und Kinder brutal ermordet.

Als dritten herausragenden Punkt wies Marcos in seinem ersten Kommuniqué auf

den zapatistischen Radiosender „Radio Insurgente. Stimme der EZLN“ hin, der ab dem 9. August seine Sendungen Kurzweile beginnen wird und so in ganz Lateinamerika und mit etwas Glück auch in Europa auf 5,8 Megahertz im 49-Meter-Band zu empfangen sein wird. Bisher sendet das EZLN-Radio in Chiapas auf mehreren Sprachen etwa zwölf Stunden täglich auf UKW. Im neuen Programm soll auch Marcos eine spezielle einstündige Musiksendung haben. Seitdem brach der Strom an Erklärungen der EZLN oder des „Sub“, wie Marcos sich auch ironisch selbst bezeichnet, nicht mehr ab. Es folgten zwei knapp gehaltene „Offizielle Verlautbarungen des Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees - Generalkommando der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung“, in denen erneut die Auslieferung einiger Basken aus Mexiko an die spanische Justiz und die Zusammenarbeit der spanischen und mexikanischen Regierung zur Aufstandsbekämpfung in Chiapas kritisiert und erneut auf die Paramilitärs eingegangen wurde. Darüber hinaus wurden einige Änderungen in der Struktur der Autonomen Gemeinden angekündigt. 30 zapatistische Autonome Bezirke wurden organisatorisch enger zusammengefasst und machten Subcomandante Marcos zu ihrem vorübergehenden Sprecher.

Damit kam nach langer Zeit wieder auch nach außen sichtbar Bewegung in die zapatistische Bewegung. Intern wurde zwar auch in den vergangenen Jahren viel diskutiert, gearbeitet und geschaffen, wie nicht zuletzt an den Veränderungen und dem Radio deutlich wird, doch aus der öffentlichen Debatte waren die Zapatisten weitgehend verschwunden. Nachdem die rechte Regierung Vicente Fox' im Frühjahr 2001 das mit den Zapatisten beratene Autonomiegesetz in völlig entstellter und damit entwerteter Art und Weise verabschiedete, trat die süd mexikanische Guerilla in ein langes Schweigen. Vor allem im vergangenen halben Jahr wurde es zwar häufiger von Kommuniqués des Subcomandante Marcos unterbrochen, doch betrafen diese eher Stellungnahmen zu anderen politischen Angelegenheiten, als die Zapatisten selbst. So verfasste Marcos in den vergangenen Monaten zwölf Texte, die als „Stelen“ bezeichnet wurden, und sich mit dem Stand des Widerstandes in verschiedenen Regionen und Bundesstaaten Mexikos beschäftigten. Die nun veröffentlichte 13. Stele, ein Text in sieben Folgen, betrifft die Zapatisten selbst. In sieben Stelen werden einige der vorher ergangenen Ankündigungen präzisiert. So beinhaltet die Umstrukturierung auch die Auflösung der „Aguascalientes“, der in verschiedenen Gemeinden errichteten „Räume für ein Zusammentreffen und den Dialog mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft“. An ihre Stelle treten die „Caracoles“, die Schneckenmuscheln, die ebenfalls die Funktion einer Verbindung zwischen Zapatisten und Zivilgesellschaft übernehmen sollen, jedoch auf andere Weise. Überdrüssig scheint man auch der sinnlosen Unterstützung gewesen zu

sein, verärgert berichtet Marcos von abgelaufenen Medikamenten, aberwitziger Kleidung und einzelnen Schuhen, die sich in den zapatistischen Gemeinden als „großzügige Spenden“ stapeln. Auch die Art und Weise wie die Implementierung und Ausrichtung von Hilfsprojekten eher den Wünschen und Vorstellungen der NGO's als denen der Gemeinden entspricht und außerdem Ungleichheiten zwischen den Gemeinden und einzelnen Zapatisten erzeugt, soll anders angegangen werden. In den fünf Regionen der Caracoles wurden jeweils „Juntas der

guten Regierung“ gebildet werden und diese bilden wiederum einen höher gestellten Rat. Alle Hilfsprojekte werden ab jetzt von dieser politischen Instanz entschieden und dirigiert, um so Ungleichheiten zu vermeiden.

Die Regierung Fox hingegen reagierte kaum. Innenminister Santiago Creel Miranda erklärte man werde sich zurückhaltend verhalten, doch „durchgreifen“, sollte es zu einem Rechtsbruch kommen. Eine eher fragliche Aussage, da die von der EZLN erklärte Hoheit der organisierten Bevölkerung in ihren Gebieten natürlich einen ständigen

Affront gegen die Gesetze der Zentralregierung darstellt.

So verwundert es nicht, das in den vergangenen Tagen die Militarisierung der zapatistischen Gebiete erneut zugenommen hat und vermehrt Spitzel aufgefallen sind. Um Missverständnissen und Zwischenfällen jedoch vorzubeugen, wurden Armee und Polizei angewiesen, ihre Kasernen in den Tagen der Festlichkeiten nicht zu verlassen. ★

Über das Video „Brandzeichen“, über die politische Situation in Argentinien und eine kurze Erinnerung an ein interessantes Buch zum Thema

Erinnerung an eine Rebellion

Argentiniens Präsident Kirchner sorgt zur Zeit für Überraschungen. Kaum im Amt hat der als farblosere Peronist verschrieene Politiker mit der Straflosigkeit der Folterer des Militärregimes Schluss gemacht und den Generalstab ausgewechselt.

Selbst Oppositionelle lasse sich von der Begeisterung anstecken. Gab es da nicht noch vor wenigen Monaten die Parole „alle müssen verschwinden“, die von großen Teilen der Bevölkerung aufgenommen worden war. Hatten nicht hier manche linke Bewegungssurfer in Argentinien die definitiv neueste Linke entdeckt? Dabei zeigt Argentinien nur, wie schnell Bewegungen in sich zusammenbrechen, wenn eine Organisation fehlt. Dabei sollte natürlich die argentinische Bewegung nicht einfach der Vergessenheit anheim fallen. Sie hat schließlich Ende 2001 gleich mehrere Präsidenten gestürzt und zahlreiche, vorher unpolitische, Menschen aktiviert. Nur damit ist Kirchners plötzlicher Linksschwenk zu erklären. Wenn er die Bevölkerung für sich gewinnen oder zumindest ruhigstellen wollte, musste er zumindest teilweise auf ihre Forderungen eingehen.

Jetzt haben die beiden Berliner Filmemacherinnen Susanne Dzeik und Kirsten Wagenschein mit „Brandzeichen - Momente einer Rebellion“ ein Video erstellt, das die verschiedenen Stationen der argentinischen Protestbewegung aus einer subjektiven Sicht dokumentiert.

Dzeik und Wagenschein sind langjährige MitarbeiterInnen des Berliner Videokollektivs AK KRAAK, das Anfang der 90er Jahre in der damaligen Ostberliner Hausbesetzerszene entstanden ist und seinen Wirkungsgrad immer mehr ausgeweitet hat. Dzeik und Wagenschein haben schon im Januar 2002 das Weltsozialforum von Porto Alegre filmisch porträtiert und sind danach mitten in das rebellische Argentinien weiter gereist. Die Eindrücke müssen das Duo sehr beeindruckt haben, wie man in dem Video unschwer erkennt. Man sieht sie immer wieder mitten im Getümmel, übermüdet aber glücklich.

Im Film werden die Proteste der Arbeitslosen und der sozialen Unterklassen Argentiniens gezeigt. Man merkt, dass ihnen die

Sympathie der Filmemacherinnen gehört. Aber auch der um seine Ersparnisse geprellte Mittelstand, der im Dezember 2001 aktiv wurde, wird im Moment der Aktivierung gezeigt. Dabei gibt es teilweise urkomische Szenen, wenn ältere Männer mit Schlips und Kragen die Scheiben einer Bank einwerfen, in der sie vielleicht jahrelang gearbeitet haben. Ausschnitte der Barrio-Versammlungen werden gezeigt, die in den ersten Monaten der Rebellion in ganz Argentinien wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Das hat bei manchen hiesigen Linken zu leuchtenden Augen geführt. Doch die Filmemacherinnen zeigen auch die Schwierigkeiten des Organisationsprozesses: es gab Streit und Machtspiele zwischen verschiedenen linken Fraktionen. Es gab auch die politischen Abnutzungserscheinungen großer Teile der Bevölkerung, die der ewigen Versammlungen und Diskussionen irgendwann überdrüssig wurden. Das ist natürlich immer die Stunde der Bürokraten, die dann den dynamischen Prozess vereinnahmen. Dzeik und Wagenschein ergreifen hier nicht vorschnell Partei, ersparen sich Schuldzuweisungen sondern fangen mit der Kamera den schwierigen Prozess ein.

Sie erinnern auch an die politischen Gruppen, die in Argentinien teilweise seit Jahrzehnten arbeiten und die Rebellion durch ihre unermüdliche Arbeit erst ermöglicht haben. Dazu zählen an erster Stelle die Madres de Plaza de Mayo mit ihren weißen Kopftüchern. Die Mütter und Schwestern, die während der Militärjunta verschwindenden und meistens ermordeten AktivistInnen, sind in der Zeit der tiefsten Diktatur auf die Straße gegangen und haben das Schweigen gebrochen. Einige haben diese Aktivitäten mit ihren Leben gezahlt, aber sie haben mit ihrer kontinuierlichen Arbeit schließlich doch Erfolg gehabt. Dabei hätte es kaum noch jemand für möglich gehalten, nachdem unter der Präsidentschaft des Rechtsperonisten Menem die Amnestie-Gesetze beschlossen

worden waren, die Kirchner jetzt aufheben musste. Natürlich darf man dabei auch nicht übersehen, dass die Ära der Militärs und ihrer Unterstützer fast 20 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur sowie so zu Ende geht. Da fällt die Abrechnung natürlich leichter. Auch in Deutschland setzte die ansatzweise Aufarbeitung der NS-Verbrechen schließlich erst Ende der 60er Jahre an, als die meisten fast das Rentenalter erreicht hatte.

Wir sollten dabei auch nicht vergessen, welche enge Beziehungen die BRD-Regierung zu den argentinischen Foltergenerälen unterhalten hat: „Unter den westlichen Ländern war und ist die Bundesrepublik Deutschland der beste Freund und Helfer der Militärdiktatur“, schrieb der argentinische Schriftsteller Osvaldo Bayer 1982. Daran erinnert der Publizist Boris Kanzleiter in einem von Gaby Weber herausgegebenen Büchlein über „Die Verschwundenen von Mercedes Benz“, so der Titel. Dort wird ausführlich auf die Verfolgung und Ermordung linker Betriebsräte in der argentinischen Mercedes-Benz Filiale eingegangen. Eine immer noch aktuelle Handreichung.

Das Video hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt, auch wenn die argentinische Rebellion erst einmal zu Ende ist. Doch Kirchner wird auf ökonomischem Gebiet nichts verändern und die Ursachen von Krisen und Misere nicht beseitigen. So ist es nur eine Frage der Zeit, bis wieder Massen auf der Straße sind. *Peter Nowak*

Dzeik Susanne, Wagenschein Kirsten, Brandzeichen - Momente einer Rebellion. 80 Minuten, kann beim Videokollektiv akKraak (Tel: 030-44 05 81 79) bezogen werden.

Weber Gaby, Die Verschwundenen von Mercedes-Benz Association A, Berlin, Hamburg, Göttingen 2001, 125 Seiten, 7 Euro



Die Spur der Gewalt

30. Jahrestag des Putsches gegen das sozialistische Chile

Demonstration und Kundgebung am 11. September 2003

Nicht nur der 11. September 2001 gilt als historisches Datum. 28 Jahre vor den Anschlägen von New York und Washington, am 11. September 1973, putschten reaktionäre Militärs gegen die verfassungsmäßige Regierung und töteten den Präsidenten der Republik, Salvador Allende. Sie wurden von dem berüchtigten US-Geheimdienst CIA unterstützt.

Die eingeleitete demokratische und sozial gerechte Entwicklung wurde rückgängig gemacht. Ein Volk, das einen Augenblick lang den befreienden Hauch menschenwürdigen Lebens gespürt hat, wurde in die Knechtschaft zurückgeworfen.

Die Regierung Allende war angetreten, die Ausbeutung des chilenischen Volkes durch die US-Monopole und das Land aus der Abhängigkeit von den USA zu befreien. Sie bekämpfte Hunger, Arbeitslosigkeit und Analphabetentum. Die Regierung Allende

war deshalb von Anfang an massiven Angriffen aus den USA und der chilenischen Reaktion ausgesetzt, um die alten Machtverhältnisse wieder herzustellen.

Chile geht uns alle an. Damals vor dreißig Jahren als Teil einer weltweiten Solidaritätsbewegung und heute, angesichts der aktuellen Gefahren der militärischen Interventionspolitik Washingtons. Gemeinsam mit chilenischen Freundinnen und Freunden wollen wir Rückschau halten auf die wechselvollen Auseinandersetzungen bisher, auf die Verbrechen am chilenischen Volk, aber auch auf die Erfolge des Widerstandes. Die Kriege der USA auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak mahnen, einer aggressiven Politik der militärischen und ökonomischen Vorherrschaft entgegen zu treten. Unser Engagement ist auch deshalb erforderlich, weil die deutsche Außenpolitik nach dem Ende der Blockkonfrontation durch ihre

Militarisierung wie durch die Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr gekennzeichnet ist.

Chile geht uns alle an.

Kundgebungen und Demonstrationen fanden in mehreren Städten auch in der BRD statt.



Einig in der allgemeinen Erneuerung

Aktionsaufruf aus Kolumbien

Attentat auf Gewerkschafter in Barrancabermeja, Kolumbien

Heute, am 22. August um 12 Uhr Mittags wurde der Präsident der Sektion Barrancabermeja des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, Juan Carlos Galvis, in der Nähe des Büros der CUT in Barrancabermeja von zwei Männern angegriffen.

Herr Juan Carlos Galvis hatte an einem Treffen der Erdöl-Gewerkschaft USO (Unión Sindical Obrera) teilgenommen und war auf dem Weg zum Büro der CUT. In der Nähe des Büros der CUT, im Viertel El Recreo, nahmen 2 bewaffnete Personen das Auto, in welchem sich Herr Galvis befand, unter Beschuss. Das Auto wurde mehrfach beschossen, jedoch nicht von den Kugeln getroffen. Juan Carlos blieb unverletzt.

Juan Carlos Galvis arbeitet bei Coca Cola und ist aktives Mitglied der Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL (Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de Alimentos). SINALTRAINAL führt einen Gerichtsprozess gegen Coca Cola in den USA wegen Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien. Vor einigen Tagen hat der Staatsanwalt des Abschnittes 61, Dr. Juan Carlos Losada Persomo bekannt gegeben, dass der Klage gegen die Mitglieder der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal: Luis Javier Correa Suarez, Jorge Humberto Leal, Juan Carlos Galvis, Luis Eduardo Garcia, Alvaro Gonzalez, Jose Domingo Florez und Edgar Alberto Paez Melo stattgegeben wurde.

Die Klage wurde von Panamco Colombia S.A. und Santander S.A. (beides Abfüllfirmen von Coca Cola in Kolumbien) erhoben. Mit dieser Klage reagieren die Unternehmen auf die von Sinaltrainal am 20. Juli 2001 erhobene Klage gegen Coca Cola, welche wegen der bestehenden Straflosigkeit in Kolumbien am Gerichtshof Südflorida, USA eingereicht wurde. Wegen der Schwere des Attentates bitten wir Nationale und Internationale Organisationen darum, Protestschreiben mit den folgenden Forderungen zu verschicken:

1. Die Einstellung aller Art von Bedrohungen wie Mord, Verschwindenlassen, Attentate und Klagen gegen Gewerkschaften in Kolumbien.

2. Die Identifizierung und Verfolgung der materiellen und intellektuellen Verantwortlichen für das Attentat auf den Gewerkschafter Juan Carlos Galvis.

3. Von Coca Cola, dass sie alle Feindseligkeiten gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wie die von Sinaltrainal einstellt und die Verantwortung für die begangenen Menschenrechtsverletzungen übernimmt. Bogota, 22. August 2003

Adressen: (Kopien bitte an redher@sky.net)
Dr. Luis Camilo Osorio, Fiscal General de la Nación
contacto@fiscalia.gov.co

Presidente de la República de Colombia
 Alvaro Uribe Vélez Palacio de Nariño Carrera 8
 No.7-26 Santafe de Bogota, COLOMBIA
 Fax: 00 57 1 286 74 34/286, 68 42/284 21 86
 auribe@presidencia.gov.co; rdh@presidencia.gov.co

Vicepresidente de la Republica de Colombia
 Francisco Santos Consejería Presidencial de Derechos Humanos
 Calle 7, No 654, Piso 3 Santafe de Bogota, COLOMBIA
 Fax: 00 57 1 337 1351 fsantos@presidencia.gov.co

Programa Derechos Humanos Presidencia de la Republica
 ppdh@presidencia.gov.co

Ministro del Interior y Justicia
 Fernando Londono Hoyos Ministerio del Interior y Justicia Palacio Echeverry, Carrera 8a, No.8-09, piso 2o., Santafe de Bogota, Colombia Fax:005712868025
 ministro@minjusticia.gov.co; minisint@coll.telecom.com.co; viceministra@minjusticia.gov.co

Procurador General de la Nacion General Dr Edgardo Maya Villazon
 anticorrupcion@presidencia.gov.co; reygon@procuraduria.gov.co

Sr. Felipe Alvira, Presidente Coca Cola FEMSA
 www.cocacola-femsa.com.mx

Mindestmaß einer Minimalforderung

Für eine nachhaltige Entwicklungspolitik plädieren Helma Chrenko und Peter Stier in ihrem Buch „Halbierung der globalen Armut bis 2015?“ (VSA-Verlag)



Die beiden AutorInnen legen mit dem Buch die überarbeitete Fassung einer Studie vor, welche im Januar 2002 unter dem Titel „Entwicklungspolitik und Kampf gegen die Armut“ im Auftrag der PDS-Delegation in der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke im EP verfasst wurde.

Die Germanistin, Historikerin und Politikwissenschaftlerin Chrenko kennt dabei besonders die Situation um die Gegenwartsprobleme Lateinamerikas. Sie ist Autorin vieler Schriften zum Thema Lateinamerika und gilt als Koordinatorin des Arbeitskreises Lateinamerika bei der PDS. Zuletzt: „Entwicklungsländer heute“.

Wie auch Helma Chrenko gehört Peter Stier dem Vorstand der Entwicklungspolitischen Gesellschaft (EpoG e.V.) an und auch er besitzt etwa 3 Jahrzehnte publizistische und wissenschaftliche Erfahrungen. Seine Kenntnisse liegen noch umfassender: Globalisierung, Transformationsprozesse... Arbeit in verschiedenen internationalen Organisationen (UNESCO, UNIDO, UNCTAD).

Bis knapp zur Hälfte des Buches beschreiben die Autoren darin die Armut in ihren heute zu Tage tretenden Facetten und unterlegen diese mit unzähligen interessanten Zahlen. Der Trikont wird dabei einzeln zerlegt und politisch-ökonomische Tendenzen werden skizziert, die Entwicklungen und Ursachen zwar knapp aber treffend umschrieben. So wird alleine hier schon bereits die skeptisierte Titelfrage einer Beantwortung zugeführt: So wie es die 189 Staaten im September 2000 noch erdachten, kann dieses Ziel mit den derzeitigen Methoden nicht erreicht werden. Bis dahin sollte es geschafft werden, den Anteil der Weltbevölkerung, dessen Einkommen weniger als 1 \$ beträgt, und den Anteil der Menschen die Hunger leiden, zu halbieren. Ebenso sollten die zu treffenden Maßnahmen zur deutlichen Verbesserung der Lebensqualität von Slumbewohnern,

Kindern oder Müttern führen sowie Gesundheitsfürsorge, Schulbildung und Emanzipation weitaus obligatorischer machen.

Wie aber dies erreichen? Sieht man sich die detaillierten Vorschläge an, finden sich darunter durchaus sehr respektable Ziele. Die Wege dorthin indes bleiben unnütze Instrumente der herrschenden Klasse. So schreibt der Weltentwicklungsbericht 2000/2001 etwa von Stärkung des Rechtsstaats oder der Abschaffung der geschlechtsspezifischen oder ethnischen Diskriminierung. Alles Methoden zur Reduzierung von Armut und Marginalisierung bzw. der Mobilisierung des Kampfes für diese Ziele. In den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik lassen sich solche Konzeptionen von Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung auf Grund fehlender Zuweisungen von Haushaltsmitteln jedoch kaum durchsetzen. Während die „Armutsziele“ als Programm zwar aufgegriffen werden, öffnet sich auf der Ebene der realen Politik eine immer größere Kluft. Einerseits hin zur Durchsetzung hegemonialer Interessen mit militärischen Mitteln, andererseits durch das faktische Missachten der festgesetzten Ziele auf Grund fehlender Spielräume vieler Staaten durch deren liberalisierte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Beispielsweise zahlt heute kaum ein Land der entwickelten Staaten auch nur annähernd den schon 1970 bei der UN beschlossenen Satz von 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe (ODA).

Die BRD liegt bei beschämenden 0,26%. Aber selbst diese wird häufig – trotz besserer Ansätze unter der SPD/Grünen-Bundesregierung – für eigennützige Ziele genutzt, um Produkte zu verkaufen, bzw. in Märkte vorzudringen oder für die Rückzahlung der Zinsen zu arbeiten. Seit 1997 waren die Rückzahlungen aus Entwicklungsländern für Entwicklungskredite sogar höher als die Auszahlungen! So stiegen die Schulden des Trikont enorm an: zwischen 1990 und 1998 in Ostasien, Pazifik fast um das dreifache, in Lateinamerika von 475 Mrd. auf 786 Mrd. US \$. Und hier auch liegen die Chancen der Kapitalgesellschaften. Mit dem Rückzug der öffentlich finanzierten Entwicklungshilfe war hier eine enorme Zunahme bilateraler privater Leistungen zu marktüblichen Bedingungen zu beobachten. Alleine zwischen 1996-99 verdreifachte sich dies. Die von den Industriemächten auch gerne produzierten angeblichen Chancen des „Empowerment“, der Befähigung sich auf dem Markt durchzusetzen, scheitert bei vielen Ländern des Trikont jedoch u.a. auch an den von EU, Japan und den USA aufgestellten Zollbarrieren. Die Subsahara beispielsweise verliert

dadurch alleine pro Jahr 2,5 Mrd. US \$ (100 Mrd. \$ insgesamt). Soweit einige der vielen interessanten Fakten aus der Studie. Nicht unerwähnt bleiben soll auch die durchaus realistische Kritik der Autoren an den Armutsbekämpfungsprogrammen der Weltbank, dass diese eben nicht als sozial-reformerisches Programm kapitalistischer Entwicklung zu werten sind, sondern lediglich als Versuche, die schlimmsten Auswirkungen der Liberalisierung aufzufangen, um ein völliges Auseinanderfallen der Gesellschaften zu verhindern und die Chaosmacht der Armut unter Kontrolle zu bringen. Insgesamt bildet das Ziel der Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 ein ziemlich reichbares Ziel. Die Autoren begründen aber, weshalb dieses ausgegebene Ziel nur als ein absolutes Mindestmaß an Minimalforderung angesehen werden darf und es unabdingbar ist, für bessere Bedingungen hier wie da zu kämpfen. Interessant die Darstellung der alternativen Ansätze der beiden. Leider auch dieser wie alle Bereiche des Buches in komprimierter, knapper Form.

Insgesamt ist die Studie ein weiteres Mosaiksteinchen für alle, die sich ein Bild über den Zustand von Arm und Reich machen wollen, Interesse am Zustand von Entwicklungspolitik haben sowie einige konkrete alternative Ansätze auf dem Weg zu einer besseren, menschlicheren Welt hin erfahren wollen. BO

Solidarität mit UNO

NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.

kreutzigerstrasse 18 ☆ 10247 berlin ☆
fon 030 - 29 49 42 60 ☆ fax 030 - 29 49
42 61 ☆ e-mail info@netzwerk-cuba.de
☆ konto f. solidaritätsspenden 3 88 77
☆ sparkasse bonn ☆ blz 380 500 00 ☆
internet <http://www.netzwerk-cuba.de>

informieren
vernetzen
koordinieren
gemeinsam Handeln!

Das **NETZWERK CUBA** ist die Koordinationsstelle der Cuba-Solidarität in Deutschland. Unterstützt uns durch Eure Fördermitgliedschaft, abonniert die 4x jährlich erscheinenden **NETZWERK CUBA - nachrichten** oder fordert unverbindlich Informationen an.

aus der fg

Besuch eines Handelsattaché's

Günter Schaaf - Lesung in Regensburg

★ Aus der DDR kam er, nach Kuba ging er und Che - unter vielen anderen - traf er.



Schaaflesung in Regensburg...

Um diese drei vorgenannte Beziehungen dreht sich das Buch des ehemaligen Handelsattachés der DDR, Günter Schaaf, in dem er unter dem Titel „Begegnungen und Gespräche in der Zeit zwischen 1961-1964 in Kuba“ über seine Zeit als Mitarbeiter der Handelsabteilung der DDR berichtet.

Auf das 75. Geburtsjahr des legendären Revolutionärs Ernesto „Che“ Guevara fiel die Veröffentlichung des Buches eines der wenigen Deutschen, die Guevara noch selber kennen lernen durften. Als Zeitzeuge besuchte nun Günther Schaaf Anfang Juli

2003 auch Regensburg. Auf Einladung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Regensburg und des Centro Cultural Latinoamericano e.V. wurde zu Vortrag und Diskussion eingeladen.

Schaaf, der neben vielem anderen auch für das legendäre Milch-Handelsabkommen verantwortlich zeichnete, half damit die ökonomische Grundlage herzustellen, dass es auf Kuba möglich wurde, jedem Kind einen Anspruch auf seine gesicherte Milchration zu verwirklichen. Aber auch für die DDR bedeutete der Handel mit dem mittelamerikanischen Land viele Vorteile, die besonders in der Abnahme von Südfrüchten, Zucker, Industriefertiggütern oder anderem lagen. Er schilderte dabei sehr bewegt den Menschen Guevara, der aus sehr humanen Gründen für die Entwicklung des „hombre nuevo“, des „neuen Menschen“ arbeitete und einstand. Im Oktober 1967 wurde er in Bolivien im Freiheitskampf ermordet. Das Phänomen Guevara lebt aber bis heute nicht nur bei vielen Jugendlichen auf dem ganzen Globus als Zeichen des Aufbegehrens gegen Unter-

drückung und Ungerechtigkeit weiter.

Im Herbst 2003 wird es weitere Vortragslesungen von Günter Schaaf geben. Der Pahl-Rugenstein-Verlag koordiniert diese Veranstaltungen. Interessierte sollten sich dorthin wenden. Sein Buch sei an dieser Stelle allen CubafreundInnen anempfohlen. Es liest sich nicht nur kurzweilig, es bietet auch ökonomische Details, die gerade Westdeutschen noch nicht geläufig sind. BO



... informativ und unterhaltsam

Fotos: BO

Der ehemalige Leiter der DDR-Handelsvertretung auf Cuba berichtet über Che Guevara und die Handelsbeziehungen DDR-Cuba



Diese Aufzeichnungen bereichern die biographischen Veröffentlichungen zu Che Guevara um einen wichtigen Beitrag. Günther Schaaf ist einer der letzten noch lebenden ehemaligen DDR-Bürger, der unmittelbar mit Che Guevara zusammen gearbeitet hat. Er war in den Jahren 1961 bis 1966 als Mitarbeiter bzw. als Leiter der Handelsvertretung der DDR auf Cuba tätig.

Der besondere Reiz besteht in der Authentizität. Erstmals werden Informationen und Schilderungen aus der direkten Zusammenarbeit des Autors mit Che Guevara als Industrieminister Cubas von 1961 bis 1964 veröffentlicht, wird über Begegnungen und Gespräche Günther Schaafs mit Che berichtet.

Historisch einschneidende Ereignisse wie die Cuba-Krise, die Günther Schaaf in Cuba direkt erlebte, die Probleme und Erfolge die

Zusammenarbeit zwischen der DDR und Cuba und die Rückkehr an die Stätten seines Wirkens nach 1989 runden dieses informative Buch ab.

Der Autor steht auch zu Lesungen und Veranstaltungen zur Verfügung. Er nimmt kein Honorar, sondern nur Fahrtkosten und Übernachtung müssen von den Veranstaltern bezahlt werden.

Kontakt über den Verlag:
Pahl-Rugenstein Verlag, Breite Str. 47, 53111 Bonn, Tel. 0228/632306, Fax 0228/634968 info@che75.de



Austritte

Schriftliche Austritte aus der FG sind eine interessante Lektüre. Da gibt es die in kühlem, etwas gespreiztem Juristendeutsch abgefasten, als wollte der Absender uns, seinen früheren Verbündeten im Kampf für hohe Ideale, über das Medium Sprache noch einen zusätzlichen Tritt verpassen. Dann wiederum gibt es völlig andere, mit dickem Filzstift handgeschrieben, einem Filzstift, den so spürbar die Wut geführt hat, dass manche Wörter nur mit Mühe zu entziffern sind. Einer, der mich besonders konsternierte, war allerdings

das glatte Gegenteil davon: In kürzester Form (dabei nicht einmal unfreundlich) setzte uns der Schreiber in Kenntnis, er könne nicht länger Mitglied in einer Organisation sein, die „für die Todesstrafe ist“.

Ich kenne niemanden im Vorstand der FG, auch niemanden in der CL-Redaktion, der oder die für die Todesstrafe wäre. Allein der Gedanke! Wir hielten es (mehrheitlich) für nützlich; ein offizielles Statement zu den Urteilen abzudrucken. Wenn das aber Auslöser für derart bizarre Missverständnisse sein konnte, dann lag der Fehler wohl bei uns.

Bei näherem Hinsehen müssen wir uns möglicherweise den Vorwurf gefallen lassen,

dieses Thema zu unsensibel angegangen zu sein. Manche Passagen in unserer Erklärung der Urteile klingen vielleicht etwas zu sehr nach Regierungsverlautbarung aus der „Granma“. Und wenn man auch nicht von uns verlangen kann, dass wir uns von der „Granma“ distanzieren, so kann man doch immerhin erwarten, dass wir uns von ihr unterscheiden. Falls es das war, so tut es uns leid.

Aber es bleiben Ungereimtheiten. In Cubas Strafgesetzgebung ist die Todesstrafe verankert, und zwar nicht erst seit kurzem, sondern seit langer, langer Zeit. Gewiss, sie wurde einige Jahre lang nicht vollstreckt, dies war aber lediglich ein freiwilliges Moratorium im

Wir trauern um unsere Freundin und Genossin

Carmen Guthier

10.12.1961 – 10.07.2003

Ein Herz hat plötzlich aufgehört zu schlagen. Ein Herz für uns und besonders für Lateinamerika.

Carmen war Internationalistin, geboren und aufgewachsen in Süddeutschland, letzter Wohnsitz in Holland.

Sie war aktiv in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba und hatte ein eigenes Projekt in Ecuador.

Dafür hat sie gelebt und gekämpft.

Es liegt an uns in diesem Sinne weiterzumachen.

Rahmen bestehender Rechtsprechung. Warum tun manche (in unseren Reihen!) plötzlich so, als wäre sie gewissermaßen vom Himmel gefallen?

Hatten die sich allen Ernstes nicht informiert - über etwas, das ihnen doch augenscheinlich so fundamental wichtig ist?

Eine Hinrichtung - JEDE Hinrichtung, unabhängig von den Umständen - als „Mord“ zu bezeichnen, ist eine ehrenwerte Weltanschauung. Aber wer diese nicht in aller Rigorosität teilt, ist deswegen im Umkehrschluss noch lange nicht FÜR die Todesstrafe. Was glaubt ihr denn, wie uns zumute war, als wir von den Füsilierungen erfuhren? Glaubt ihr, irgendjemand hat gejubelt: „Au ja, legt sie alle um, diese Verbrecher“? Wir hatten unsere Bauchschmerzen damit. Die Vorgänge wurden kontrovers diskutiert und manche unter uns gäben nach wie vor etwas darum, sie ungeschehen zu machen. Doch sie waren die Entscheidung eines souveränen Staates, der, unter äußerstem Druck stehend, beschloss, in diesem konkreten Fall die Langmut aufzugeben und ein abschreckendes Exempel zu statuieren.

Für diejenigen, die es noch immer nicht begriffen haben: Cuba befindet sich im Kriegszustand. Es ist zur Zeit noch ein Krieg ohne Truppenbewegungen, Apache-Hubschrauberri, B52-Bombern oder Panzern, aber ein Krieg ist es gleichwohl!

Wer ein Land wirtschaftlich blockiert, ihm Nahrungsmittel- und Medikamentenzufuhr kappt, innere Söldnerdissidenz mit Millionenbeträgen fördert, Terrorangriffe gegen es inszeniert, und gefragt oder ungefragt immer wieder - und in jüngster Zeit immer häufiger - droht, man halte sich „alle erdenklichen Optionen“ offen, seinen Führer zu beseitigen und sein gesamtes Gesellschaftssystem zum Sturz zu bringen, hat ihm den Krieg erklärt.

Wir stehen manchmal immer noch etwas fassungslos vis á vis, wenn man von diesem Cuba im permanenten Ausnahmezustand jederzeit und mit der größten Selbstverständlichkeit die unbedingte Einhaltung „zivilisatorischer Standards“ verlangt, wie sie entwickelten Ländern in Friedenszeiten entsprechen würden - entwickelten Ländern in Friedenszeiten übrigens, über die kaum je ein Bruchteil des jetzigen Aufschreis hörbar wird, wenn sie dieselben Standards verletzen. Mit welchem Recht maßt man sich das an?

Es wäre schön, wenn Cuba immer nur das Land sein könnte, das von der UNESCO oder der WHO gelobt wird ob der geringen Kindersterblichkeit, des vorbildlichen Bildungssystems, des selbstlosen Einsatzes seiner vielen tausend Ärzte in der Dritten Welt und was der edlen, bewundernswerten Dinge mehr sind.

Leider ist es unvermeidlich, dass Cuba im Kampf um seine nackte Existenz mitunter auch HÄSSLICHES tut, was ganz bestimmt von keinem mehr beklagt wird, als von Cuba selbst.

Den Leuten, die durch diesen Umstand ihre ethischen oder ästhetischen Gefühle verletzt sehen, steht es frei, ihre Konsequenzen zu ziehen. Das muss dann eben so sein.

Ulli Fausten für die Redaktion der Cuba Libre

Zur Info: 3 Austritte aus der FG hat es nach Bekanntgabe der umstrittenen Urteile gegeben.

Von der Geschäftsstelle lieferbare Materialien

Bestellungen bitte an:

FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA e.V.

Zülpicher Str. 7, 50674 Köln,

Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221 / 60 60 080:

Artikel	VK (Euro)	GRUPPEN (Euro)
1. Zeitschriften, Bücher und Broschüren:		
Cuba Libre (1/4 jährliche Zeitschrift der FG)	3,10	2,00
Granma Internacional (dtsh. Ausgabe mtl.)	1,50	1,00
Democracy in Cuba (engl. u. spanisch)	5,10	4,10
Cupull/Gonzáles, Che aus der Menge	9,20	7,70
Hacker/Messerschmidt/... José Martí - Zum 100. Todestag	3,80	2,80
Panitz, Tamara Bunke - Mit Che Guevara in Bolivien	10,10	8,10
Panitz, CHE	5,10	4,60
Huhn, Companero Castro	5,10	4,60
R. Ridenour, Kuba, ein Yankee berichtet	5,10	4,60
Burghart/Huhn, Das Wunder Kuba	5,10	4,60
Ospina/Declercq, Originalton Miami	15,20	10,30
Ospina, Im Zeichen der Fledermaus	12,00	10,00
Franzbach/Canas/Romero, Trinidad auf Kuba	4,10	3,00
Edition Cuba Libre 1/94 - Interview mit Raul Castro	3,60	2,60
Edition Cuba Libre 2/94 - Interview mit Fidel Castro	3,60	2,60
Katalogbroschüre: Bilder vom Menschen	3,60	2,60
Bildmappe (12 Photos, ca. 40x38cm, ehem. Kalender)	2,60	2,10
Alonso, 100 Fragen und Antworten über Kuba (engl.)	5,10	4,60
"Richtung Kuba", Reise-Ratgeber	3,10	2,80
Philipp, Ein Bild von Kuba, Kunstband	30,20	26,60
Neu:		
Miami 5, Mit Würde, Stolz und Mut	5,00	5,00
Cuba - eine andere Welt ist möglich	2,00	1,50
Postkarte Miami 5	1,00	1,00
in Kopie vorhanden:		
Fidel Castro, Die Revolution zu retten	2,60	2,10
ders., Sozialismus oder Tod	1,50	1,30
ders., Kuba bleibt beim Sozialismus	2,00	1,50
ders., Kuba: Bastion des Sozialismus	2,00	1,50
ders., Uns zwingt niemand auf die Knie	2,00	1,50
ders., Berichtigung von Fehlern	2,00	1,50
Hönsch, Kuba - Geograph. Landeskunde (Kopie)	5,10	4,60
2. Plakate: Che Guevara DIN A2 s/w 3,60 2,60		
3. Aufkleber:		
„Che“ mit Schriftzug, groß	1,00	0,80
Cubafahne klein	0,80	0,50
Cubafahne groß, mit Schriftzug "Kuba"	1,00	0,80
4. Textilien:		
Cuba-Fahne, groß	20,00	18,00
Wimpel: Kuba-Fahne/Che-Motiv, ca. 15x10 cm	3,60	2,60
6. Anstecker, Münzen und Schlüsselanhänger:		
Anstecker:		
Neu: Che, schwarz auf rot, rund, ca. 1,5 cm	2,00	1,50
Cuba-Fahne, ca. 1,5 cm	2,60	2,00
Cuba-Fahne, ca. 2,5 cm	3,60	2,60
Schlüsselanhänger:		
Che, silberfarben	2,60	2,00
Che, silber/schwarz	2,60	2,00
Che, rot/silber	2,60	2,00
Kubafahne, wehend	2,60	2,00
Che/Cubafahne	4,00	3,00
Münzen: Tania, 1 Peso	5,00	3,50
Kordelkette weiß mit Che-Anhänger * schwarz	2,50	2,00
7. Originalphotos** - verschiedene Größen, Motive		
Che Guevara, Fidel Castro, ca. 10x13 cm	3,60	2,60
8. Musik-CDs und Video-/Musik-Kassetten		
14. Weltjugendfestspiele in Havanna, Video	13,00	10,50
CD Musica y Revolucion	14,50	13,30
Maya Roy, Buena Vista - Die Musik Kubas, Buch und CD	20,50	18,50

Ein Verzeichnis weiterer lieferbarer Musik-CDs kann über die Geschäftsstelle angefordert werden. **Alle Materialien werden mit Rechnung und unter Berechnung der Versandkosten verschickt!!** Überweisungen für bestellte und gelieferte Materialien bitte nur auf das Konto der Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kontonr.: 1 202 999 900

In den Händen der Partei (3. Teil)

Der Weg verengt sich auf anderthalb, dann auf einen Meter Breite (oder weniger) und neigt sich in Serpentina abwärts. Rechts geht's steil nach oben, links geht's ziemlich steil nach unten. Vor uns nichts mehr, was die Bezeichnung „Weg“ verdiente, vielmehr ein Pfad aus dicken, teilweise scharfkantigen Steinen und glitschigem Lehm. Ab und zu ein Ausrüststück von fünf, acht, manchmal zehn Metern Länge, das man gedankenlos fürbass schlurfen kann, aber – und das ist das eigentlich Entnervende an dieser Strecke – 90 % des Weges zur „Comandancia“ sieht man sich gezwungen, sich auf jeden Schritt, wirklich jeden einzelnen, zu konzentrieren, wodurch einem die zurückgelegte Entfernung drei- oder viermal länger vorkommt, als sie tatsächlich ist. Das wohl Substanzzehrendste daran ist der ständige Kampf ums Gleichgewicht.

Als wir nach einer knappen halben Stunde Abstieg an der Finca ankommen, zu deren damaligem Pächter Fidel Vertrauen hatte und die auch heute noch den letzten Außenposten vor jener Zone darstellt, über die keine Karte Auskunft gibt, machen wir eine kurze Rast. Hier muss ich meine Kamera abgeben.

Ich bin schon am Rande der Erschöpfung und mit einem bisschen mehr Verstand im Kopf hätte ich an dieser Stelle gesagt: „Geht allein weiter. Ich warte hier auf euch.“ Aber ich will das Ziel erreichen. Dazu bin ich schließlich hier. Ich mache mich also mit auf, das zweite Teilstück in Angriff zu nehmen, das von jetzt an gnadenlos nach oben geht, übernehme zunächst sogar die Führung

unserer kleinen Gruppe, überpace dabei völlig und stehe nach drei Vierteln der Gesamtstrecke vor dem Aus. Ich habe alle meine Körner verbraucht, bin fix und fertig mit der Welt. Pedro begleitet mich zurück zur Finca, während Renate mit Arnaldo und dem lizenzierten Führer weiter hochsteigt.

Nachdem ich wieder im „Basislager“ angekommen bin, rettet eine mitfühlende junge US-Amerikanerin mein Leben, indem sie mir eine Flasche Mineralwasser schenkt. Sie befindet sich mit ihrem frisch angetrauten US-Ehemann in den Flitterwochen, die die beiden mit einem Besuch der „Comandancia“ Fidel Castros krönen wollen. Ich staune nicht schlecht.

Ungefähr eine Stunde später findet sich auch Renate mit den andern wieder ein – dreckig wie ein Schwein (von mehreren Stürzen) aber siegreich und voll der Eindrücke.

Hier also ihr Bericht: „Also, das Schwierige an dem Unternehmen war weniger die Steigung als vielmehr die Matsche und meine zwar bequemen, aber dafür völlig ungeeigneten Sandalen. Wenn es der Stein nicht war, den ich mir als nächsten ausgesucht hatte, auf dem ich ausrutschte, dann glitschte ich aus meinen matschigen Sandalen im Zeitlupentempo auf den Hosenboden. Aber das machte nichts, es ging halt Stein für Stein weiter und endlich, nach einem ganz steilen Anstieg, bei dem ich um eine kurze Auszeit bitten musste, waren wir da. Wir standen vor einem Verschluss, der als Wachposten gedient hatte, um den einzigen Zugang zur Comandancia abzusichern. Ein paar Schritte weiter,

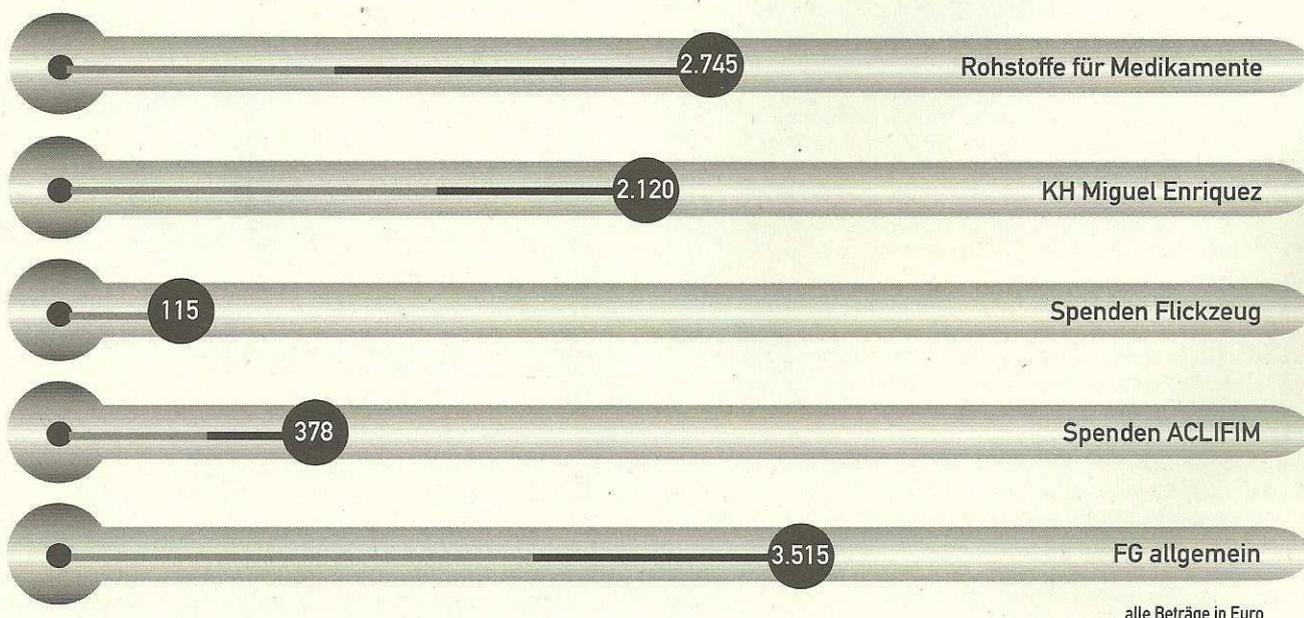
und wir standen auf einer natürlichen Lichtung, denn für das Hauptquartier der Guerillaarmee wurde kein Baum und kein Strauch abgeholzt. Das ist auch der Grund, warum die Luftwaffe Batistas bis zum Schluss diesen Ort nicht ausmachen konnte. Links von der Lichtung, am Waldrand steht das Holzhaus, in dem Fidel mit seinen Leuten die Aktionen plante und die Strategien entwickelt wurden, die schließlich zum Sieg führten. Drumherum sah es recht wohnlich aus. Die Blümchen, die Celia Sanchez vor vielen Jahren dort gepflanzt hatte, blühten immer noch in ihrer ganzen Pracht und um zu den anderen Holzhäusern zu gelangen, die zu dem Komplex gehören, konnte man sich auf einem mit Treppen versehenen verwinkelten Weg bewegen, der ebenfalls von Celia konzipiert wurde. Man sieht, selbst in der Guerilla sind Frauen für das Schöne und Praktische zuständig.

Wir kamen an Holzhäuschen vorbei, die einmal das Vorratslager und das Krankenhaus beherbergten und gelangten schließlich am Ende des Treppenweges zum „Allerheiligsten“, dem Wohnhaus von Fidel und Celia. Wir betraten das relativ geräumig wirkende Holzhaus und unser Begleiter öffnete uns eine Fensterfront. Da standen wir nun, Arnaldo und ich, guckten in den Abgrund, auf den Gebirgsbach unter uns und hörten in die Stille der unbeschreiblich schönen Sierra Maestra. Wir sahen uns an. Arnaldo sagte sichtlich bewegt: „Von diesem Ort aus wurde der Krieg gewonnen, hier hat die Revolution begonnen.“

U. Fausten

Spendenbarometer stand 31.08.2003

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.: Postgiroamt Köln, Kto.-Nr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)

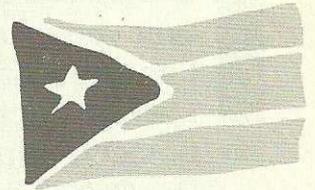


In FG allgemein sind auch 1.430 Euro die zweckgebunden für verschiedene weitere Projekte gespendet wurden. 'Rohstoffe für Medikamente' ist die Fortführung und Erweiterung unseres früher nur auf Asthma-Arzneimittel begrenzten Rohstoff-Projektes.

Cuba anders erleben

Reisen mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba

Wer an Cuba denkt, hat fast immer eine ganze Menge Bilder im Kopf: Zigarren und Rum, Salsa und Son sind für viele untrennbar mit der Insel verbunden. Wenn Sie aber Cuba von innen, die einmalige Entwicklung auf sozialpolitischem und kulturellem Gebiet, cubanisches Alltagsleben und Einblick in die Realitäten verschiedener Einrichtungen kennenlernen wollen - dann kommen Sie zu uns.



Neue Termine

13.10.-27.10.03 Von West nach Ost, neuer Verlauf	19.12.-02.01.04 Panorama Cuba
20.10.-03.11.03 Panorama Cuba	19.12.-02.01.04 Cuba von West nach Ost
03.11.-17.11.03 Trekking Cuba	22.12.-05.01.04 Grüner Moka
10.11.-24.11.03 Von West nach Ost, neuer Verlauf	26.12.-09.1.04 Von West nach Ost, neuer Verlauf

Cuba aktuell

6 Tage Havanna, 7 Tage Strandurlaub 3 Besuche nach Wahl. Nutzen Sie die einmalige Möglichkeit mit cubanischen Einrichtungen persönlich in Kontakt zu kommen - unsere Reiseleitung begleitet Sie und übersetzt.

Reisepreis **1295,-€** incl. Flug, 14 Tage, FR/HP

Panorama Cuba – Weihnachten mit Segeltour

Havana – Playa Giron – Cienfuegos – Trinidad – Topes de Collantes – Santa Clara Matanzas – Playa del Este
Eine Reise, die Begegnungen mit Cubanerinnen und Cubanern, Einblicke in gesellschaftspolitische Realitäten, historische Informationen und Strandurlaub verbindet. Auch Wanderfreunde kommen nicht zu kurz!

Grüner Moka, blaue Maria und eine ungewöhnliche heilige Nacht...

Havanna – Santa Clara – Remedios – Cayo Santa Maria – Trinidad – Cienfuegos – Sierra del Rosario – Soroa – Havanna
vom 22.12. - 05.01.04

Entdecken Sie unberührte Landschaften Cubas, traumhafte Inseln, natürlich die Metropole Havana und feiern Sie eine unvergessliche „heilige“ Nacht – voller Rhythmen, Paraden, Tanz und Feuerwerk in einem normalerweise verschlafenen kleinen Küstenort.

Cuba entdecken

Reisen mit Vacancia dem Reiseveranstalter der Freundschaftsgesellschaft BRD - CUBA e.V.

Cuba von West nach Ost

unser Highlight- jetzt mit Baracoa und Cayo Saetia

Diese Reise, die in ihrer Zusammenstellung einmalig ist, führt Sie in den Osten Cubas, u.a. nach Santiago de Cuba, Baracoa und in die Provinz Granma, die zwischen Bergen und Meer gelegen - zu den landschaftlich schönsten Regionen Cubas gehört

Flug mit Condor, 14 Tage, Verpflegung. Reisepreis **1995,-€**

ABChe-Sprachkurse + Salsa/Percussionkurse

Spanischkurse und Tanzen lernen? Selbstverständlich! Morgens lernen Sie an der Universität Spanisch, nachmittags Percussion oder Salsa und andere kubanische Tänze.

Kurspreise ab **260,-€**

Badereisen auch mit Familie?

Kein Problem - Wir buchen für Sie JEDES HOTEL IN CUBA!

Aktuelle Flugangebote nach Cuba - Wir beraten Sie gerne!
Last Minute-Flüge zu günstigen Preisen.

Wer von einer Cuba-Reise zurückkehrt und auch wer sich schon länger mit dem Land beschäftigt, hat viele Fragen. Zahlreiche Informationen und Fakten bietet ein kleines Büchlein aus Cuba von Carmen R. Alfonso Hernández, das auf 100 oft gestellte Fragen eine Sammlung von aufschlussreichen Antworten präsentiert. Die Cuba Libre wird nach und nach Teile daraus veröffentlichen, weil wir meinen, dass es auch für unsere LeserInnen viel Interessantes beinhaltet. (A.d. Span. M.Schw.)

Was Sie schon immer über Cuba wissen wollten ...

Warum ist José Martí der Nationalheld Cubas?

Die Person des José Martí Pérez wurde in allen Epochen als einer der berühmtesten Cubaner des 19. Jahrhunderts gewürdigt. Ein berühmter Staatsmann, ein Schriftsteller, ein idealistisch von der Unabhängigkeit Träumender, das war das Bild, das man in der Zeit der abhängigen Republik betonte.

Der revolutionäre Prozess hisste das Banner Martí's. Schon anlässlich dessen 100. Geburtstages stürzte sich eine Gruppe junger Anhänger seiner Lehre in einen Angriff auf eine militärische Festung, um die Massen zu einer Volksrevolution aufzurufen. Souverän wie nie zuvor, zollte ihm das Vaterland seit 1959 Ehrerbietung, publizierte seine Werke, brachte ihn den Kindern und ArbeiterInnen auf eine humane und sensible Weise nahe. Sein Leben und sein Werk wurden bekannt gemacht.

Heute ehrt das ganze Cuba jenen jungen Mann, der im Alter von 16 Jahren von den spanischen Machthabern ins Gefängnis geworfen wurde und der während seiner Verbannung in Spanien das Werk „Das politische Zuchthaus in Cuba“ verfasste. Es wurde 1877 veröffentlicht und er klagt darin die Schrecken der kolonialen Gefängnisse an.

Aber einer der herausragenden Aspekte seines Lebens war die Führung und Organisation des Befreiungskrieges von 1895. Diesem widmete er seine Bemühungen, alle Klassen und Sektoren zu vereinen, die am Ziel der nationalen Befreiung interessiert waren. Er führte die CubanerInnen in der Emigration zusammen, organisierte die erste revolutionäre Partei Cubas, um für die Unabhängigkeit und eine demokratische Republik zu kämpfen. Er erarbeitete eine Fülle von fortschrittlichen Ideen, die sich nicht nur die zeitgenössischen Revolutionäre an ihre Fahne heften sollten, sondern auch die nachfolgender Generationen.

Seine flammenden Worte, seine schwungvolle und einigende Redekunst, seine tiefgreifenden und schlichten Verse, das sind Facetten, die aufgrund der Bedeutung, die sie für die spanische Literatur haben, nicht verfälscht werden können. In der sozialistischen Verfassung wurde sein tiefes Sehnen erfüllt, von dem er schrieb: Ich wünsche mir, dass das erste Gesetz unserer Republik der Respekt der CubanerInnen vor der wahren Menschenwürde sei. So ist es geschehen.

Wann begannen die Differenzen zwischen Cuba und den Vereinigten Staaten?

Die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba sind ein historisches Phänomen, das in der zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts seinen Ursprung hat. Sie beruhen im wesentlichen auf den Ansprüchen des mächtigen Landes im Norden, der Insel ihre Führungsansprüche aufzuzwingen und dabei das Recht Cubas auf Souveränität und Selbstbestimmung zu leugnen und auch das Recht auf die Errichtung eines solchen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systems, wie es für das cubanische Volk am angemessensten gehalten wird.

Die annexionistischen Bestrebungen gegen Cuba wurden formuliert in Briefen von Benjamin Franklin und John Adams, welche die Zweckdienlichkeit beschrieben, sich des cubanischen Territoriums zu bemächtigen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erklärte der nordamerikanische Präsident Thomas Jefferson offiziell sein Interesse, sich der Insel zu bemächtigen.

Gesichtspunkte, die im Verlauf von zwei Jahrhunderten proklamiert wurden, sind die „nationale Sicherheit“ und das „nationale Interesse“, zu deren Verteidigung die Vereinigten Staaten vandalische Aktionen in verschiedenen Ländern unterschiedlicher Kontinente durchgeführt haben.

Es gab Theorien solcherart wie die von der „reifen Frucht“, die vertrat, dass Cuba, wenn es erst von Spanien getrennt und nicht fähig sei, sich selbst zu erhalten, notwendigerweise dem nordamerikanischen Territorium zufallen würde. Oder die Theorie des „geografischen Fatalismus“, die die europäischen Nationen vor dem Versuch warnte, sich in Amerika einzumischen, sie alle wurden in der Geschichte dazu benutzt, sich der cubanischen Unabhängigkeit entgegen zu stellen.

Am Ende des 19. Jahrhunderts, nach dem Zehnjährigen Krieg, war Cuba zu 94% vom Handel mit den Vereinigten Staaten abhängig, das förderte die Idee des Annexionismus auf Seiten der Bourgeoisie im Westen Cubas.

Der Nationalheld Cubas, José Martí, war wachsam hinsichtlich der nordamerikanischen Ziele in Bezug auf die größte der Antilleninseln. Der unvermeidliche Krieg hatte das strategische Ziel, das Land vom spanischen Kolonialismus zu befreien und sich den Raubgelüsten des aufkommenden nordamerikanischen Imperialismus entgegen zu stellen.

Die Sprengung des nordamerikanischen Panzerkreuzers Maine, der sich vor den cubanischen Küsten befand, aufgrund des unantastbaren Rechtes, nordamerikanisches Leben und Eigentum zu schützen, war im Februar 1898 der Hauptvorwand, den Krieg gegen Spanien zu beginnen. Dessen erschöpfte Armeen waren nach kurzer Zeit unfähig, dem Ansturm der Mambíses Einhalt zu gebieten.

Spanien kapitulierte im August des selben Jahres. Im Dezember wurde der Vertrag von Paris unterschrieben, um der spanischen Kolonialisierung ein Ende zu setzen. Am 1. Januar 1899 wurde die cubanische Flagge eingeholt und die der Vereinigten Staaten gehisst. Damit begann die militärische Besetzung der Insel.

Die Entwaffnung und Auflösung des Befreiungsheeres, die Einschränkung der Revolutionären Partei Cubas, der frühe Tod von José Martí, Antonio Maceo und Calixto García und außerdem des General Máximo Gómez, machten die CubanerInnen von der Gnade der Nordamerikaner abhängig und diese verhängten das Platt Amendment, es beinhaltete eine Anerkennung des Rechts auf Intervention und die Errichtung von militärischen Seestützpunkten auf der Insel.

Seit damals ist, unter Berufung auf den seit 1903 realisierten Pachtvertrag, der als Vertrag auf Gegenseitigkeit zwischen beiden Ländern geschlossen wurde, die Marinebasis von Guantánamo von den Yankee-Machthabern besetzt.

Während der Periode, in der die abhängige (Pseudo-)Republik bestand, unterstützte die nordamerikanische Regierung die aufeinander

der folgenden Regierungen, die verbunden mit und abhängig von den Großgrundbesitzern des Landes im Norden waren. Die beharrlichen Verfechter einer wirklichen Unabhängigkeit wurden in den Dreißiger Jahren grausam massakriert. Cuba war in Wirklichkeit neokolonialisiert durch die Yankees.

Nach dem Triumph der Revolution 1959 mit der Annahme von radikalen Gesetzen, die dem Volk eine wirkliche ökonomische Unabhängigkeit gaben, nahmen die nordamerikanischen Behörden eine völlig feindselige Haltung ein: Streichung der Zuckerquote, Abbruch der Beziehungen, Wirtschafts- und Handelsblockade, das waren die ersten Aktionen.

Gleichzeitig halfen sie den konterrevolutionären Banden, unterstützten die Operation Schweinebucht, förderten Sabotage und Attentate auf wichtige Personen des Landes. Später wendeten sie sich hin zu einem bakteriologischen Krieg, zur Ausübung von diplomatischem Druck auf andere Länder, um die Insel Cuba zu isolieren und zu Gesetzen, die - wie das Torricelli- und das Helms-Burton-Gesetz - das Volk durch Hunger und Krankheit zu unterdrücken versuchen.

Die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba bestehen nicht erst seit heute, sie sind ungefähr zweihundert Jahre alt. Sie werden dann aufhören zu existieren, wenn die mächtige Nation im Norden versteht, dass die cubanische Bevölkerung das Recht hat, frei und souverän zu sein, und wenn sie lernt, dies zu respektieren.

Was bedeutet die Marinebasis Guantánamo für die CubanerInnen?

Indem das Binnenland zur Basis eines Panzerkreuzers der nordamerikanischen Kriegsflotte erklärt wurde, der in der Bucht von Guantánamo ankerte, fand am 12. Dezember 1903 die Abtretung dieses cubanischen Territoriums an die Vereinigten Staaten in Form von Verpachtung statt. Es war auch die Klausel 7 des Platt Amendments in Kraft, jener Anhang an die Verfassung, der der Republik Cuba bei ihrer Entstehung, nach der militärischen Besetzung durch nordamerikanische Truppen, aufgezwungen wurde. Allerdings hatten zu der Zeit die Mambises die Unabhängigkeit nach einem dreißig Jahre dauernden Unabhängigkeitskampf gegen Spanien schon so gut wie erobert.

In diesem Verfassungszusatz wurde die Verpflichtung Cubas verankert, einen Teil seines Territoriums an den mächtigen Nachbarn im Norden zur Gründung von Marinebasen oder zum Anlegen von Kohlereservoirs zu verkaufen oder zu verpachten.

Der Fortdauer der Verwaltungshoheit der Vereinigten Staaten in dieser Zone ist offensichtlich eine klare Verletzung des Zustimmungsprinzips. Unter Aspekten internationalen Rechts betrachtet, muss eine jede rechtliche Verpflichtung dieser Art auf der völligen Übereinstimmung zwischen den Vertragsparteien basieren und auf gemeinsamen Zielen und Interessenlagen. Ein anderes Element, das berücksichtigt werden muss, ist der Anspruch seitens der USA, den zeitlich befristeten Charakter, der sich auch auf die ganze Verpachtung bezieht, mit der offenkundigen Absicht der Dauerhaftigkeit zu verfälschen.

Die Marinebasis der Vereinigten Staaten auf cubanischem Territorium stellt eine Bedrohung für den Frieden und die cubanische Sicherheit dar. Schließlich ist die Feindschaft der nordamerikanischen Regierung hinreichend bekannt, die sie der cubanischen Revolution entgegen bringt. Sie zeigte sich seit den ersten Monaten des Jahres 1959 und sie wurde noch deutlicher mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Januar 1961 und der Verhängung einer eisernen ökonomischen, Finanz- und Handelsblockade seit 1962. Hinzu kamen die materielle und logistische Unterstützung für konterrevolutionäre Banden, Mordversuche an Regierungsvertretern, kriminelle Sabotageanschläge, ein ideologischer Krieg mit Radio-sendungen, die aus feindseliger Propaganda bestanden, ein bakteriologischer Krieg, u.s.w.

Die cubanische Verfassung, die am 24. Februar 1976 mit einer Volksabstimmung angenommen wurde, bei der sie 97,7% der abgegebenen Stimmen erhielt, bringt zum Ausdruck, dass die cubanische Nation "die Verträge, Abkommen oder Konzessionen, die unter Bedingungen der Ungleichheit geschlossen wurden oder die seine Souveränität über irgend einen Teil seines nationalen Territoriums nicht anerkennen oder beeinträchtigen, ablehnt, als illegal und nichtig betrachtet."

Die CubanerInnen werden eine angemessene Wachsamkeit beibehalten angesichts dieser nordamerikanischen Übermacht obwohl sie beschlossen haben, ihren Rechten Geltung zu verschaffen, wenn es die Umstände ermöglichen.

information

Termine:

- 12. bis 15. November:** Zweites Europäisches Sozialforum in Paris/Saint Denis. Das Netzwerk Cuba beteiligt sich gemeinsam mit Cuba Sí an den Vorbereitungen und wird in Paris präsent sein. Infos: www.fse-esf.org
- 10. Januar 2004:** Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin. Veranstaltet von der Tageszeitung junge Welt, der Linken Liste der Humboldt-Universität und Cuba Sí. Infos: www.jungewelt.de
- Februar 2004:** IV. Weltsozialforum in Hyderabad / Indien.

★ Eventos culturales ★ Tipps für CubabesucherInnen

- Fiesta de la Cubanía**, 20. bis 25. Oktober 2003, Bayamo
- Fiesta de la Cultura Iberoamericana**, 24. bis 30. Oktober 2003, Holguín
- VIII. Biennale de La Habana**, 1. November 2003 bis 31. Januar 2004, Havanna
- Festival de Raíces Africanas "Wemilere"**, 23. November bis 29.12. 2003, Havanna und Guanabacoa
- Jo Jazz - 27.11 bis 1. 12. 2003**, Theater "Amadeo Roldán", Havanna
- XXV. Festival Internacional del Nuevo Cine Latinoamericano**, 3. bis 13. Dezember 2003, Havanna



Cuba-kurz

Compay Segundo verstorben

Der legendär gewordene cubanische Künstler Compay Segundo starb Mitte Juli im Alter von 95 Jahren in Havanna.

Die zusammen mit anderen cubanischen Musikern wie Ibrahim Ferrer und Rubén González aufgenommene CD "Buena Vista Social Club", produziert von Ry Cooder, und auch der dazu gedrehte Film von Wim Wenders hatten ihn zu einem internationalen Star gemacht. Mit mehr als 90 Jahren war er noch auf Tournee.

Compay wurde am 18. November 1907 in Siboney in der Nähe von Santiago de Cuba geboren. Er spielte zuerst in der städtischen Kapelle von Santiago Gitarre und Klarinette. 1942 gründete er zusammen mit Lorenzo Hierrezuelo das Duo "Los Compadres" (Die Kameraden). Später spielte er den Son, die traditionelle cubanische Tanzmusik, meist nebenberuflich und arbeitete u.a. als Landarbeiter und als Zigarrendreher in Havanna in der bekannten Fabrik H. Upmann. 1974 wurde er pensioniert.

Als Cooder ihn für das Buena-Vista-Projekt hinzuzog, war er in Kuba schon etwas in Vergessenheit geraten. Mit dem „Buena Vista Social Club“ gewann er noch einmal Millionen von Fans. Dazu zählten sowohl Fidel Castro wie auch Papst Johannes Paul II.



Zum Müllproblem in Cuba

"Die Lohnerhöhung ist noch nicht bis nach Holguín vorgedrungen" seufzt Ramón. Der zweite Chef der Stadtreinigung (Dirección Municipal de Servicios Comunes) der Kommune Moa ist zuständig für alles, was mit Hygiene und dem Friedhofsbetrieb in der für den Nickelabbau bekannten Gegend zu tun hat. Der Grundlohn für die Angestellten der staatlichen Müllabfuhr beträgt hier noch 173 Pesos. Mit Zulagen kommen sie auf 200 bis 250 Pesos, während ihre Kolleginnen und Kollegen in der Hauptstadt mit dem doppelten bis dreifachen nach Hause gehen.

Das ist nicht der einzige Schuh, der die Genossen drückt. Das einzige modernere Drehtrommelfahrzeug im Fuhrpark ist tschechischer Fertigung und über 20 Jahre alt. Die Ersatzteile mindestens genauso rar wie der Diesel um es zu betreiben. "Um den Service der Müllabfuhr in der Kommune zu gewährleisten, bräuchten wir 4.600 Liter im Monat" rechnet uns Ramón vor. Im Durchschnitt werden der Stadtreinigung lediglich 700 Liter zugeteilt; mal mehr, mal weniger.

Mittlerweile arbeiten daher 48 private Pferdekutscher für die Stadtreinigung, die den Hausmüll der Bevölkerung in den frühen Morgenstunden einsammeln. Ihr Lohn wurde mit Zustimmung des Finanzministeriums zu Beginn des Jahres von 441 auf 625 Pesos erhöht. Ramón hofft damit noch neun weitere Kutscher für die Müllabfuhr gewinnen zu können, um den Bedarf komplett decken zu können. "Naja, fast komplett" klärt er uns auf. Aufgrund des hügeligen Reliefs müssen in einigen Stadtteilen dennoch die motorisierten Fahrzeuge eingesetzt werden.

Die Widrigkeiten der Período Especial scheinen auch die Umweltbildungsinitiativen der örtlichen Hochschule zur Abfallproblematik zu unterlaufen, an der wir im Rahmen eines ASA-Projekts des Instituto Superior Minero Metalúrgico "Dr. Antonio Núñez Jiménez" und der deutschen InWent teilnehmen. Wie alle auf dem Campus unterbrachten Lehrenden und Studierenden können wir den dicken Rauchschwaden nicht entfliehen, wenn mal wieder der angehäufte Müll abgefackelt wird. "Darauf stehen 300 Pesos Strafe", sagt Ramón, nennt uns noch die entsprechende Rechtsnorm und beeilt sich darauf hinzuweisen, dass er immerhin 9 Inspektoren im Einsatz hat, die solche und andere Umweltvergehen ahnden sollen.

Was aber machen, wenn der Müll nicht abgeholt wird? Cuba nahm am Ende der 80er Jahre aufgrund des hohen Abdeckungsgrads und der Leistungsfähigkeit der Müllabfuhr eine Spitzenstellung ein, der in ganz Lateinamerika nur Chile nahe kam. Die cubanischen Normen über den Umgang mit Abfällen stammen aus der Mitte jenes Jahrzehnts und werden derzeit einer Revision unterzogen, um sie an die gegenwärtige Situation anzupassen. Diese stinkt nicht nur manchmal zum Himmel, sondern förderte auch die Ausbreitung der Dengue-Epidemie vor zwei Jahren. Offizielle Stellen berichten, dass damals in nur 5 Tagen 1,6 Millionen Kubikmeter Müll in einer konzentrierten Aktion in den Stadtteilen Havannas eingesammelt und entsorgt wurden.

Ebenfalls an die Engpässe der Período Especial wurden die Mülldeponien adaptiert. Die alte kommunale Müllkippe Moas platzt aus allen Nähten und liegt für die Pferdekutschen unerreichbar auf dem Berg hinter der Universität. "Eine neue Deponie wird wohl 200.000 Pesos kosten" schätzt Ramón. Zu allem Unglück ist die Raupe zum Verdichten und Abdecken des Mülls aufgrund fehlender Ersatzteile nicht einsatzfähig. Als Notlösung wurde daher am Stadtrand ein ebenerdiger Müllplatz eingerichtet, an dem sich vier Arbeiterinnen und Arbeiter um die angelieferten Abfälle kümmern. Plastik, Dosen, Eisenschrott werden soweit als möglich aussortiert und dem Recycling zugeführt. Der verbleibende Restmüll wird mit den Stiefeln verdichtet und zuletzt mit einer Erdschicht abgedeckt. "Hier muss alles in Handarbeit gemacht werden" sagt Ramón und ist sichtlich unglücklich über die widrigen Umstände.

Wenigstens bekommt er aus dem Verkauf der Wertstoffe dringend benötigte dolares. Dies ist die einzige Devisenquelle neben Einkünften aus Dienstleistungen für die ansässige Nickelindustrie. Recycling ist auf Cuba mit der Gründung der Empresa Consolidada de Recuperación de Materias Primas durch den Comandante Ernesto Che Guevara seit 1961 Ehrensache. Über 40 Jahre später eifern die Pioniere an den Schulen ihrem Vorbild hinterher. In "Alteisenfesten" sammeln sie Metallschrott und laufen für die schwersten Stücke dafür schon mal zur entlegenen Müllkippe und wieder zurück. "Seremos como el Che!" rufen sie uns lachend zu. In Deutschland als Pop-Ikone klassiert, erweist er sich in der Praxis einmal mehr als weitsichtiger Revolutionär. *Gerhard Schleenstein*



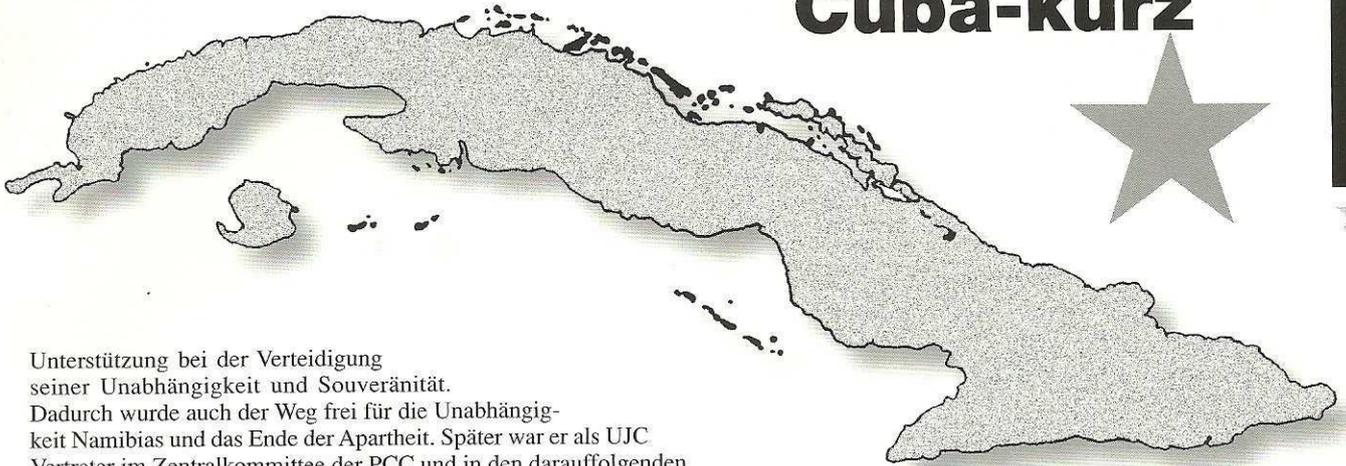
Neuer OSPAAAL Vorsitzender designiert

In Anwesenheit des obersten OSPAAAL (Organisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas) Gremiums, des Exekutivsekretariats, diplomatischer Vertretern und Repräsentanten von Partei und verschiedenen Organisationen Cubas wurde der 57-jährige Humberto Hernández Reinoso als neuer OSPAAAL Generalsekretär vorgestellt.

Dieser hat viel Erfahrung in internationalistischer Arbeit. Er hatte früher im Cubanischen Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) gearbeitet, war später Präsident der kontinentalen Organisation Lateinamerikanischer StudentInnen und Vizepräsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend.

1976 hat er zwei Jahre lang an einer internationalistischen Aktion in Angola teilgenommen. Cuba leistete dem befreundeten Land

Cuba-kurz



Unterstützung bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit und Souveränität. Dadurch wurde auch der Weg frei für die Unabhängigkeit Namibias und das Ende der Apartheid. Später war er als UJC Vertreter im Zentralkomitee der PCC und in den darauffolgenden Jahren als Diplomat in Ungarn, Chile und Spanien.



Bildhauer José Delarra verstorben

Am 26. August 2003 verstarb in Havanna der hervorragende Intellektuelle und Abgeordnete der Nationalversammlung, José Delarra.

Delarra, dessen reiches Denkmalswerk in Kuba und im Ausland bekannt ist, schuf die Plaza Ernesto Che Guevara in Santa Clara, und den Komplex Comandante Ernesto Che Guevara, in dem die Reste des Guerrillero Heroico und seiner MitkämpferInnen ruhen.



Die Gewerkschaften und Cubas Wirtschaft: Mit gemeinsamem Markt die Blockade brechen?

Daniel Behruzi von der jW sprach mit Sarah Iris Gainza, Vorstandsmitglied der cubanischen Metallarbeitergewerkschaft SNT-ME. Sie war im Rahmen der internationalen Solidaritätsarbeit der IG-Metall-Jugend zu Besuch in Deutschland.

Welche Rolle spielen die Gewerkschaften in Cuba?

Sie repräsentieren die Interessen der Arbeiter in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht sowie im Arbeitsleben. Da sich die Produktionsmittel im Besitz des Volkes befinden, bilden die Gewerkschaften nicht wie in Deutschland und anderen Ländern einen Gegenpol zu den Interessen der Kapitalisten, sondern spielen eine Rolle bei der Organisation der Produktion. Sie führen einen Kampf um die Steigerung der Produktivität und des Kulturniveaus, gegen internationale Isolation und Handelsembargo, für die Freilassung von in den USA inhaftierten cubanischen Gewerkschaftern und für die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution, wie gute Bildung und Gesundheitsversorgung. Was in Deutschland durch Streiks erkämpft werden muss, ist in Cuba durch die Revolution erreicht worden. Das gilt es zu verteidigen.

Wie werden die Löhne festgelegt?

Ein Basislohn wird staatlich festgesetzt. Über alles weitere entscheiden die Arbeiter auf jährlichen Betriebsversammlungen, je nachdem wie viel der Betrieb erwirtschaftet und welche Tätigkeit jemand ausübt. Wenn der Betrieb einen höheren Gewinn erzielt, dann profitieren die Arbeiter durch höhere Löhne und das ganze Volk durch eine stärkere Wirtschaft. Ein Teil des Lohnes wird inzwischen in Devisen ausgezahlt.

Wie beurteilen Sie die Reformen, mit denen marktwirtschaftliche Elemente in die cubanische Ökonomie eingeführt wurden?

Sie sind notwendig, weil mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion unser wichtigster Markt weggefallen ist. Cuba musste neue Absatzmärkte im kapitalistischen Ausland finden. Dazu waren diese Reformen, insbesondere die Akzeptanz des US-Dollars, nötig. Diese hat den Markt und die Nachfrage stimuliert und für die Mehrheit der Bevölkerung zu Verbesserungen geführt.

In vielen lateinamerikanischen Ländern werden linke Bewegungen stärker. Welche Auswirkungen hat das auf Cuba?

Es ist sehr positiv, dass die Menschen aufstehen. Dies ist der einzige Weg, um ein vereinigtes Lateinamerika zu erreichen. Wir sehen darin eine Chance für die Völker, aus der Hegemonie der USA auszubrechen und einen gemeinsamen Markt zu schaffen. Cuba konnte dadurch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Venezuela, Ecuador, Brasilien und anderen lateinamerikanischen Staaten, aber auch mit einigen Ländern Afrikas, verstärken. Die internationale Zusammenarbeit und Solidarität ist eines der Prinzipien der cubanischen Revolution.

Welchen Zweck hatte Ihr Besuch bei deutschen Gewerkschaftern?

Das ist ein Weg, um auf die Situation Cubas aufmerksam zu machen. Die Blockade der USA richtet sich nicht nur gegen die Cubaner, sondern auch gegen alle, die mit Cuba Handel treiben wollen.

(c) Junge Welt 2003
<http://www.jungewelt.de>

Absender/Absenderin

.....

.....

Straße und Hausnummer oder Postfach

Postleitzahl Ort

Bitte freimachen

Postkarte

Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA

Zülpicher Str. 7

50674 Köln

Einladung

zum Solidaritätstag mit Cuba unter dem Motto "Che presente"

Samstag, den 4. Oktober

Ort: Passage 44 im Zentrum von Brüssel

Schwerpunkt dieses Tages ist unsere Forderung "Free the Five - Stop the war!".
Es finden an diesem Tag in Brüssel Meetings, Workshops, Filme,
eine Cubanische Nacht und vieles mehr statt.
Mehr Information dazu: www.cubanismo.net und www.intal.be

Wir treffen uns hoffentlich bei "Che presente"!
Katrien Demuyneck • Initiative Cuba Socialista

Ich möchte:

- Informationsmaterial über die,
Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.
- Mitglied der Freundschaftsgesellschaft
BRD-Cuba e.V. werden
- die Zeitschrift CUBA LIBRE abonnieren
- Informationen über die Spendenprojekte
- Informationen über das Reiseprogramm
nach Kuba

Name :

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum: Unterschrift:

